

ARBEIT

Arbeitsmarktentwicklung
Löhne und Lohnentwicklung
Beschäftigungsformen
Abfertigung neu
Steuern
Arbeit und Zeit
Arbeit und Psyche
Arbeit und Alter
Arbeit und Zuwanderung
Arbeit und Familie
Arbeit und Betriebsrat
Arbeit und Religion

ARBEITSMARKT- ENTWICKLUNG

Bis ins Jahr 1993 herrschte in Vorarlberg Hochkonjunktur, daher gab es auch die niedrigsten Arbeitslosenraten in Österreich. Der nun zunehmenden Arbeitslosigkeit versuchte die AK mit einem Wohnbauprogramm für Arbeitslose und mit Reintegrationsmaßnahmen entgegenzuwirken. Sie brachte als mögliche Teillösung des Problems die Arbeitsumverteilung ins Spiel – weniger arbeiten und verdienen, um damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen, stieß damit aber auf klare Ablehnung der Arbeitnehmer. Da man sich vonseiten der EU keine Lösungen erwartete, entwarf die AK 2004 ein umfangreiches Forderungsprogramm: Ausbildung für Jugendliche, Wohnbau- und Infrastrukturprojekte und gemeinsames Auftreten der Sozialpartner standen im Zentrum. Der Weltwirtschaftskrise und den zu erwartenden Kündigungen sollte mithilfe eines Kurzarbeitszeitmodells – und nicht mit Teilzeitarbeit – begegnet werden. Und wiederum setzte die AK bei permanenter Bildungsförderung an.

Die Vorarlberger Volkswirtschaft hatte sich nach Kriegsende in Anlehnung an die Schweizer und deutsche Wirtschaft dynamisch entwickelt, besaß mit ihren privaten Mittelbetrieben die größte österreichische Industriedichte und eine hohe exportorientierte Produktivität. Die erstaunliche Konkurrenzfähigkeit war nicht zuletzt dem großen Anteil ausländischer Arbeitskräfte mit niedrigem Lohnniveau zu verdanken. Außerdem entlastete die große

Anzahl von Grenzgängern den heimischen Arbeitsmarkt. Zur Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft trugen die Kraftwerksbauten und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei. Dennoch agierte die AK vorausschauend und entwickelte bereits 1976 parteiübergreifende Konzepte und machte Vorschläge, um einer zu erwartenden Arbeitslosigkeit gegensteuern zu können. Dabei lehnte man sich an Programme der Bundeswirtschaftskammer an und lehnte die interventionistische staatliche Ausgaben- und Schuldenpolitik der sozialistischen Regierung Bruno Kreisky ab. Stattdessen forderte die AK eine verstärkte private und öffentliche Investitionspolitik und die Ankurbelung des privaten Konsums durch Steuerentlastungen.

Auch in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre war Vorarlberg von der sich in Österreich abzeichnenden Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht betroffen. Es herrschte noch Hochkonjunktur. Vorarlberg hatte mit 3,4 % die niedrigste Quote. Der österreichische Schnitt lag doppelt so hoch. Der Export konnte ausgeweitet werden, die Bauwirtschaft boomte.¹ Außerdem fehlte es an Facharbeiten, und für Jugendliche waren genug offene Lehrstellen vorhanden.

Dennoch gab es im Jänner 1987 große Aufregung, als der ORF einen Wirtschaftskommentar von Elisabeth Längle ausstrahlte, die meinte, von den offiziellen Arbeitslosen könne man die Hälfte als unechte, weil nur „*arbeitscheue Sozialempfänger*“ bezeichnen. Dieses „*Sozial-schmarotzertum wuchere parasitär*“. Nicht nur die Sozialarbeiter gingen dagegen auf die Barrikaden, auch die AK „*verwahrte sich schärfstens*“ gegen den unsachlichen und tendenziösen Beitrag in dem zu „*objektiver Berichterstattung verpflichtet*“ ORF: „*Selten bisher hat sich ein Vorarlberger Journalist in einer derart zynischen Art und mit völlig unhaltbaren Vorurteilen über das traurige Schicksal tausender Menschen ausgelassen.*“ Längle greife das bewährte Sozialversicherungssystem, den Grundpfeiler des österreichischen Sozialstaates, an. Von durchschnittlich 6.300,- Schilling monatlich brutto „*locker in den Tag zu leben*“ –

das übliche Durchschnittseinkommen betrug 15.000,- Schilling – „dürfte auch Lebenskünstlern schwer fallen“.²

Von 1989 bis 1990 war die Arbeitslosigkeit von 2 911 auf 3 587 Personen gestiegen und traf vor allem Gastarbeiter. Die AK lehnte daher deren Neuaufnahme ab.³ Die Vollbeschäftigung hielt in Vorarlberg bis 1992 an, und die Arbeitslosenrate lag innerhalb Österreichs immer noch an letzter Stelle und unter dem Bundesdurchschnitt.⁴

Aber dann folgte der Schock, das Ende der „Goldenen Jahre“: Im Jahr 1993 hatte Vorarlberg erstmals seit zehn Jahren kein Wirtschaftswachstum mehr, die Industrieproduktion und die Exporte waren gesunken. Auch in der benachbarten Schweiz wurde die Rezession sichtbar – unter den ca. 7 000 Vorarlberger Arbeitslosen Ende August befanden sich nämlich 500 zurückgekehrte Grenzgänger.⁵ Vor allem in der Metallbranche und Textilindustrie waren die Arbeitslosenraten seit einem Jahr um 81 bzw. 67 % gestiegen. Die AK alarmiert, forderte von der öffentlichen Hand „Taten statt Worte“. Ihre Sofortmaßnahmen hießen:

- 300 offene Lehrstellen besetzen
- Personalmangel im Sozialbereich abdecken
- Spezifische Aus- und Weiterbildungsangebote für Bildungswillige
- Selbstständiger Unternehmer werden
- Schaffung einer Arbeitsstiftung

Das Zauberwort jedoch hieß – mit Arbeitssuchenden Wohnungen bauen. Mit diesem Vorschlag ging AK-Präsident Josef Fink am 14. Juni 1993 in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. In den kommenden Wochen war das Medienecho enorm. In Vorarlberg fehlten 5 000 Wohnungen und außerdem gab es einen Höchststand von 8 909 Arbeitssuchenden, eine Arbeitslosenquote von 6,6 %. Die AK schlug vor, es sollten zum bisherigen Kontingent jährlich zusätzlich 250 Wohnungen gebaut werden, vorzugsweise Reihenhäuser in verdichteter Bauweise und mit günstiger Finanzierung. Das Projekt sollte sich auf vier Jahre erstrecken.⁶

Präsident Fink hatte sich jedoch getäuscht, wenn sein Vorschlag auf ungeteilte Zustimmung stoßen würde: „Skepsis dominiert [...] nur partielle Zustimmung“, hieß es in den VN zwei Tage später. Zustimmung kam von der Gewerkschaft der Privatangestellten und vom ÖAAB. Weiters war es die Bauinnung in der Handelskammer, die bereit war, Arbeitslose einzustellen, wenn das AMS die Kosten für Umschulungen bezahlen würde. Es ging um die Schaffung einer „Arbeitsstiftung“.⁷

Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen

Vorarlberg, April 1993

		Zunahme	offene Stellen
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe (saisonbedingt)	2 369		185
Metallarbeiter, Elektriker	1 028	+ 81,30 %	55
Textilberufe	837	+ 67,40 %	–
allg. Büro- und Verwaltungsberufe	832	+ 62,80 %	43
Handelsberufe	571	+ 51,15 %	92
Hilfsberufe allgemeiner Art	519	+ 53,10 %	
Bauberufe (davon Bauhilfsarbeit)	417 (224)		122
Bekleidungs- und Schuhherstellung	298	+ 55,20 %	27
Verkehrsberufe	296	+ 63,50 %	65
Reinigungsberufe	256		
Holzverarbeitung	239		25

Quelle: AKtion 1993/3, Seite 2 f.

Gründe für die Gefährdung des Arbeitsplatzes 1996



Quelle: Dr. Edwin Berndt

Neue Ideen gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Das Arbeitsmarktmodell der AK startete im Herbst 1993 mit der Zielsetzung, Arbeit und Wohnraum zu schaffen.



Finks schärfster Gegner war Bauunternehmer Walter Heinz Rhomberg aus Bregenz: *„Das ist der abenteuerlichste Vorschlag, den ich in den letzten Jahren gehört habe und somit unbrauchbar.“* Es wirkte sicherlich förderlich für die AK, als die Vorarlberger Nachrichten Anfang Juli in Feldkirch einen *„sehr gut besuchten Stammtisch“* organisierte, an welchem auch Landesstatthalter Herbert Sausgruber teilnahm. Das Blatt hatte sich mittlerweile gewendet: *„Missverständnisse wurden ausgeräumt“*, der Bedarf an Wohnungen sei bei einer Mitfinanzierung durch das Land gegeben. Und wesentlich waren die Äußerungen eines Architekten, der es durchaus für möglich hielt, dass Fertigkeiten, die am Bau erforderlich seien, rasch zu erlernen seien.⁸

Mitte Juli 1993 kam es zu einem „Sozialpartnergipfel“ und zu „Spitzengesprächen“ mit Landeshauptmann Martin Purtscher im Landhaus, die jedoch vorerst enttäuschend endeten. Die AK warf der Landesregierung vor, es fehle ihr am Willen: *„Wenn man etwas nicht umsetzen will, gibt es hundert Argumente dagegen.“* Der Druck der Öffentlichkeit und der Schulterschluss mit der Wirtschaftskammer bewirkten, dass das Arbeitslosenmodell der AK schließlich im Herbst 1993 startete: *„Nach anfänglichem Zögern hat sich die Vernunft durchgesetzt. Der Vorschlag von AK-Präsident Josef Fink, Arbeitslose in Bauberufe umzuschulen, wird verwirklicht.“* 31 Unternehmen beteiligen sich sogleich an diesem Projekt. Man begann mit einer „Schnupperlehre“, dann folgte die

Ausbildung. Gleichzeitig erhöhte das Land Vorarlberg die Bausparförderung. Die Stiftung zeigte schnellen Erfolg: Von den 197 Teilnehmern fanden 47 nach einigen Wochen einen fixen Arbeitsplatz, 64 begaben sich auf eine „aktive“ Arbeitssuche und 54 entschieden sich für eine „zielorientierte“ Aus- und Weiterbildung.⁹

Die AK beließ es jedoch nicht bei diesem Projekt und initiierte 1993 das Modell für „Reintegrationsmaßnahmen“, genannt „RIM“. Es setzte sich zum Ziel, möglichst Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern, und sollte sich von herkömmlichen Arbeitsstiftungen unterscheiden: *„Wir haben die maximale Vermittlungseffizienz ganz oben auf unsere Prioritätenliste gesetzt.“* Für das achtwöchige „Grundtraining“ kamen jedoch nur solche Personen in Frage, die auch bereit waren, *„viel zu tun, um dem Schicksal Arbeitslosigkeit zu entkommen.“*¹⁰

Bei diesen hohen Arbeitslosenraten war es für die AK völlig unverständlich, dass die heimische Gastronomie für die Wintersaison 1993/94 wiederum ein Sonderkontingent von 300 ausländischen Arbeitskräften anforderte, die, wie die Erfahrung zeigte, meist nicht aus dem EWR stammten und *„in keinster Weise gewillt waren“* nach Beendigung des Dienstverhältnisses das Land wieder zu verlassen.¹¹

Eine Analyse der AK des Jahres 1995 zeigte auf, dass die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen des Landes durchaus unterschiedlich war. Sie konzentrierte sich auf Gemeinden im Unterland wie Bregenz, Lauterach,

Schwarzach, Dornbirn, Hohenems, Hard und Kennelbach. Die drei Städte zeigten Raten um die 4 % und lagen daher im Landesdurchschnitt.¹²

Für die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit machte die AK Anfang der 90er-Jahre eine Reihe von Gründen verantwortlich:

- Die Krise in der Textilindustrie
- Die Rückkehr von ca. 2 500 Grenzgängern – ein Drittel der Arbeitslosen
- Der Rückgang bei den Industrieexporten
- Ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, mit dem die Produktivität nicht Schritt halten konnte.¹³

Firmenpleiten in der Textilindustrie, die Abwanderung von Unternehmen und die öffentliche Diskussion um deren Bestand wirkten sich auch auf das soziale und psychische Verhalten vieler Vorarlberger aus. Eine Untersuchung der AK brachte dies deutlich zutage: Immer mehr Beschäftigte äußerten „Vertrauensschwund“ in die heimische Wirtschaft. Eine wesentliche Ursache, die beinahe traumatisch wirkte, war der Niedergang der Textilindustrie: Anfang der 70er-Jahre hatte sie noch 40 % der Arbeitnehmer beschäftigt, 1996 waren es nur mehr 15 %! „Vorarlberg hat seinen Glanz als Wirtschaftsmusterländle“ verloren. Zwar nannten im Jahr 1996 38 % der Befragten als Ursache für die Krise die „allgemeine Wirtschaftslage“ mit den sinkenden Aufträgen, aber mit 26 % folgten

bereits die Unternehmen selbst. Erstaunlich war, dass nur 7 % „die Politik“ und 6 % den Beitritt zur EU als Ursache vermuteten.¹⁴

Die Arbeitslosigkeit hatte innerhalb eines Jahres deutlich zugenommen, was die Ängste der Arbeitnehmer wachsen ließ. 1997 waren es 40 %, die daran glaubten, dass ihr Arbeitsplatz nicht mehr sicher war. Dazu gehörten vor allem Frauen, Arbeitnehmer über 50, angelernte Arbeiter und Hilfskräfte. Männer sahen die Situation optimistischer als Frauen, was mit deren geringerer Bildung interpretiert werden konnte. Für sicher hielt man die Branchen Bekleidung, Reinigung, Körperpflege, Rechtsdienste und Versicherungen und vor allem das Gastgewerbe.

Ein Problem auf dem Arbeitsmarkt stellte bisweilen die „Schwarzarbeit“ dar, von vielen auch „Pfuscher“ genannt. In Österreich rechnete man damit, dass in den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts dem Staat außerdem 200 Milliarden Schilling an Steuereinnahmen verloren gingen! Wie es in Vorarlberg damit stand, wusste man nicht, bis die AK im Jahr 1997 dieses „Tabu“ mittels einer Umfrage erstmals unter die Lupe nahm und damit „Licht ins Dunkel“ brachte. Das „Tabu“ war durchaus gerechtfertigt, denn 61 % der Arbeitnehmer waren „oft“ entweder als Auftraggeber oder Auftragnehmer an einer Schwarzarbeit beteiligt, und noch beunruhigender – für 47 % war es gar ein geduldetes „Kavaliersdelikt“. Die meisten Tätigkeiten waren Reparaturen im Haushalt, an zweiter Stelle folgte



Schwarzarbeit belastet Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen gleichermaßen.

Investitionen in die Mitarbeiter sind entscheidend auf dem Weg zum Erfolg.



der Hausbau. Die AK hielt sich in dieser Angelegenheit „bedeckt“ und gab keine moralischen Parolen ab. Präsident Josef Fink wusste warum: *„Wenn es den Pfusch nicht gäbe, würde im Ländle kein einziges Haus stehen. Auf diesen Punkt könnte man überspitzt das Phänomen der Schwarzarbeit bringen.“* „Natürlich“ gab es auch Gegner der Schwarzarbeit, „redliche Vorarlberger“: Für 31 % waren Argumente wie der Ausfall einer Garantie für die geleistete Arbeit und für 28 % die Steuerausfälle für den Staat. *„Die diebische Freude, dem Staat ein Schnippchen schlagen zu können, ist in diesem Zusammenhang nicht stark ausgeprägt.“* Die moralischen Bedenken gingen jedoch nicht so weit, Schwarzarbeit beim Steueramt zu denunzieren. Im Finanzamt wollte man ja auch nicht das düstere Wort „Schwarzarbeit“ gelten lassen, korrekt heiße es *„nicht erklärte Einkünfte“*. Und wie viele Anzeigen wurden gemacht? *„Sehr wenige. Und die sind oft sehr vage“*, hieß es von kompetenter Stelle.¹⁵

Die AK brachte im Jahr 1997 als mögliche Teillösung der Arbeitslosigkeit die „Arbeitsumverteilung“ ins Spiel – weniger arbeiten und verdienen, um damit mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Antwort war klar: 51 % waren dagegen, 73 % akzeptierten keine finanziellen Einbußen. Vor allem Männer zeigten wenig Solidaritätsbewusstsein: *„Ich habe mich nicht weitergebildet, um weniger zu arbeiten und zu verdienen. Das wäre dann umsonst gewesen, es hätte sich nicht rentiert.“* Schließlich fühlte sich die AK veranlasst, sich für die „Verweigerer“ erklärend einzusetzen.

Direktor Heinz Peter: *„Dem Bezieher eines Mindestkollektivvertrags-Lohns von 10.000,- oder 12.000,- Schilling (brutto) kann man nichts mehr wegnehmen. Von ihm Solidarität zu fordern, ist blanker Zynismus. Von der sogenannten Mittelschicht ein finanzielles Opfer zu verlangen, wird in der Masse ebenso unmöglich sein, solange der Lebens- und Familienunterhalt nicht gravierend billiger wird.“* Außerdem seien immer mehr Haushalte auf ein zweites Einkommen angewiesen. Dieser Trend zu „wenig Solidarität“ setzte sich auch in den folgenden Jahren fort: *„In schlechten Zeiten ist das Hemd stets näher als der Rock. Die Akzeptanz für Modelle, die Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen, schwindet, weil eigene Interessen massiv betroffen sind.“* Ausnahmen gab es, dazu gehörten Höherqualifizierte, Führungskräfte und Angestellte.¹⁶

Trotz dieser ernüchternden Umfrageergebnisse versuchte die AK Optimismus zu zeigen und wies darauf hin: *„Zwischen der Einschätzung der Vorarlberger Arbeitnehmer und den konkreten Zahlen über den Wirtschaftsstandort Vorarlberg klaffen große Lücken. Die wirtschaftliche Lage ist wesentlich besser als angenommen – oder auch von Wirtschaftstreibenden angenommen.“* Seit 1995 waren nämlich die Exporte gestiegen, die Arbeitszeitflexibilisierung entlastete die Betriebe, der Umsatz hatte sich gar verdoppelt und die Lohnstückkosten und die Stundenproduktivität hatten sich deutlich verbessert. Im Inland gelte es jedoch die Konjunktur durch Reallohnzuwächse bei Steuersenkungen zu beleben.¹⁷



Langzeitarbeitslosigkeit: Ein Problem in ganz Europa

Es ist erkennbar, dass sich die AK in den folgenden Jahren auf das allgemeine Klagen wegen einer zu erwartenden Erhöhung der Arbeitslosigkeit – manche Experten sprachen von 10 % – nicht einließ. Im Gegenteil: Präsident Josef Fink war anderer Ansicht. In der 141. Vollversammlung im Jahr 2000 meinte er: *„Meine Kritik an diesen Prognosen wurde bislang immer nur belächelt.“* Und er ließ aufhören, als er vor dem Plenum zum Umdenken und zu einer „Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik“ aufrief: *„Weil die Anzahl der 20- bis 60-Jährigen in den nächsten zehn Jahren stabil bleibt und in weiterer Folge stark abnimmt, werden das Problem nicht mehr die vielen Arbeitslosen, sondern die vielen offenen Stellen bilden, die nicht mehr besetzt werden können.“* Fink entwickelte wiederum ein Forderungsprogramm. Dazu gehörten unter anderem eine *„revolutionäre Bildungsoffensive“*, eine *„Behaltekultur für ältere Arbeitnehmer“*, für Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bezüglich des Facharbeitermangels und freien Personenverkehrs eine EU-Erweiterung, jedoch *„nur in kontrollierten Schritten“*.¹⁸

Die optimistische Ankündigung der AK im Jahr 2001, wonach es in Zukunft verstärkt Arbeitskräftemangel gibt, bewahrheitete sich leider nicht. Schon drei Jahre später und noch vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise rief Fink zu einem notwendigen gemeinsamen Kraftakt auf, um der seit einem Jahr „enorm“ gestiegenen Arbeitslosigkeit zu begegnen. Eine europaweite Konjunkturschwäche war eingetreten. Die AK kritisierte in diesem Zusammenhang die europäische „Stabilitätspolitik“, die in erster Linie Währungs- und Budgetstabilität anstrebe und Wachstumsimpulse vernachlässige.

Die AK war sich im Klaren, dass eine generelle Regelung des Arbeitslosenproblems nur auf „europäischer Ebene“ möglich sein konnte, eine solche jedoch vorerst wenig Erfolg versprach, wie Präsident Fink 2006 auf dem AK-Neujahrsempfang kritisierte: *„Trotz hoher Unternehmensgewinne verharrt die Zahl der Arbeitslosen in der EU auf einem Rekordniveau. Während Unternehmer und Spitzenmanager Höchstehkommen einstreifen, werden Mitarbeiter auf die Straße gesetzt und entziehen sich vor allem große Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung. [...] Wenn sich das gemeinsame Europa von seinem ursprünglichen Ziel, mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle zu schaffen, entfernt, darf sich niemand wundern, dass die Zustimmung zu weiteren Integrationsschritten drastisch sinkt.“*¹⁹

Auch im Vergleich mit dem österreichischen Arbeitsmarkt hatte Vorarlberg längst seine „Spitzenwerte“

Arbeitslosigkeit in Vorarlberg nach ausgewählten Staatsbürgergruppen 2011 und 2014 (Jahresdurchschnitte)

	Zahl der Beschäftigungs- verhältnisse	Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen	Anteile an den Arbeitslosen gesamt	Arbeitslosen- quoten
Gesamt 2011	147.559	8.704		
InländerInnen	117.143	6.569	75,5 %	5,3 %
AusländerInnen	30.416	2.135	24,5 %	6,6 %
Gesamt 2014	153.957	9.829		
InländerInnen	119.334	7.020	71,4 %	5,6 %
AusländerInnen	34.623	2.809	28,6 %	7,5 %
Vergleich 2011 und 2014				
ÖsterreicherInnen 2011	117.143	6.569	75,5 %	5,3 %
ÖsterreicherInnen 2014	119.334	7.020	71,4 %	5,6 %
Deutsche 2011	9.824	430	4,9 %	4,2 %
Deutsche 2014	10.630	549	5,6 %	4,9 %
Türkinnen und Türken 2011	8.174	717	8,2 %	8,1 %
Türkinnen und Türken 2014	8.026	839	8,5 %	9,5 %
Personen aus Ex-Jugoslawien 2011 (Serbien & Montenegro, Bosnien & Herzegowina, Kosovo, ohne Kroatien)	6.719	417	4,8 %	5,8 %
Personen aus Ex-Jugoslawien 2014 (Serbien & Montenegro, Bosnien & Herzegowina, Kosovo, ohne Kroatien)	6.951	444	4,5 %	6,0 %
Ungarinnen und Ungarn 2011	523	30	0,3 %	5,4 %
Ungarinnen und Ungarn 2014	1.717	99	1,0 %	5,5 %

Quelle: Erhebung des AMS Vorarlberg (Arbeitsmarktbeobachtung und Statistik) vom Mai 2015, auf der Basis der Monatsdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger; BALI (Beschäftigung : Arbeitsmarkt : Leistungsbezieher : Informationen) – Website: www.dnet.at/bali; eigene Berechnungen. Arbeitslosenquoten nach nationaler Definition [vorgemerkte Arbeitslose ÷ (Beschäftigungsverhältnisse + vorgemerkte Arbeitslose)].

verloren und die Arbeitslosenrate lag „nur noch“ im österreichischen Mittelfeld. Eine Hauptursache sah die AK in der hohen krisenanfälligen Abhängigkeit der Vorarlberger Exportwirtschaft von Deutschland und dass in Vorarlberg der stabilisierende Dienstleistungssektor wenig entwickelt war. Um der Krise entgegenzuwirken, entwarf die AK im Jahr 2004, ähnlich wie 1993, ein umfangreiches Förderungsprogramm:

- Überbetriebliche Ausbildungsstätten für Jugendliche
- Zeitlich befristete Wohnbauförderungsprojekte

- Finanzielle Sonderzuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen
- Volle Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten im Pflegebereich
- Gemeinsames Auftreten der Sozialpartner und des Landes gegenüber dem Bund zur Erhöhung der Mittel für Arbeitsmarktprojekte.²⁰

Worauf die AK wenig Einfluss besaß, war Arbeitslosigkeit, die durch Insolvenzen entstand, jedoch meist nicht lange Zeit dauerte, da auf dem heimischen Markt häufig

wieder Arbeit gefunden werden konnte. Zwischen 1995 und 2005 verloren dadurch 5 737 Personen ihren Arbeitsplatz²¹, zwischen 2007 und 2011 waren es bei insgesamt 4 878 Insolvenzen 2 855 Personen. In den folgenden Jahren stiegen die Insolvenzen neuerlich an, und im Jahr 2011 „kreiste 117 Mal der Pleitegeier“ über Betrieben – 639 Arbeitsplätze gingen dabei verloren.²² Womit sich jedoch die AK sehr und meist auch erfolgreich beschäftigte, war die Einbringung offener Lohnrückstände, wofür die Abteilung für Insolvenzrecht zuständig war. Immerhin gelang es 2011 von 10 Millionen Euro angemeldeten Forderungen 8,8 Millionen einzubringen.²³

Mit etwas Verspätung hatte sich im Jahr 2009 die Weltwirtschaftskrise mit einer kräftigen Rezession auch in Vorarlberg merkbar gemacht. Um die zu erwartenden Kündigungen zu vermeiden, setzte die AK mit einem „Pilotprojekt“ gemeinsam mit dem Land Vorarlberg und den Sozialpartnern eine Initiative – es hieß „Kurzarbeits-



zeitmodell“. Kern dieses Modells war mehr Flexibilität gegenüber den bisher starren, bundesweit einheitlichen Regelungen. So einfach war es freilich nicht, diese Idee durchzusetzen, da Kurzarbeit in Vorarlberg jahrzehntelang ein verpöntes „Fremdwort“ war, ging es doch um „freiwilligen“ Lohn- und Arbeitsverzicht. De facto war es ein Wechsel von Vollzeit- auf Teilzeitbeschäftigung. Und dagegen waren „im Prinzip“ nicht nur die meisten Männer, sondern in der Realität auch etliche Vorarlberger Firmen. AK-Direktor Rainer Keckeis beschreibt es so: „Ein Teil der nicht selten zur Sprücheklopferei neigenden Vorarlberger Manager ist geständig: Sie kapieren das österreichische Kurzarbeitsmodell nicht. Es ist ihnen zu kompliziert. Das ist bei so genannten ‚einfachen‘ Managern ärgerlich, völlig inakzeptabel aber ist diese Begriffsstutzigkeit bei führenden Funktionären. [...] gehen einige Vorarlberger Industriebetriebe bewusst einen anderen Weg. Sie kündigen langjährige Mitarbeiter oder stellen sie vor die Wahl, Teilzeit bzw. Lohnkürzungen zu akzeptieren. Wer das nicht will, kann gehen. [...] und das nach jahrelanger Betriebszugehörigkeit und vielen Lippenbekenntnissen der Unternehmer, wie wichtig ihnen treue Mitarbeiter sind. Diese frommen Sprüche gelten offenbar genau so lange, wie die Gewinne explodieren.“²⁴

Schließlich tauchte seit 2014 der Slogan auf: „Statt Lohnzuwachs mehr Freizeit.“ Die AK war sich im Klaren, dass es sich dabei um ein zweischneidiges Schwert handelte. Die Freizeitoption war zwar ein möglicher Schritt, aber kein „Allheilmittel“ gegen Arbeitslosigkeit. Für Niedrigverdienende kam dieses Modell ohnedies nicht infrage. Die Fraktionen in der AK waren sich auch nicht einig: Die FSG forderte stattdessen eine gerechtere Umverteilung der Arbeit, die Freiheitlichen warnten vor geringeren Pensionen, und die Grünen sprachen sich für eine Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden aus.²⁵

Obwohl die Arbeitslosenrate in Vorarlberg im Jahr 2011 mit 5 % deutlich unter der Quote des gesamten Bundesgebietes mit 8,1 % lag und erst 2014 wieder auf 6,2 % stieg, betraf sie doch um die 10 000 Arbeitnehmer.

Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt stellt eine große und wichtige Herausforderung dar.

Insolvenzentwicklung 2007 bis 2011

Betroffene Arbeitnehmer	2007	2008	2009	2010	2011
in Konkursverfahren	963	886	750	702	573
in Sanierungsverfahren ¹	40	4	1	0	336
von Abweisungen	100	110	114	48	83
in Schuldenregulierungen	34	31	42	35	26
gesamt	1137	1031	907	785	1018
Verlorene Arbeitsplätze	713	707	481	315	639
Angemeldete Forderungen in Euro	13.778.889	16.116.110	9.693.701	7.393.538	10.311.510
Befriedigte Forderungen in Euro	12.320.169	14.569.491	7.878.079	6.977.651	8.842.593

¹bis 2010 in sogenannten Ausgleichen

Quelle: Insolvenzrechtsabteilung der AK Vorarlberg

Die AK hob den hohen Stellenwert der beruflichen Weiterbildung als Faktor der Arbeitsplatzsicherung hervor, was die volle Unterstützung des AMS fand. Wie aus Umfragen der Jahre 2003 und 2005 hervorgegangen war, rannte dazu die AK offene Türen ein: Für 90 % der Vorarlberger Arbeitnehmer im Alter über 40 wurde ständige Weiterbildung als wichtig bis sehr wichtig angesehen. Die Motive waren klar: Bei fehlender Weiterbildung fürchtete man um den Arbeitsplatz und von den Jungen aufs „Abstellgleis“ gebracht zu werden. Weiterbildung versprach zudem eine Erhöhung des Einkommens. Und generell, sie wurde als „Grundlage“ für die Berufsausübung angesehen. Die fleißigen „Vorarlberger“ waren gar bereit, für Weiterbildung ihre Freizeit zu „opfern“. Man sollte aber auch wissen: „Insgesamt hat der Druck der Chefs seit 2002 zugenommen.“²⁶ Präsident Hämmerle erkannte bei manchen Arbeitnehmern aber auch Weiterbildungsdefizite: „Jeder braucht in der Mitte seines Berufslebens noch einmal einen Bildungsschub. Ein klassischer Handwerker sollte sich überlegen, ob es nicht wichtig ist, Computerkenntnisse zu haben.“²⁷

Im Jahr 2014 gab es auf dem Vorarlberger Arbeitsmarkt endlich positive Signale: Er zeigte die geringste Zunahme von Arbeitslosen in allen Bundesländern. Ein Jahr später lag die Arbeitslosenquote mit 6,4 % bei 10 837 Personen unter dem Bundesdurchschnitt von 10,5 %. Was der AK seit Jahren und noch immer Sorgen bereitete, war die hohe Arbeitslosenrate der 20 bis

25-Jährigen. Und die Hälfte der als arbeitslos gemeldeten Personen besaß im Jahr 2015 über keine über die Pflichtschule hinausgehende Berufs- und Schulausbildung. Besonders benachteiligt war die zweite Generation der ehemaligen Gastarbeiterzuwanderer, deren Bildungsabschlüsse über die Sekundarstufe I meist nicht hinausreichten. Wiederum setzte die AK bei Bildungsförderung an, bei Qualifizierung und permanenter Fortbildung. Dabei mangelte es zunehmend an Fachkräften. Als „Dreh- und Angelpunkt“ wurde ein erfolgreicher Lehrabschluss bezeichnet. Präsident Hämmerle klagte an, dass die Prüfungen zur Hälfte der Lehrzeit abgeschafft worden seien. „Wir können es uns einfach nicht leisten, junge Menschen aufgrund von mangelnder Bildung zu verlieren.“²⁸

Wenn sich Vorarlberg nach der Wirtschafts- und Bankenkrise auch erholte und die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen zwischen 2008 und 2014 von 144 177 auf 153 956 stieg, dann ging dieses Wachstum und auch jenes der Wirtschaft wesentlich auf den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte aus dem EU-Raum zurück, „ferner“ auf österreichische Frauen. Einheimische Männer spielten als Wachstumsmotor keine große Rolle mehr. Diese Ergebnisse brachte die 261 Seiten umfassende Studie „Europäisch, jung, mobil – Neue Zuwanderung nach Vorarlberg 2008 bis 2014“ der AK zutage, die von der Sozialwissenschaftlerin Eva Häfele verfasst wurde und im Jahr 2015 erschien.

Kaum hatte man in Vorarlberg das Problem Arbeitslosigkeit einigermaßen in den Griff bekommen, kam überraschend ein neues auf die Wirtschaft und Gesellschaft zu – es war die Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten. Flüchtlinge waren in Vorarlberg bereits im Jahr 2005 angekommen, es waren 938. In den folgenden Jahren pendelte sich die Zahl bei durchschnittlich 900 Personen ein. Im Mai 2015 waren es dagegen bereits 1 399 Flüchtlinge. Die Kernfrage der AK war: *„Wie viel verträgt der Arbeitsmarkt?“*²⁹ AK-Direktor Keckeis nahm dazu eine klare Position ein: *„Ihnen Hilfe und Aufenthalt zukommen zu lassen, ist aus humanitären Gründen selbstverständlich und richtig. [...] Wenn es uns gelingt, echte Integrationsarbeit zu leisten, werden aus vorerst Hilfsbedürftigen mittelfristig wertvolle Teilnehmer am Arbeitsmarkt und Beitragszahler in unser Sozialsystem. Wenn nicht, führt es unweigerlich auch für uns zu einem deutlichen Wohlstandsverlust.“*³⁰

„Arbeitsplätze für Asylwerber?“ war die Frage, die die AK im Jahr 2015 der Vollversammlung vorlegte. Man wollte die Stellungnahmen der fünf Fraktionen erfahren. Eines war allen Anwesenden klar: *„Eine Mammutaufgabe der nächsten Jahre ist die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt.“* Die Fraktionen ÖAAB/FCG und FSG waren sich in den Grundsätzen einig und forderten eine möglichst rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt und eine umgehende Vermittlung von Deutschkenntnissen. Traumatisierten Menschen müsse Schutz und Hilfe angeboten werden. Der Vertreter der Liste der Freiheitlichen und Parteifreien war da anderer Ansicht: *„Jede Ausweitung von Beschäftigungsbewilligungen an Asylwerber ist in unseren Augen grob fahrlässig und ein ‚Schlag ins Gesicht‘ für jeden Arbeitslosen im Land.“* Die Grünen und Unabhängigen sprachen wiederum von der *„qualifiziertesten Einwanderung, die es je gab.“* Der Fraktionsobmann der Liste Neue Bewegung für die Zukunft, Adnan Dincer, warnte vor der Entstehung einer *„Parallelgesellschaft“*, wenn nicht eine *„durchdachte Integrationsarbeit geleistet“* werde.³¹

AK-Direktor Rainer Keckeis ging es um Ideologisch-Grundsätzliches, wenn er im Mai 2015 in einem Leitartikel zu bedenken gab: *„Es ist Zeit für eine Rückbesinnung auf sozialdemokratische und christlich-soziale Werte.“* Aber wussten die beiden angesprochenen Koalitionspolitiker überhaupt noch, welches diese waren?³²

LÖHNE UND LOHNENTWICKLUNG

Eine „aktive“ Lohnpolitik betrieb die AK ab dem Jahr 1987. Sie prangerte vor allem die großen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen an und kam zum „erstaunlichen Ergebnis“, dass in Vorarlberg die Löhne unter dem österreichischen Schnitt lagen. Da bis zur Jahrhundertwende die Löhne dennoch kräftig angestiegen waren, konzentrierte sich die AK auf wenige Bereiche: Dazu gehörten die „sogenannten“ hohen Lohnnebenkosten, die von Wirtschaftskammer und Unternehmern immer wieder für Preissteigerungen und eine Erschwerung der Produktivität verantwortlich gemacht wurden. Die AK „bewies“ das Gegenteil. Zugunsten der Arbeitnehmer befürwortete sie einen generellen Mindestlohn und eine gravierende Lohnsteuerreform.

Lohn- und Gehaltsfragen lagen nach 1945, wie schon in der Ersten Republik, in der Kompetenz des ÖGB. Die AK betrieb daher vorerst meist keine Lohnpolitik und beschränkte sich bis in die 70er-Jahre auf statistische Untersuchungen zu den Lohnverhältnissen. Diese waren eine der Grundlagen für die Lohnverhandlungen und Kollektivverträge. Schon in diesem Jahrzehnt kann generell festgestellt werden, dass es zwischen Männern und Frauen bedeutende Lohnunterschiede gab. Innerhalb Österreichs herrschte ein Lohn-Ost-Westgefälle: Die Löhne lagen in Vorarlberg über dem österreichischen Durchschnitt, was in den 50er-Jahren die starke Zuwanderung von Innerösterreichern verursacht hatte. Die dominierende Textilindustrie war noch nicht von einer Krise betroffen, bei ihren Löhnen gab es sogar Zuwächse – über dem österreichischen Schnitt!

Mitte der 80er-Jahre hatte sich die Situation geändert: Der hohe Gastarbeiteranteil, der in lohn niedrigen Branchen zu finden war, hatte das allgemeine Lohnniveau gedrückt. Und neben den immer noch vorhandenen Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern waren die zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeiten augenfällig.



Erhebungen über die Einkommen von unselbständig Erwerbstätigen machten Einkommensvergleiche möglich.

Innerhalb der Arbeiterkammerführung vollzog sich ein Einstellungswandel – sie versprach von nun an mehr „aktive Lohnpolitik“ zu betreiben: AK-Präsident Josef Fink in der 111. Vollversammlung 1987: *„Die Arbeiterkammer wird sich jedenfalls nicht aufs Reagieren beschränken, sondern wird in Zukunft eine aktive Arbeitnehmerpolitik machen.“*¹

Und diese Ankündigung war durchaus ernst gemeint: In der Mittagslandesrundschau des ORF am 12.11.1987 wurden die Ergebnisse einer Untersuchung der AK zu den Löhnen der unselbstständig Erwerbstätigen in Vorarlberg verkündet: *„Damit sind erstmals fundierte Einkommensvergleiche zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen möglich und damit ist die Struktur der Durchschnittseinkommen der Vorarlberger Arbeitnehmer weit besser erkenn- und einkommenspolitisch verwertbar.“* In der vorangegangenen Pressekonferenz in Bregenz begründete die AK ihre Vorgangsweise auch damit, dass man in Vorarlberg die Kraft der

Volkswirtschaft bisher stets von Daten der Arbeitslosenrate, Wertschöpfung und Produktivität der Unternehmen abgeleitet habe, nicht jedoch von den Einkommen der Arbeitnehmer. Das Resultat der detaillierten Untersuchung bei insgesamt 105 454 versicherten Arbeitnehmern war ernüchternd: Die Hälfte davon verdiente monatlich nicht mehr als 13.300,- Schilling brutto. Bundesweit lag das Durchschnittseinkommen jedoch bei 14.590,- Schilling. Was man bereits „geahnt“ hatte: Frauen verdienten als Angestellte in Vorarlberg lediglich 56 % des durchschnittlichen Einkommens ihrer männlichen Kollegen, bundesweit waren es 60 %. Die höchsten Löhne gab es bei den Energie- und Wasserversorgungsunternehmen, sie lagen mit 22.400,- Schilling an „einsamer Spitze“. Schlecht schnitt nun auch die Textilerzeugung ab. Aber eine „Schande“ waren die Löhne im Bereich des Unterrichts- und Forschungswesens. Sie rangierten an viertletzter Stelle mit nur 7.571,- Schilling, knapp vor Haushaltungs- und Hauswartungsdiensten. Das Lehrerdasein besaß somit wenig gesellschaftliches Ansehen.²

Die Reaktionen der Wirtschaftskammer und der Textilindustrie blieben nicht aus, als die unerfreulichen Untersuchungsergebnisse auch in den Vorarlberger Medien reges Echo fanden. Erstere „wies nach“, dass das Vorarlberger Durchschnittseinkommen gar um 3 % über dem österreichischen Durchschnitt und damit an zweiter Stelle hinter Wien lag! Dieser Vorsprung sei seit 1980 gleich geblieben.³ Wer hatte nun recht? Damit dies geklärt werden konnte, versprach die AK ihre nächste Studie auf bundesweite Einkommensverhältnisse auszudehnen. Außerdem war der Ersteller der Studie, Günther Keckeis, bereit, „mit einem Vertreter der Wirtschaftskammer in eine öffentliche Diskussion einzutreten“. Andreas Rhomberg, Vertreter der Textilindustrie, reagierte gereizt: Die AK sollte sich lieber die schlechten Bilanzen der Unternehmen ansehen, „dann sieht die Sache anders aus“. Lohnforderungen könne er keinesfalls akzeptieren. „Wenn die Entwicklung (Exportindustrie) so weiter geht, ist die Katastrophe perfekt.“⁴

Die AK änderte nun ihre Strategien, um höhere Löhne durchzusetzen, auch im Bildungsbereich. Sie forderte eine „Bildungsoffensive“. Gemeint war die Gründung einer Fachhochschule im technischen Bereich.⁵

In den folgenden Jahrzehnten war ein Schwerpunkt der Lohnpolitik die Fokussierung auf die immer noch triste Lohnsituation der Frauen. Im Jahr 1991 brachte die Untersuchung von 134 000 Vorarlberger Einkommenssteuerbeziehern zutage, dass 50 % davon weniger als 18.372,- Schilling brutto verdienen. Das Durchschnittseinkom-

men der Männer lag dabei bei 21.970,- Schilling und jenes der Frauen bei nur 14.432,- Schilling. Gründe waren, dass Frauen in hohen Lohnstufen ungleich schwächer vertreten waren als Männer. Außerdem waren „ihre“ Branchen die Körperpflege und Reinigung, Unterrichtswesen und Haushaltung mit einer niedrigen Entlohnung.⁶ In den 90er-Jahren kam es jedoch nicht etwa zu einem Nachziehen oder Angleichen an die Männergehälter, im Gegenteil: „Die Kurve des Anteils am Durchschnittseinkommen eines männlichen Beschäftigten zeigt kontinuierlich abwärts.“ In einer Berechnung widerlegten die Statistiker der AK, dass dies mit der zugenommenen Teilzeitarbeit von Frauen zusammenhänge – dies habe nur „bedingte Gültigkeit“. Der wahre Grund sei darin zu sehen, dass die mit Karriere verbundenen und gut bezahlten Positionen nach wie vor den Männern vorbehalten seien und dass ein Viertel von ihnen als Angestellte im Jahr 1997 mit ihren Löhnen „über der Höchstbemessungsgrundlage“ der Sozialversicherung lag. Bei Frauen traf dies nur bei 10 % zu.⁷

Dennoch: Innerhalb von sieben Jahren waren bis 1998 die Löhne für Arbeiter und Angestellte kräftig gestiegen: Männer verdienten nun monatlich im Schnitt 28.852,- Schilling brutto, Frauen dagegen nur 19.000,- Schilling. Sie arbeiteten nämlich überwiegend in den schlecht bezahlten Wirtschaftsbereichen Handel, Textil, Beherbergungs- und Gaststättenwesen.⁸

Aber auch bei den männlichen Lohnempfängern gab es große Unterschiede. Mit großem Abstand standen die Löhne in der Energiewirtschaft und im Kredit- und Versicherungswesen an der Spitze, gefolgt von der Metallverarbeitung. Erstere dominierte im Jahr 1998 mit 46.434,- Schilling, „und man muss sich die Frage stellen, welcher Mann überhaupt noch als Bauer arbeiten wollte – mit einem Lohn von 16.643,- Schilling“.⁹ Lagen die Löhne für männliche und weibliche Angestellte Ende der 90er-Jahre im österreichischen Durchschnitt, sah es dagegen für die Arbeiter schlecht aus – bereits im Jahr 1991 lagen ihre Löhne innerhalb Österreichs an drittletzter Stelle! Der österreichische Stundenlohn-Durchschnitt betrug brutto 99,77 Schilling, jener in Vorarlberg nur 96,- Schilling.¹⁰

Selbst in Vorarlberg gab es bei den unselbstständig Erwerbstätigen Lohnunterschiede, je nach Bezirk, in dem sie arbeiteten. Die höchsten Löhne finden wir im Bezirk Bregenz mit seinen Zentren der E-Wirtschaft und den produktionsbezogenen Dienstleistungen, gefolgt von Feldkirch als Beamtenstadt. Unter dem Durchschnitt lag Dornbirn mit seinem hohen Beschäftigungsanteil in der Textil- und Bekleidungsbranche. Das Schlusslicht war der

Bezirk Bludenz. Dort wirkte sich der hohe Dienstleistungsanteil vor allem im Gastgewerbe und Fremdenverkehr mit Niedriglöhnen entscheidend negativ aus.¹¹

Während die Löhne der meisten Arbeitnehmer durch die Statistiken der AK in etwa bekannt waren, traf dies für jene der „Oberen“ nicht zu. Vor allem die Niedrigverdienenden waren empört über die kolportierten und ihrer Meinung nach ungerechtfertigt hohen Löhne von „Spitzenverdienern“. Es war aus den Statistiken abzulesen, dass im Jahr 2003 der Durchschnittsbruttolohn eines Angestellten bei 37.960,- Euro jährlich lag, bei einem Arbeiter bei 26.400,- Euro. Aber das waren nur Mittelwerte. Ins Visier kamen vor allem Ärzte. *„Aus solchem Stoff sind naturgemäß Neid und Mißgunst geschneidert, worin die Haupthürde auf dem Weg zu mehr Einkommenstransparenz besteht.“* Aber wollten die Vorarlberger wirklich den „Lohn-Striptease“? Laut einer Umfrage waren es 73 %! Die Diskussion war auch dadurch angeregt worden, weil in der

benachbarten Schweiz die Medien Berichte über die „*nimmersatten Abzocker*“ von Managern mit ihren horrenden Abfindungen und Prämien veröffentlicht hatten. Die AK druckte aber auch Leserbriefe der Offenlegungsgegner ab. Emil Z. aus Bregenz: *„Neidkomplexe entständen, Betriebsklima würde damit verschlechtert! Warum hat der so viel und ich nicht?! Die Folge: Uneinigkeit und Streit!“* Otto S. aus Gaißau schlug vor, man sollte nur die Kollektiv-Grundlöhne offenlegen. Schließlich lebe man in einer *„wirtschaftlichen Wettbewerbszeit“*. Die Lohntransparenz blieb somit weiterhin ein Tabuthema, an dem man höchstens im Schutz der Anonymität etwas rüttelte.¹²

Generell war zu erkennen, dass trotz all dieser Lohnunterschiede in den 90er-Jahren die Löhne schnell gestiegen waren. Die Analytiker der AK fanden jedoch heraus, dass sich ab dem 30. Lebensjahr für Männer die Lohnkurve verflachte und bei den Frauen gar sank. Ab dem 60. Lebensjahr sank generell das Durchschnittseinkommen.¹³





Ideologie-Hick- hack an der Nebenkostenfront

Immer wieder, wenn eine Steuerreform angekündigt wurde, waren auch „Begehrlichkeiten“ des Finanzministeriums aufgekommen, den 13. und 14. Monatsgehalt abzuschaffen. Die AK war empört und warnte: *„Laßt die Hände weg!“* Sie begründete dies damit, die Sonderzahlungen hätten eine „gewisse Sparfunktion“, und das Weihnachtsgeld sei ein außerordentlich wirksamer Motor für die Inlandskonjunktur, für viele Handelsbranchen eine

Existenzfrage. *„Das Mißtrauen gegen Änderungen ist kein böser Kult, sondern der gesunde Reflex des gebrannten Kindes.“*¹⁴

In Lohnangelegenheiten gab es einen Bereich, bei dem die AK ihre nüchternen statistischen Analysen verließ, engagierte Lohnpolitik zu betreiben begann und ungewöhnlich „sensibel“ reagierte: Das waren die angeblich „hohen“ Lohnnebenkosten unter anderem durch den

Die Sonderausgabe AKut informierte Vorarlberger Arbeitnehmer über aktuelle Themen.

13. und 14. Monatsgehalt. Schon im Jahr 1987 hatte Präsident Josef Fink in einer Vollversammlung das Thema der zu „hohen Lohnnebenkosten“ angeschnitten und dieses ständige Unternehmerargument zurückgewiesen.¹⁵ Die Arbeitgeber waren vermutlich davon nicht zu überzeugen, was die AK im Jahr 1994 veranlasste, eine eigene Sonderausgabe mit dem Namen AKut zu veröffentlichen. Ein drastisches Titelbild versinnbildlichte den Inhalt: „*Ideologie-Hickhack an der Nebenkostenfront.*“ AK-Direktor Heinz Peter leitete die 16 Seiten umfassende programmatische Untersuchung ein und fasste zusammen: „[...] *Die Diskussion um die Lohnnebenkosten im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist unsinnig. Sie geht am Ziel vorbei und dient nur zur Verunsicherung der Menschen. [...] Als Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind vor allem die Höhe der Arbeitskosten insgesamt und die Produktivität von Bedeutung. [...] Deshalb wäre es jetzt an der Zeit, von der sinnlosen Lohnnebenkostendiskussion wegzukommen und sich den wirklichen Problemen unseres Landes zu widmen. Sich ernsthafte Gedanken zu machen über die Zukunft des Industriestandortes Vorarlberg.*“¹⁶

Acht Jahre später flammte das Thema neuerlich auf. Die AK stellte empört fest: „*Schluss mit der alten Lohnnebenkostenlüge*“, die mit ihren fragwürdigen Rechentricks die Menschen verunsichere. Dies war so weit gegangen, dass selbst „*Arbeitnehmer am Stammtisch ihren Unmut über die hohen Lohnnebenkosten ausdrückten*“, so Präsident Fink.¹⁷ Die AK wollte auf die öffentliche Kampagne der

„Wirtschaft“ reagierend wissen, ob ihre Mitglieder überhaupt wussten, was unter diesem Schlagwort zu verstehen war. Sie startete daher eine Umfrage und stellte fest: „*Bei den Lohnnebenkosten kennen sich nur wenige aus.*“ Immer wieder wende die „Wirtschaft“ den „*Trick*“ an, den 13. und 14. Monatsgehalt den Lohnnebenkosten zuzurechnen, obwohl diese Gelder lediglich aus steuerlichen Gründen gesondert zur Auszahlung gelangten. Der stellvertretende AK-Direktor Rainer Keckeis meinte kommentierend, man sei zwar „*nicht grundsätzlich*“ gegen eine Senkung der Lohnnebenkosten, doch betreffe dies bestenfalls den FLAF (Familienlastenausgleichsfonds) oder den Wohnbauförderungsbeitrag. Die Befragten wiederum hielten Senkungen für möglich – beim Arbeitslosengeld oder bei der Finanzierung von Arztbesuchen und bei Behörden-gängen während der Arbeitszeit. 53 % waren der Meinung, eine Senkung diene Arbeitgebern wie auch Arbeitnehmern. Resümierend stellte die AK fest: Entscheidend für den Wettbewerb seien alleine die Lohnstückkosten, und diese seien im Vergleich zu den Handelspartnern in der EU in den letzten Jahren gar um 6,5 % gesunken! Zwischen 1995 und 2000 habe sich deswegen die Produktivität der österreichischen Wirtschaft stark erhöht.¹⁸

Und diese Produktionssteigerungen waren zu einem guten Teil den Arbeitern zu verdanken. In den Jahren nach 2000 und nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise ab 2007 wurde offenkundig, dass es durchaus Reallohneinbußen gegeben hatte und die stark gestiegenen Kosten für



Entscheidend für den Wettbewerb sind die Lohnstückkosten.

Einkommen (in Schilling) nach Wirtschaftsklassen 1994

Wirtschaftsklasse	Arbeiter und Angestellte		
	Zusammen	Männer	Frauen
Land- und Forstwirtschaft	17.127,-	19.221,-	13.340,-
Energie- und Wasserversorgung	39.178,-	40.699,-	23.136,-
Steine (Erden)gewinnung	26.560,-	27.073,-	18.929,-
Nahrungsmittel, Getränke	22.430,-	27.196,-	17.764,-
Erzeugung von Textilien	21.003,-	26.315,-	17.657,-
Erzeugung Bekleidung, Bettwaren	17.432,-	25.165,-	16.034,-
Erzeugung und Verarbeitung von Leder	20.710,-	24.095,-	16.005,-
Holzverarbeitung, Instrumentenerzeugung	22.207,-	23.195,-	17.747,-
Papierherzeugung und Verarbeitung	24.289,-	26.336,-	17.985,-
Druckerei und Verlagswesen	25.959,-	31.813,-	18.166,-
Chemie, Gummi, Erdöl	23.577,-	26.392,-	18.515,-
Stein- und Glaswaren	26.017,-	26.985,-	18.553,-
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	27.598,-	29.748,-	20.746,-
Bauwesen	25.317,-	25.893,-	17.510,-
Handel, Lagerung	19.683,-	26.198,-	15.490,-
Gaststätten und Beherbergung	17.918,-	19.579,-	16.888,-
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	21.576,-	22.599,-	17.751,-
Geld- und Kreditwesen, Versicherungen	29.617,-	37.606,-	23.731,-
Realitätenwesen, Rechtsdienste	23.577,-	28.691,-	20.148,-
Körperpflege, Reinigung	14.627,-	19.773,-	12.872,-
Kunst, Unterhaltung, Sport	25.189,-	31.110,-	17.389,-
Gesundheits- und Fürsorgewesen	23.089,-	30.622,-	20.884,-
Unterrichts- und Forschungswesen	14.868,-	25.000,-	9.085,-
SV-Träger, Interessenvertretung	22.873,-	28.092,-	20.411,-
Haushaltung und Hauswartung	9.327,-	7.974,-	9.360,-
Vorarlberg	22.826,-	26.834,-	17.884,-

Quelle: AKtion 1995/6, Seite 9, Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

die Grundversorgung viele Vorarlberger finanziell belasteten. Die AK forderte daher 2010 die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 1.300,- Euro brutto. Als Alleinverdiener im „teuren Ländle“ eine Familie zu erhalten, sei für viele Arbeitnehmer nur noch schwer möglich. Außerdem, Arbeit müsse „sich lohnen“! Es sei nicht einzu-sehen, dass man für Vollzeitarbeit netto nicht viel mehr als ein Sozialhilfeempfänger verdiene. Das Argument der Wirtschaft ließ Direktor Rainer Keckeis nicht gelten, dass durch einen Mindestlohn die Exportbetriebe negativ betroffen sein würden. Mindestlöhne beträfen in erster Linie Dienstleistungsbranchen und Berufe ohne Kollektivvertrag.¹⁹ Im Jahr 2013 forderte die AK in einer Vollversammlung die Erhöhung des Mindestlohnes auf 1.500,- Euro. Präsident Hämmerle: „Damit bringt der Staat glaubhaft zum Ausdruck, dass sich Arbeit in diesem Land lohnt.“

Und er legte noch dazu: „Sechste Urlaubswoche nach 25 Jahren Arbeit.“²⁰

Im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen vom September 2013 kam eine eiligst geforderte „große“ Lohnsteuerreform ins Gespräch. Es hieß „Mehr Netto vom Brutto“. Im Mai 2014 nahm die Steuerreformbewegung, von AK und ÖGB getragen, von Tirol und Vorarlberg aus ihren Anfang.²¹

Mit der erfolgreichen Durchsetzung der Steuerreform verband die AK aber noch weitere „Lohnpläne“: Eine statistische Erhebung hatte nämlich ergeben, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit Niedrigeinkommen immer noch hoch war: Im Jahr 2013 verdienten 12 491 Personen weniger als 1.500,- Euro brutto. Damit lag Vorarlberg innerhalb Österreichs an letzter Stelle – besonders hoch lag die Rate bei Frauen. Als Gegenmaßnahmen

STEUERREFORM

Am 17. März wollen ÖVP und SPÖ die Steuerreform präsentieren. 882.184 Österreicher forderten eine spürbare Entlastung. Was kommt nun wirklich?

Echte Reform oder großes Theater?



forderte die AK unter anderem eine Anhebung der Niedrigeinkommen durch Kollektivvertrags-Mindestlöhne, gleichen Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer, die korrekte Bezahlung von Überstunden und die Verhinderung von Sozial- und Lohndumping. Ein Mindestlohn von 1.500,- Euro wurde nur als „Etappenziel“ angesehen.²²

Zur selben Zeit nahm sich vorerst der ÖGB unter seinem Landesvorsitzenden Norbert Locker der Gruppe der „Besserverdiener“ an. Bei den zu erwartenden Lohnverhandlungen trat man für ein Arbeitsmodell ein, das schon bei einigen Vorarlberger Firmen praktiziert wurde. Es ging um mehr Freizeit statt um Lohnerhöhungen. Lockers Aussage, „es gibt kein einziges stichhaltiges Argument gegen die Freizeitoption“, stützte sich auch auf eine Umfrage unter 500 Erwerbstätigen und 828 Beschäftigten in Großbetrieben. 60 % der Bevölkerung und 84 % der Beschäftigten sprachen sich für dieses Modell aus.²³

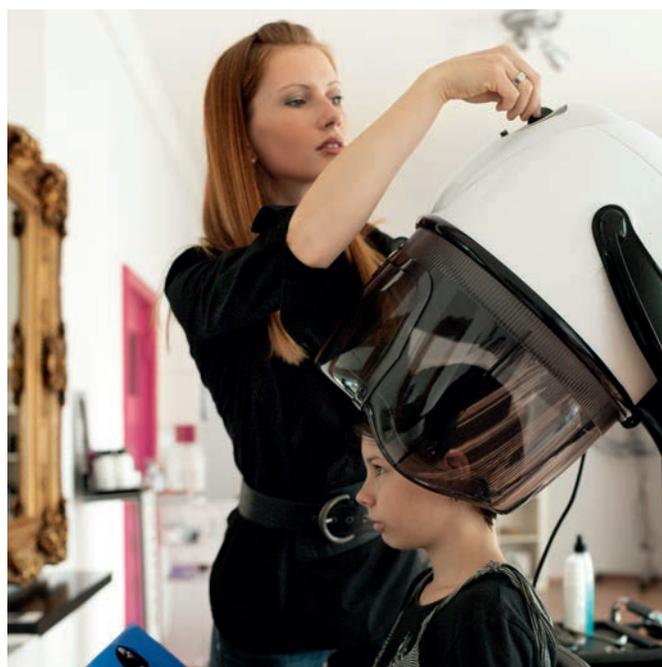
Die AK fordert mehr Netto vom Brutto.

BESCHÄFTIGUNGS- FORMEN

Trotz des Endes der Vollbeschäftigung in den 90er-Jahren machte sich zunehmend Facharbeitermangel bemerkbar. Die AK setzte auf den qualifizierten Ausbau und die Förderung der Lehre und war vorerst gegen eine Anwerbung ausländischer Facharbeiter. Die traditionelle Berufsausbildung konnte den Bedarf an Fachkräften nicht mehr decken, weshalb die AK die Aufwertung der Lehrausbildung immer wieder forderte. Auch die Niedrigqualifizierten rückten immer mehr in den Fokus, hatte Vorarlberg über Jahre hinweg doch den größten Anteil an Arbeitnehmern, die keinen höheren als über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss hatten. Hinsichtlich der Zuwanderung von Arbeitskräften trat die AK stets für eine „kontrollierte Zuwanderung“ ein.

Trotz des Endes der jahrzehntelangen Vollbeschäftigung und des konstanten Wirtschaftswachstums mit Strukturveränderungen innerhalb der heimischen Industrie war der Fachkräftemangel ein Problemfeld auf dem Arbeitsmarkt. Der Facharbeitermangel trat 1991 in der 120. Vollversammlung erstmals ins Rampenlicht. Präsident Josef Fink sah ihn in erster Linie durch die Mängel bei der Ausbildung von Lehrberufen veranlasst. Von nun an trat der „Lehrling“ in den Mittelpunkt des Interesses. Fink legte ein 7-Punkteprogramm vor, mit dem Schwerpunkt auf einer „neuen Berufsinterpretation“ im Zusammenhang mit einem angezweiferten bisherigen Ausbildungssystem.¹ Auch AK-Direktor Heinz Peter drückte es unmissverständlich aus: „*Was wir heute brauchen, ist eine Trendwende in der Wirtschaftspolitik. [...] Was aber gleichermaßen not tut, ist eine entscheidende Aufwertung der Lehre als Basis der beruflichen Ausbildung. Höchste Wertschöpfung und innovativen Erfolg erzielen nämlich nicht jene Betriebe mit den meisten Akademikern, sondern mit einer vorbildlichen Lehrausbildung.*“ Und dazu wollte man auch die Landespolitik „sensibilisieren“.²

Nach der Jahrhundertwende wurde die Fachausbildung durch ständige berufliche Aus- und Weiterbildung zwar



Arbeitnehmer damals
und heute



Facharbeiterschmiede – Lehre



entscheidend verbessert, der Fachkräftemangel blieb jedoch bestehen und behinderte die Wettbewerbsfähigkeit der Vorarlberger Wirtschaft. Für die AK war dieser Zustand „zum Teil hausgemacht“. Betriebe beklagten den Facharbeitermangel, „übten sich einmal mehr im Jammern“, wollten aber selbst „nicht viel machen“. Die Kritik der AK bezog sich auch auf schlechte Löhne. Wer könne, gehe deswegen in die Schweiz und nach Liechtenstein.

Präsident Hubert Hämmerle forderte daher: „Zur Arbeit gehört neben Unternehmenskultur, Herausforderung und Entwicklungsmöglichkeiten natürlich auch ein anständiger Zahltag.“³

Wer erwartet hatte, dass der Facharbeitermangel durch nachrückende Lehrlinge kompensiert werden würde, hatte sich getäuscht. Die anfängliche Lehrlinge euphorie nach der Jahrhundertwende war schnell verflogen. Im Jahr 2008 herrschte zwar noch ein Höchststand von 2 624 Lehrlingen im ersten Lehrjahr, 2014 waren es nur mehr 2 085! In Vorarlberg waren jedoch jährlich 600 Fachkräfte nötig, um die Produktivität und die Dienstleistungen aufrecht zu erhalten.⁴ Eines war klar geworden, aus eigenem Potenzial konnte der Bedarf nicht gedeckt werden, wie sehr man auch die einheimische Facharbeiterausbildung intensivierte. Präsident Hubert Hämmerle bekannte sich schließlich zur Lösung einer „kontrollierten Zuwanderung“. Damit diese auch griff, sollten die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ attraktiver gestaltet und Vorarlberg als Arbeitsort und Lebensmittelpunkt besser vermittelt werden.⁵

Einer Lösung zugeführt werden konnte dagegen das über 15 Jahre andauernde Problem mit den Saisoniers für die Fremdenverkehrsbetriebe. Die Unzufriedenheit und Verwirrung auf diesem Sektor war so groß, dass es etwa im Jahr 1990 bei der AK 15 000 Vorsprachen gab.⁶ Mit den Vertretern der Wirtschaft wurde man vorerst nicht einig. Erst im Jahr 2002 gab es wieder Hoffnung, als Martin Bartenstein, Minister für Wirtschaft und Arbeit, vor

70 Kammerräten in Feldkirch versprach, dass es ohne Zustimmung von Präsident Fink keine Saisoniersregelung geben werde. Es ging dabei vor allem um Arbeitskräfte aus dem ehemaligen Ostblock.⁷ Endlich konnte im Oktober 2003 mit den Tourismusvertretern in der Wirtschaftskammer und dem AMS ein „tragfähiges Konzept“ ausgearbeitet werden. Es war dies ein Pilotversuch für ganz Österreich. Es handelte sich um ein detailliertes 7-Punkteprogramm: Saisonierarbeitskräfte sollten kontinuierlich abgebaut, solche aus EU-Staaten bevorzugt und womöglich aus dem heimischen Arbeitsmarkt rekrutiert werden. Und vor allem – die gesamten Kontingente wurden den Fremdenverkehrsbetrieben frühzeitig bekannt gegeben. Dadurch nahmen die Reibereien und Streitigkeiten um die Vergabe der Saisonierkontingente ein Ende und auch der Umstand, dass „sich fast jeder benachteiligt fühlte und tagtäglich irgendwo interveniert wurde“.⁸

Eine Gruppe von Arbeitnehmern, denen über lange Zeit kaum Beachtung geschenkt wurde, waren Hilfsarbeiter – sogenannte „Niedrigqualifizierte“. Grund dafür war die Annahme, die Nachfrage nach ihnen würde durch Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen ein Ende finden. Trotzdem hatten im Jahr 2011 rund ein Viertel aller Personen im Erwerbsalter keinen über die Hauptschule hinausgehenden Abschluss. 30 000 Personen gingen in Vorarlberg einer niedrigqualifizierten Tätigkeit nach, waren somit Hilfskräfte. Dieser Anteil war im Vergleich zum übrigen Österreich hoch. Gerade bei den

AK-Präsident Hubert Hämmerle mit den Studienautoren Eva Häfele und Kurt Greussing bei der Pressekonferenz „Endstation Bildungsabbruch?“



Die AK setzt sich für die berufliche Zukunft der jungen Menschen ein.

Arbeitslosen waren sie stark vertreten und selbst wenn sie einen Arbeitsplatz besaßen, bedeutete dies oft „Armut trotz Arbeit“. Der *„traurigen Tatsache, dass viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger – obwohl sie einer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen – zu wenig verdienen, um sich selbst oder ihre Familie erhalten zu können“*,⁹ ging die AK in drei wissenschaftlichen Studien auf den Grund: „Schicksal Prekarität? Maßnahmen für Vorarlberg“ (2008), „Arm trotz Arbeit. Working Poor (Erwerbsarme) in Vorarlberg“ (2010), „Endstation Bildungsabbruch? Zweite Chance Bildung. Lernwege für Niedrigqualifizierte in Vorarlberg“ (2013). Alle drei Studien wurden im Auftrag der AK Vorarlberg von Eva Häfele und Kurt Greussing erarbeitet. Der „klassische“ Hilfsarbeiter der Vergangenheit war jedoch kaum mehr gefragt und auf ihn traten seit der Jahrtausendwende völlig neue Herausforderungen heran, wenn er sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten wollte. Dazu gehörten laut AK Kompetenzen wie Kommunikation, Verständnis für Betriebsabläufe, Problemlösungsbewusstsein und kooperative Fähigkeiten.

Die AK war sich im Klaren, dass die Impulse dazu nicht von den „Hilfskräften“ ausgehen konnten, sondern dass es neuer Bildungsmethoden bedurfte und ständiger betrieblicher Weiterbildung. Zur Belebung bzw. überhaupt zur Bewusstmachung von Lösungskompetenzen organisierte die AK im Mai 2011 auf Initiative des stellvertretenden Direktors Gerhard Ouschan eine großangelegte Fachtagung zum Thema „Qualifikationsland Vorarlberg – die Zukunft der Niedrigqualifizierten“ mit Referenten aus der Schweiz, Deutschland und Österreich und gab in Folge eine Studie mit dem Titel „Endstation Bildungsabbruch? Zweite Chance Bildung. Lernwege für Niedrigqualifizierte in Vorarlberg“ in Auftrag. Die Ergebnisse zeigten auf, dass es der Anwendung neuer Bildungsmethoden bedurfte, *„die Niedrigqualifizierte dort abholen, wo sie stehen und sie in ihrer Grundmotivation fördern“*. Davon sollte niemand ausgenommen werden und selbst das Elternhaus sei zu beteiligen. Was die Regel-Schulbildung



betrifft, setzten die Studienautoren überraschend früh an: *„Im Hinblick auf eine spätere Berufsorientierung ist ein kindgerechter Kontakt mit der Arbeitswelt bereits während der Kindergarten- und Grundschulzeit sinnvoll und notwendig“*, und an die Betriebe gewandt hieß es, dass sich diese nicht nur als Produktionsorte, sondern auch als Lernorte verstehen müssten.¹⁰ Eine weitere Fachtagung beschäftigte sich im April 2013 zum Thema „Bessere Chancen für Niedrigqualifizierte. Beruflicher Erfolg trotz Lernschwächen?“ ebenfalls mit der Problematik der Niedrigqualifizierung. Namhafte Referenten zeigten auf, wie trotz Lernschwächen geeignete Maßnahmen zum Bildungserfolg führen können.¹¹

Wenig Aufwand hatten die Abteilungen der AK dagegen mit „Berufs-Randgruppen“. Dazu gehörten etwa die Heimarbeiterinnen, im Jahr 1991 waren es in Vorarlberg etwa 3 000. Zuständig für sie war die Heimarbeiterkommission beim Landesarbeitsamt in Bregenz. Die AK sprach von einer „Grotteske“, da sie laut Gesetz nicht den Status



Von einem Kündigungsschutz konnten Heimarbeiterinnen nur träumen – sie hofften auf eine Gesetzesnovelle.



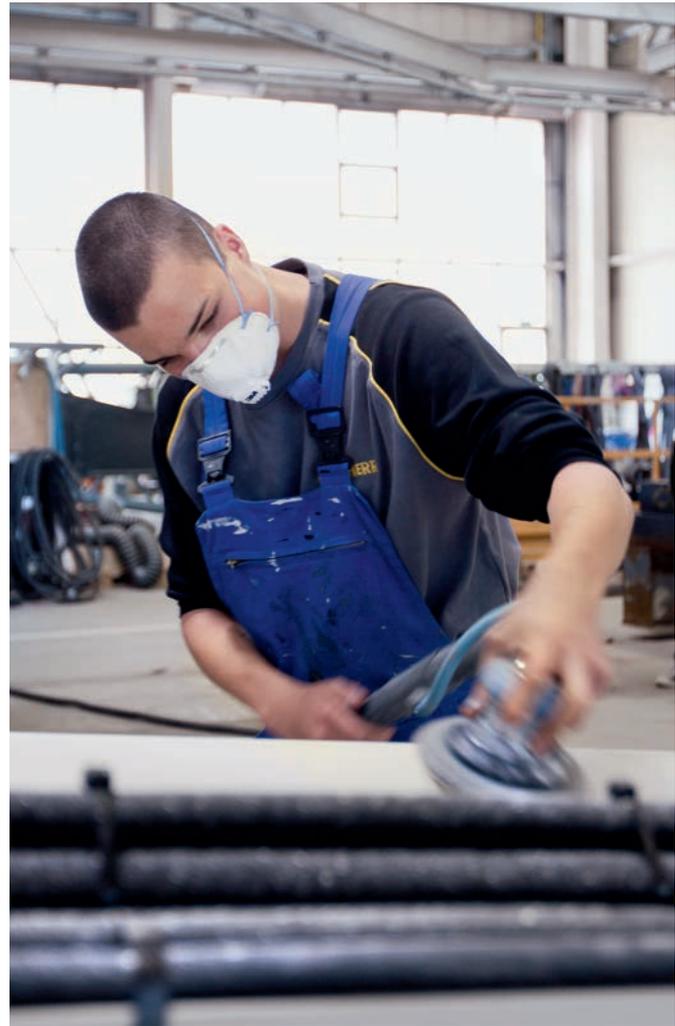
Die Bildungswerkstätte Feldkirch bot vielen die Chance für einen beruflichen Neubeginn.

von Dienstnehmern besaßen. Ihr Dienstverhältnis konnte ohne Begründung gekündigt werden. Die AK hoffte im Jahr 1991 auf eine Gesetzesnovelle, um sie mit Betriebsarbeitern gleichzustellen.¹² Dann gab es die Pflicht- und Ferialpraktikanten, die von den Arbeitsrechtsexperten auf „Tücken und Lücken“ aufmerksam gemacht wurden. Das Problem für Praktika, die nicht im Rahmen einer Ausbildung stattfanden, lag darin, dass es dafür keine gesetzlich

verbindlichen Vorschriften gab. Auch schriftliche Vereinbarungen, Aufwandsentschädigungen oder Grundvergütungen waren nicht vorgeschrieben.¹³ Auch aufgrund der Initiative der AK sind heute Praktika klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen unterworfen. Über schul- und arbeitsrechtliche Bestimmungen informiert die Arbeiterkammer in ihrer regelmäßig aktualisierten Broschüre „Pflichtpraktikum“.



Ömer Mustakli, angefangen als Hilfsarbeiter ohne Ausbildung: „Heute darf ich als Schichtleiter große Verantwortung tragen.“



Dem Thema Leiharbeit stand die AK besonders kritisch gegenüber. Dazu nur ein Beispiel von vielen: Mit Ende August 2006 waren in Vorarlberg 72 Leiharbeitsfirmen tätig. Bei ihnen waren 3 300 Dienstnehmer gemeldet. Seit vier Jahren hatte sich die Zahl der Arbeiter um das Fünffache und der Firmen um das Dreifache erhöht! In den letzten eineinhalb Jahren hatten sich 164 Leiharbeiter an die AK um Hilfe gewandt, vor allem weil bei Insolvenzen die Löhne nicht ausbezahlt wurden, weil sich ausländische Leiharbeitsfirmen ins Ausland absetzten, weil generell über Rechte und Pflichten nicht informiert wurde und ungerechtfertigte Kündigungen erfolgten. Die AK stellte daher vier klare Forderungen: Eine wirksame Kontrolle der Leasingfirmen, eine „betriebsrätliche“ Vertretung, die Gleichstellung der Ist-Löhne mit der Stammebelegschaft und klare gesetzliche Regelungen, wenn Leiharbeiter ausländischer Firmen in Österreich beschäftigt sind. Was den häufig ausländischen und „blauäugigen“

Arbeitern eine gewisse Sicherheit gab, war die Einführung eines Kollektivvertrages im Jahr 2002.¹⁴ Seit 2013 gelten neue Regelungen für Leiharbeiter. Durch mehr Rechte sollen Zeitarbeitskräfte der Stammebelegschaft gleichgestellt und ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden.¹⁵

Behinderte wiederum lagen in den „Kompetenzen“ der Lebenshilfe, des Instituts für Sozialdienste (ifs) und der Psychosozialen Gesundheitsdienste. Lebenshilfe-Geschäftsführer Heinz-Werner Blum forderte „*einfache Arbeit für einfache Menschen*“ und ifs-Geschäftsführer Stefan Allgäuer zeigte sich zufrieden, wenn er darauf hinwies, dass es etwa im Jahr 2003 über 500 geschützte Arbeitsplätze in 400 Firmen gab. Dies war vor allem der Struktur der Klein- und Mittelbetriebe zu verdanken, wo noch „*Leute ansprechbar sind für soziale Verantwortung*“.¹⁶ Einmal im Jahr trat die AK für Behinderte ins öffentliche Rampenlicht, es war dies die seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts jährlich durchgeführte „Bodenseerundfahrt“ auf dem Motorschiff „Vorarlberg“.¹⁷

ABFERTIGUNG NEU

In der 153. Vollversammlung im Jahr 2006 erklärte AK-Präsident Josef Fink die „Abfertigung neu“ als größten Erfolg seiner Amtszeit. Dieses Modell, erstmals 1992 vorgestellt, strebte eine gesetzliche Verankerung der Abfertigung und ihre Zuerkennung für alle Arbeitnehmer, mit Ausnahme der Beamten, an. Man konnte nun zwischen einer obligatorischen Abfertigung oder einer Zusatzpension wählen. Die Diskussion wurde österreichweit geführt und anfänglich auch von den sozialistischen Gewerkschaften abgelehnt. Die Beharrlichkeit Finks hatte sich gelohnt – im Jahr 2002 trat „sein“ Modell in Kraft.

Der Anstoß kam im Jahr 1991 vom Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, Johannes Ditz. Er war der Ansicht, Arbeitnehmer wären zu wenig mobil, und er bezeichnete in diesem Zusammenhang das geltende Abfertigungssystem als „strukturelle Bremse“. Ein Grund für diese „Immobilität“ bestand darin, dass ein freiwilliger Wechsel des Arbeitsplatzes in den meisten Fällen mit dem Verzicht auf einen Abfertigungsanspruch verknüpft war. AK-Präsident Josef Fink nahm unverzüglich den Ball auf, besprach sich mit Rechtsexperten und den Sozialpartnern und stellte im Jahr 1992 ein unter der Federführung des stellvertretenden AK-Direktors Rainer Keckeis ausgearbeitetes völlig neues und vor allem gerechteres Abfertigungsmodell vor. Dabei nahm er die Ideen für ein Betriebspensionsgesetz auf, die er bereits im Jahr 1988 formuliert hatte. Für ihn und die Arbeitnehmer war das bisherige „nicht mehr als eine finanzielle Fata Morgana“. Kernpunkt war der Vorschlag nach einer gesetzlichen Verankerung und einer Zuerkennung für alle Arbeitnehmer, ausgenommen der Beamten. Die Pflichtbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten in die Pensionskassen einbezogen werden. Dieses Modell kostete die Betriebe nicht mehr als bisher, ermöglichte jedoch einen leichteren Einstieg in eine Zusatzpension. Man konnte somit wählen zwischen einer Abfertigung oder einer Zusatzpension, und es gab auch einen gesetzlichen Anspruch bei Selbstkündigung. Und nochmals, so Fink: „Wichtigster Vorteil des Grundmodells bleibt aber

die Tatsache, daß damit endlich alle Arbeitnehmer in den Genuß einer Abfertigung kommen und nicht dafür bestraft werden, wenn sie entsprechend der Forderung der Wirtschaft mobil sind.“¹

Womit Fink freilich nicht gerechnet hatte, war der Widerstand aus den eigenen Reihen. Er kam von Maria Fekter, Staatssekretärin im Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in der Bundesregierung Vranitzky III. Die ÖVP-Wirtschaftsbundvertreterin kritisierte, 90 % der Betriebe könnten dieses Modell finanziell „nicht verkraften“. Fink war jedoch vom Gegenteil überzeugt und sprach gar von einer Senkung der Kosten.²

Dazu kam die Ablehnung durch den Gewerkschaftsbund. Dieser hatte Bedenken gegenüber dem „Neuen“, das in der Folge als „Fink- bzw. Rucksackmodell“ bezeichnet wurde. „Rucksack“ deswegen, weil Arbeitnehmer ihre Ansprüche auf Abfertigung bis zum Erreichen des Ruhestandes wie in einem Rucksack von Firma zu Firma



Geschafft. Seit Anfang der 90er-Jahre hat AK-Präsident Josef Fink für das „Rucksackmodell“ gekämpft – ein Kampf, der sich letztlich gelohnt hat.



mitnehmen konnten. Im Jahre 1996 ließ Fink durch eine Umfrage auch die Meinung der Arbeitnehmer erheben: 42 % waren auf seiner Seite und nur 26 % wollten die Beibehaltung der bisherigen Regelungen. Ihre Zustimmung hing damit zusammen, dass eine Abfertigung nicht mehr von „Zufälligkeiten“, Konjunkturen und der „Gnade“ bzw. wirtschaftlichen Liquidität eines Unternehmens abhängig sein würde.³

Die Diskussion um dieses Modell aus Vorarlberg wurde österreichweit geführt und langsam machte sich in Teilen des ÖGB ein Gesinnungswandel geltend, während sich im Jahr 1998 die Vorarlberger sozialistischen Gewerkschafter immer noch *„keinen Millimeter bewegten und offenbar mit ihrer strikten Ablehnung einer Kassenlösung nun endgültig übrigbleiben. Sie beharren auf dem alten Modell“*.⁴ Von Fink als *„einsamer Rufer in der Wüste“* war jedenfalls im Jahr 1998 keine Rede mehr: *„Jetzt, da sich das Fink-Konzept in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat, wollen viele*

Mit dem neuen Abfertigungsmodell kommen endlich alle Arbeitnehmer in den Genuss einer Abfertigung.

die geistigen Väter sein.“ Dazu gehörte auch die FPÖ, „die sich bislang kaum einmal für die Arbeitnehmeranliegen interessiert hat“.⁵

Die AK wurde nicht müde, auf die Vorteile hinzuweisen, die längst nicht allen Arbeitnehmern bekannt waren und kontrovers diskutiert wurden. Sie umfassten folgende Hauptpunkte:

- Die Abfertigung für alle Arbeitnehmer wird gesichert und geht in keinem Falle verloren.
- Sie bedeutet eine deutliche Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer.
- Sie ist eine einfache Möglichkeit zum individuellen Einstieg in eine Zusatzpension.
- Sie vermeidet Rechtsstreitigkeiten bei einer Lösung des Dienstverhältnisses.
- Sie ist kostenneutral für die Unternehmer
- und bedeutet ein gleichmäßiges Anwachsen der Abfertigungsansprüche für alle Arbeitnehmer.⁶

Dennoch war sich „Vordenker“ Fink im Klaren, dass sein Konzept immer noch von „Gegnern und Neidern – bewußt – mit anderen Varianten in Verbindung gebracht bzw. vermischt wurde, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachteiliger wären“.⁷

Im Jahr 1999 waren die meisten Hürden gefallen. Finks „revolutionäre Idee“ wurde von der Bundes-SPÖ und dem ÖGB gutgeheißen und als Entwurf in den Nationalrat eingebracht. Auch die übrigen Parteien gaben ihre grundsätzliche Zustimmung. Schließlich war es auch gelungen, den Widerstand der Wirtschaft zu brechen und Saisonarbeiter mit einem Abfertigungsanspruch einzubeziehen.⁸ Wie üblich in Österreich, gab es Kompromisse: Das Fink-Modell ging von einem Beitragssatz von 2,5 % aus, jetzt waren es nur mehr 1,53 %. Außerdem wurde auf Übergangsregelungen zwischen altem und neuem System verzichtet.⁹ Im Jahr 2001 kam ein letzter Widerstand von Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, der noch dazu der ÖVP angehörte. Für Fink „völlig unverständlich“, da dieser sich auch gegen die zustimmenden Beschlüsse der Koalitionsregierung wandte. Fink drohte seinem „Parteikollegen“: Wollte Leitl „ein Milliardengeschenk für die Wirtschaft“ durchsetzen, muss er „mit entschiedenem Widerstand seitens der Arbeitnehmervertreter rechnen“.¹⁰

Endlich war es so weit: Am 1. Juli 2002 trat das entsprechende Gesetz in Kraft. Die Einhebung der Beiträge erfolgte durch die Krankenkasse.¹¹ Es war in der Tat ein „Meilenstein“ für Österreichs Arbeitnehmer, wenn man bedachte, dass zumindest in Vorarlberg bislang nur

15 % eine Abfertigung erhalten hatte. Nun kam sie auch Arbeitnehmern im Präsenzdienst zugute, Eltern in Karenz und vor allem den zahlreichen Saisonarbeitskräften in den Fremdenverkehrsberufen. Und für weitere Informationen wurde eine AK-Hotline eingerichtet.¹²

Trotz klarer Informationen blieb immer noch die Frage offen, wann und ob man überhaupt in das neue System umsteigen sollte. Die AK verfasste dazu 2005 einen ausführlichen Ratgeber. Wer sich der Mühen jedoch nicht unterziehen wollte, dem gab AK-Direktor Heinz Peter den einfachen Rat: „Am einfachsten und mit keinem Risiko verbunden ist die ‚Einfriervariante‘. Sie sichert dem Arbeitnehmer den Einstieg in das neue System mit seinen Vorteilen, die alten ‚fiktiven‘ Ansprüche aus der Abfertigung alt bleiben erhalten.“¹³

Auf der 153. Vollversammlung im Jahr 2006 erklärte Fink das Ende seiner Funktion als AK-Präsident. Im Bericht darüber stand zu lesen: „Aus sozialpolitischer Sicht ist die ‚Abfertigung neu‘ der größte Erfolg in der bewegten AK-Geschichte. Zehn Jahre lang widmete er sich in unzähligen Gesprächen und Verhandlungen diesem Thema. Seien anfangs noch mehr als 90 Prozent Gegner dieses Projektes gewesen, kehrte sich die Situation völlig ins Gegenteil, plötzlich waren es 90 Prozent, welche die ‚Abfertigung neu‘ gerne auf ihre eigenen Fahnen geheftet hätten.“¹⁴

STEUERN

Im Jahr 1988 wurde die AK aktiv, als die Bundesregierung Pläne für eine Steuerreform vorlegte. Sie forderte schon damals als zentralen Punkt die Entschärfung der „kalten Progression“. Von „Steuer-gerechtigkeit“ konnte im „Lohnsteuerstaat“ Österreich nach ihrer Meinung keine Rede sein, solange die Unternehmer und die Landwirtschaft mit Steuerprivilegien ausgestattet wurden und der Verkauf von Wertpapieren steuerfrei war. Nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 2007 nahm die Steuerthematik eine zentrale Stellung ein, die Töne erinnerten an „Klassenkampf“. Gestützt auf eine erfolgreiche Unterschriftenaktion im Jahr 2014 forderte die AK vehement eine Absenkung des Eingangssteuersatzes von 36,5 % auf 20 %, außerdem eine Finanztransaktionssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Stiftungsbesteuerung, die Reduktion der Managergehälter und die Abschaffung der Gruppenbesteuerung.

Erst in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts, zur Zeit der sozialistischen Alleinregierungen von Kanzler Bruno Kreisky, wurde Steuerpolitik zu einem festen inhaltlichen Bestandteil der AK. Zur Finanzierung der steigenden Staatsausgaben hatte die Bundesregierung die Lohnsteuern ständig erhöht. Dagegen lautstark zu protestieren, war der AK in Vorarlberg deshalb möglich, weil der der ÖVP zugehörige ÖAAB 1974 bei den Kammerwahlen die absolute Mehrheit erlangt hatte. Aber auch die „freien“ sozialistischen Gewerkschafter unterstützten meist den amtierenden, neuen Kammerpräsidenten Bertram Jäger. Ende der 70er-Jahre hatte er gar ein eigenes, „alternatives“ Steuermodell entwickelt. Unter anderem forderte er zukunftsweisend eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern, um dadurch eine Steigerung des Massenkonsums und der Produktivität zu erreichen. Außerdem würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Vehement lehnte er eine Besteuerung bzw. Einschränkung von Überstunden ab.

In den 80er-Jahren war es bezüglich Steuerpolitik relativ ruhig. Die AK legte ihren Schwerpunkt auf Beratungen zum komplizierten Steuerrecht, das betraf vor allem „Sonderausgaben“ und „Außergewöhnliche Belastungen“ im Zusammenhang mit Erkrankungen und Gebrechen. Und ständig kamen neue Gesetzesänderungen dazu, die die Erstellung eines Jahresausgleiches schwierig machten. Zur Klärung dieser Fragen gab es für Kammermitglieder ein kostenloses „Steuerservice“.



AK-Präsident Hubert Hämmerle setzt sich für die längst überfällige finanzielle Entlastung der Arbeitnehmer ein.

Was die AK jedoch nicht zu verstehen vermochte, waren die ständigen Klagen und das „Gejammer“ der Unternehmer, dass sie unter *„unerträglichem Steuerdruck, zu hohen Arbeitskosten und zu wenig Leistungsbereitschaft“* (der Arbeiter) litten. Die AK konterte und wies darauf hin, dass es der heimischen Wirtschaft bei Weitem nicht so schlecht gehe wie gerne dargestellt. Und ganz generell: *„Die Steuerbelastung der österreichischen Unternehmen ist wegen der vielen Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht erträglich.“* Die österreichischen Unternehmer seien deshalb auf dem *„Weltmarkt keineswegs benachteiligt“*.¹

Im Jahr 1988 traten Pläne der Bundesregierung zu einer Steuerreform auf, die *„grundsätzlich“* begrüßt wurden, da Steuern um bis zu 19 % gesenkt werden sollten. Davon erwartete sich die AK einen Kaufkraftzuwachs für die breite Bevölkerung.² Sie begutachtete den Entwurf genau, hielt die *„Entschärfung der kalten Progression“* für positiv und betonte, dass auch die Anonymität der Sparbücher gewahrt bleibe.³ Dennoch forderten die AK-Ausschüsse für Wirtschafts- bzw. Sozialpolitik etliche *„Korrekturen“*. Die wichtigste war die Einführung einer zusätzlichen Steuerstufe für Jahreseinkommen über 700.000,- Schilling in der Höhe von 55 %. Abgelehnt wurde eine Besteuerung von Krankengeld und Unfallrenten.⁴ Als die Reform 1989 in Kraft trat, stellte sie für die AK und ihre Arbeitnehmer *„einen großen Erfolg“* dar, eine *„deutliche Trendumkehr bei der Steuerentwicklung zugunsten der Arbeitnehmer“*. Man bemängelte lediglich die unzureichenden Regelungen bei den Pendlerpauschalen. Präsident Fink frohlockte: *„Konsequente Arbeitnehmerpolitik zahlt sich langfristig doch aus.“*⁵

Von einem Lob der österreichischen Finanzpolitik konnte jedoch ab 1991 keine Rede mehr sein. Die Signalglocken läuteten: *„1990 ist das Lohnsteueraufkommen um 20 % angestiegen. Das Steueraufkommen aus Einkommen und Kapital stieg demgegenüber nur um 8 % bzw. sank sogar um 3 %.“* Die Vollversammlung forderte daher den sozialistischen Finanzminister Ferdinand Lacina auf, für 1992 eine *„merkbar“* Lohnsteuersenkung vorzunehmen.⁶ Die Arbeitnehmervertretung fühlte sich benachteiligt gegenüber Unternehmern und der Land- und Forstwirtschaft – die Einkommenspauschalierung der Bauern komme praktisch einer Steuerbefreiung gleich. Und die Gewerbe- und Körperschaftssteuern seien die viertniedrigsten unter den Industriestaaten Europas.⁷

Als es jedoch darum ging, wie man sich eine künftige Steuerreform vorstellte, waren die Wünsche bescheiden, und von einer wirksamen Lohnsteuerentlastung war keine

Rede mehr. Ein Antrag, von allen Fraktionen der AK unterstützt, forderte lediglich die Abschaffung der Besteuerung des Krankengeldes, eine Erhöhung des allgemeinen Absetzbetrages um 5.000,- Schilling und eine Veränderung des Pendlerpauschales.⁸ Die moderaten Forderungen hatten ihre Ursachen in der zunehmenden Konjunkturabschwächung – im Jahr 1993 hatte es sogar, erstmals seit 1981, kein Wirtschaftswachstum mehr gegeben. Dementsprechend fielen die Ergebnisse der Steuerreform von 1993 aus: *„Für die Arbeitnehmer selbst brachte diese Reform, außer der Erhöhung des allgemeinen Absetzbetrages von Schilling 5.000,- auf Schilling 8.840,- keine wesentlichen Verbesserungen.“* Für Unternehmer sah es jedoch anders aus: Die Gewerbe- und Vermögenssteuer wurden abgeschafft sowie das Erbschaftssteueräquivalent. Die Gewerbesteuer wurde durch die Kommunalsteuer ersetzt.⁹ Das Prinzip der ständig von der AK geforderten *„Steuergerechtigkeit“* war nicht zur Ausführung gekommen, und die Reform hatte einseitig die Arbeitgeber bevorzugt: *„Es ist ein Armutszeugnis für die Koalitionsregierung, wenn ihr zur Steuerreform nicht mehr einfällt, als der arbeitenden Bevölkerung Mehrleistungen zu verleiden“*, so AK-Präsident Fink.¹⁰

Was seit 1994 Empörung hervorrief, waren kolportierte Vorschläge, das Finanzministerium wolle die Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezuges erhöhen, statt die Lohnsteuer zu senken. Finanzminister Klima kam nicht gut weg: *„Entweder hat der neue Finanzminister jedes Augenmaß für die Akzeptanz der Bevölkerung für Belastungen verloren, oder er will mit dem jüngsten Vorschlag von der Brisanz des Konsolidierungspaketes (Sparpaket) der Bundesregierung ablenken.“*¹¹

Nun waren es nicht nur die AK, welche Steuersenkungen forderte, sondern auch die Unternehmer. Die AK dazu zynisch: *„Dieser an sich berechnete Wunsch entpuppt sich bei näherer Betrachtung allerdings als reichlich unsinnig, rangieren doch die steuerlich erfaßten Einkommen der Selbständigen nicht weit über dem Existenzminimum.“* Dazu gab es auch ein Beispiel: *„Eigenartig ist nur, daß die Einkünfte eines Gewerbetreibenden im Hoch- und Tiefbau die eines angestellten Poliers bei weitem nicht erreichen.“* Dafür gab es Erklärungen, nämlich die *„Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung sind vielfältig“*, *„klassische Schwarzgeschäfte“* und *„inkorrekte juristische Konstruktionen zur Gewinnsenkung“*. In Vorarlberg spiele auch der *„illegale Gewinntransfer ins Ausland“* eine Rolle. Dagegen sei das Steuerrecht für Arbeitnehmer derart kompliziert und unüberschaubar geworden, dass viele Möglichkeiten der Steuerentlastung gar nicht in Anspruch genommen würden. Den Finanz-

Nach Beginn der Weltwirtschaftskrise 2007 nahm die Steuerthematik eine zentrale Stellung ein.



ämtern empfahl man „eine Verschärfung der Finanzstrafpraxis“ und den „Einsatz moderner statistischer Methoden“.¹²

Unverständlich für die AK war es außerdem, dass in Österreich Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren steuerlich befreit waren, obwohl in der Mehrzahl der OECD-Länder Kapitalgewinne versteuert wurden und dabei dort keine grundlegende Verschlechterung der Wettbewerbssituation bemerkt werden konnte. Das Echo der Vorarlberger Banken war jedoch „eher ablehnend“: „Wenn wir jetzt Kapitalgewinne rigoros besteuern, wäre dies sowohl für die Entwicklung des Kapitalmarktes als auch für die Bewusstseinsbildung rund um diese Instrumentarien ein fatales Signal.“ Präsident Fink erfuhr aber auch die Ablehnung seiner eigenen Partei – der ÖVP, während ihm Bundes-SPÖ-Finanzsprecher Ewald Nowotny zustimmte.¹³

Vier Jahre später setzte sich die AK wiederum mit „großer“ Steuerpolitik auseinander. Anlass waren die

im Jahr 2002 von der Bundesregierung unter Kanzler Wolfgang Schüssel angekündigten Neuwahlen, im Zusammenhang damit – wieder einmal eine Steuerreform. Die Arbeiterkammer nutzte die Gelegenheit und sprach von einem „Denkzettel an die nächste Regierung“. Um die „Volksmeinung“ zu ergründen und damit auch die eigene Position und Vorgangsweise festzulegen, wurde eine Umfrage durchgeführt. Das Ergebnis war für die Wiener Bundespolitiker, aber auch für die AK ernüchternd: Nur 21 % begrüßten eine Steuerreform, die Mehrheit sah „darin eindeutig ein Wahlzuckerl, ein politisches ‚Schmäh-Paket‘“. Stattdessen sollte man den eingeschlagenen Sparkurs weiter verfolgen. Die in der Vergangenheit angehäuften Staatsschulden wurden nämlich als Hauptursache für die hohen Abgabenquoten angesehen.¹⁴

Im Jahr 2006 löste Hubert Hämmerle Josef Fink als neuen Präsidenten der Arbeiterkammer ab. Zusammen mit AK-Direktor Rainer Keckeis trat das Thema Steuern

neuerlich in den Vordergrund, und dies mit einer Vehemenz, die schon beinahe an „Klassenkampf“ erinnerte. Überraschend kamen die lauten Töne, die unüberhörbare Kritik von einem Vertreter des ÖAAB, also aus den Reihen der Volkspartei und dies noch zu einer Zeit, als Wolfgang Schüssel als ÖVP-Kanzler an der Macht war. Die Forderungen der beiden richteten sich aber nicht nur an die Bundesregierung, sondern auch an die EU – diese müsse den unlauteren Wettbewerb unter den Mitgliedstaaten beenden, wer denn die niedrigsten Unternehmenssteuern bezahlt. Außerdem müssten Förderungen daran gebunden werden, ob sozial-, arbeits- und steuerrechtliche Standards eingehalten werden. Präsident Hämmerle hielt nicht viel von den „neoliberalen Wirtschaftsexperten“. Er bezeichnete die hohen Löhne der börsennotierten Manager als skandalös, da sie das 13-fache ihrer Mitarbeiter überschritten: „*Ich will keine Neiddiskussion. Aber dass Manager steuerbegünstigt Aktienoptionen erhalten können, ist ein Skandal und gehört abgeschafft.*“ Auch prangerte er die geringe Besteuerung von Vermögen an – Österreich sei innerhalb der OECD das Schlusslicht. Der Verzicht auf ihre Besteuerung könne sich Österreich nur deshalb leisten, „*weil die Arbeitnehmer und Konsumenten vom Finanzministerium gnadenlos zur Kasse gebeten werden*“. Und Rainer Keckeis: „[...] *Für die Lottogewinner sowie für die Besitzer großer Vermögen und die Großkonzerne. Für sie ist Österreich tatsächlich eine Insel der Seligen. Keine Vermögenssteuer, ein sagenhaftes Stiftungsrecht, eine Flat-Tax von 25 Prozent auf Kapitaleinkommen, in Kürze auch keine Erbschaftssteuer mehr, und schon realisiert: eine der niedrigsten Gewinnbesteuerungen in der EU.*“¹⁵ Noch ließ die AK mit weiteren Angriffen ein Jahr auf sich warten, im Jahr 2007 sprach sie „lediglich“ vom „*steuerlichen Würgegriff*“, in welchem sich die mittleren

Einkommen der Arbeitnehmer befänden. Sie trügen die Hauptfinanzierungslasten des Staates.¹⁶

Die AK stellte jedoch nicht nur Forderungen, sondern schritt zur Tat, wenn auch nur in ihrem begrenzten Rahmen, aber mit äußerst großer Öffentlichkeitswirksamkeit: Sie organisierte nämlich sogenannte Steuersparparade, Großveranstaltungen mit der Dauer von eineinhalb Stunden, und es hieß: „*Wenig Zeitaufwand, wenn man bedenkt, dass sich jeder und jede im Schnitt 200,- Euro vom Finanzamt zurückholen kann.*“ Dazu gab es eine AK-Steuersparmappe.¹⁷

Ein Jahr später setzte der nun nicht mehr zu unterdrückende Angriff auf die Finanzpolitik der Koalitionsregierung SPÖ-ÖVP unter den Kanzlern Gusenbauer und Faymann ein. Hämmerle sprach erstmals von der Dringlichkeit einer „*vorgezogenen Steuerreform*“. Die Statistiken sprachen eine klare Sprache: Zwischen den Jahren 2002 und 2006 war das Lohnsteueraufkommen um 11,55 % gestiegen, die Einkommenssteuer der Unternehmer und Selbstständigen war dagegen um 19,2 % gefallen.¹⁸ „*Während der Lohn für Arbeit stagniert, explodieren derzeit die Unternehmensgewinne.*“ Das geringe Lohnwachstum stärke zwar die Unternehmen, gebe aber nur geringe Impulse für die Binnennachfrage und damit für die Ankurbelung der Konjunktur. Dies war eine Kernaussage für eine zukünftige Steuerreform – es ging um Binnennachfrage!¹⁹ Für viele Arbeitnehmer war es wegen der hohen Steuerbelastungen immer schwieriger geworden, mit den nicht gestiegenen Löhnen bis zum Monatsende durchzukommen. AK-Direktor Keckeis brachte es auf den Punkt: „*Die nächste Steuerreform muss den Namen Reform verdienen – die Zeit der kosmetischen Reparaturen ist endgültig vorbei.*“²⁰



Steuertarifklassen 2014

Brutto	minus Sozialversicherung	minus Lohnsteuer	Netto
1.000,- Euro	150,70	0,00	846,30 Euro
1.500,- Euro	256,05	84,87	1.159,08 Euro
2.000,- Euro	361,40	228,92	1.409,68 Euro
2.500,- Euro	451,75	378,44	1.669,81 Euro
3.000,- Euro	542,10	552,04	1.905,86 Euro
3.500,- Euro	632,45	729,06	2.138,49 Euro
4.000,- Euro	722,80	906,09	2.371,11 Euro
4.500,- Euro	813,15	1.083,12	2.603,73 Euro
5.000,- Euro	818,57	1.296,85	2.884,58 Euro

Quelle: AKtion 2014/5, Seite 6 f.

Einnahmen aus Steuern in Mio. Euro 2002 bis 2007

	2002	2003	2004	2005	2006	2007 Budget	Veränderung 2002 zu 2007
Umsatzsteuer	17.639	16.472	19.100	19.442	20.171	20.900	+ 3.261 Mio. €
Lohnsteuer	16.219	16.944	17.119	16.930	18.092	19.000	+ 2.781 Mio. €
Veranlagte Einkommenssteuer	3.126	2.677	2.819	2.540	2.525	2.700	- 429 Mio. €
Körperschaftsteuer	4.559	4.332	4.470	4.418	4.833	5.500	+ 941 Mio. €
Mineralölsteuer	3.109	3.310	3.594	3.565	3.553	3.650	+ 541 Mio. €
Energieabgaben	692	699	736	785	669	730	+ 38 Mio. €

Quelle: BMF Bundesministerium für Finanzen

Die von der AK bislang gemachten Vorschläge für eine Steuerreform wurden zusammengefasst, als diese 2008 in die Begutachtung ging. Es hieß:

- Abschaffung der steuerlichen Begünstigung beim Erwerb von Aktien für Führungskräfte als Teil der Entlohnung
- Einführung einer Vermögensbesteuerung für große Privatvermögen ab 700.000,- Euro
- Besteuerung von Wertsteigerungen bei Aktien
- Reparatur der Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag von 350.000,- Euro
- Kein Verzicht auf die Erbschaftssteuer
- Abschaffung der Steuerprivilegien für gemeinnützige Privatstiftungen
- Neue, deutlich abgesenkte Steuertarife und mehr Tarifklassen
- Erhöhung des Arbeitnehmer- und Verkehrsabsetzbetrages
- Steuerbegünstigte Familienbeihilfe²¹

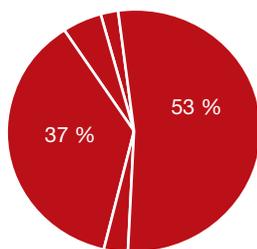
Die AK gab ihre Reformvorschläge auch auf einer Pressekonzferenz im März 2008 bekannt, bei der sie erstmals als „zentrale Forderung“ auf eine grundlegende Änderung der Steuertarifklassen zu sprechen kam: Der Eingangsteuer-satz sollte von derzeit 38,3 % auf 20 % gesenkt werden. Präsident Hämmerle beschwor die Bundesregierung: „Wir müssen die Kaufkraft im Land ankurbeln, sonst schlägt die Finanzkrise mit voller Wucht auf die Realwirtschaft und somit auf den Arbeitsmarkt durch.“ Und an das Land gerichtet wünschte er investitionswirksame Maßnahmen im Budget mit Schwerpunkt Althausanierung und das Einfrieren des Strompreises.²²

Die AK gab ihren Forderungen auch Ausdruck in der Vollversammlung im Jahr 2008. Enttäuscht kritisierte Präsident Hämmerle jedoch ein Jahr später – Faymann war inzwischen mit der ÖVP und ihrem Finanzminister Josef Pröll neuerlich eine Koalitionsregierung eingegangen – aus einer großen Steuerreform sei „nur ein ‚Reformchen‘ anstelle echter Entlastung“ geworden. Es habe sich bestenfalls um „kosmetische Korrekturen“ gehandelt, wenn etwa die Steuerbegünstigungen für Spitzenmanager gefallen

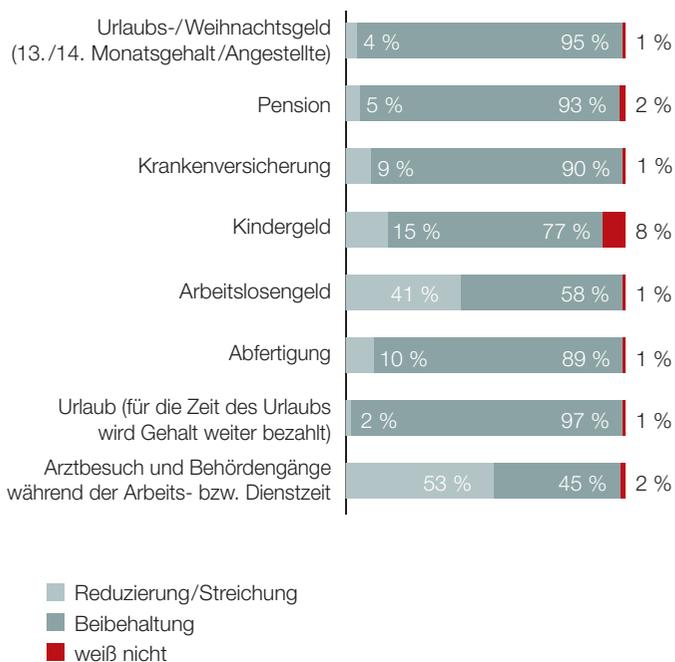
Lohnnebenkostensenkung 2002

Wem nützt Ihrer Meinung nach eine Lohnnebenkostensenkung?

53 % beiden
37 % Arbeitgeber
5 % weiß nicht
3 % Arbeitnehmer
2 % keinem



Welche der folgenden Lohnnebenkostenposten könnten Ihrer Meinung nach reduziert oder ganz gestrichen werden?



Quelle: Dr. Edwin Berndt

seien. Andererseits konnten Unternehmer nun bis zu 13 % des Gewinnes steuerfrei geltend machen, wodurch ein Steuerausfall von 300 Millionen Euro zustande kam. „Das engt den Gestaltungsspielraum der Politik doch wesentlich ein“, ärgerte sich Hämmerle, „von der Fürsorglichkeit des Steuergesetzgebers gegenüber den Unternehmern können die Arbeitnehmer nur träumen!“²³ Und dann kam der Vorschlag der Einführung einer Transaktionssteuer, mit der

Österreich 1,8 Millionen Euro Einnahmen erhalten könne. Die Besteuerung von Spekulationsgewinnen sei ein „richtiges Signal an jene, die für die Finanzkrise verantwortlich sind“.²⁴

Die AK gab nicht auf und gelobte ihren Mitgliedern: „Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass die Arbeitnehmer steuerlich entlastet werden.“ Dabei konzentrierte man sich in den folgenden Jahren auf wenige Schwerpunkte: Es ging um die Finanztransaktionssteuer, die Vermögenssteuer und die Gegenfinanzierung einer zukünftigen großen Steuerreform. Freudig begrüßte daher die AK die im Jahr 2011 im Rahmen der Finanzkrise beginnende allgemeine Diskussion um die Einführung einer Transaktionssteuer. Sie würde die kurzfristigen Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen. „Uns stößt vor allem auf, dass hochriskante Finanzgeschäfte die Realwirtschaft ein ums andere Mal an den existenziellen Abgrund drängen, ohne dass die Drahtzieher zur Verantwortung gezogen werden. Im Gegenteil: Sie können ihre Megagewinne problemlos bunkern.“²⁵

Die AK fühlte sich gut bestätigt, waren doch angeblich 61 % der EU-Bürger für diese Steuer, und Österreich, Frankreich und Deutschland unterstützten diese Pläne. Dem in Nöten geratenen „Finanzsektor“ hatten die EU-Staaten von 2009 bis 2012 mit Darlehen und Hilfen unvorstellbare 4,6 Billionen Euro gewährt. Die Freude der AK war jedoch verfrüht. Bereits im Frühling 2012 war zu lesen: „Die von der Arbeiterkammer geforderte EU-weite Finanztransaktionssteuer ist endgültig vom Tisch.“ Sie vertritt ihre Mitglieder auf eine „Koalition der Willigen“, wolle jedoch weiterhin das Ziel anstreben, „jene zur Kasse zu bitten, die die Krise verursacht haben“.²⁶

Obwohl Vorarlberg das Land der „Häuslebauer“ und alteingesessenen Grundbesitzer war und die kapitalorientierte Industrie die meisten Arbeitsplätze bot, begrüßten bei einer Umfrage der AK unter ihren Mitgliedern im Jahr 2012 86 % die Einführung einer Vermögenssteuer! Nur 3 % sprachen sich dafür aus, dass die Finanzwelt weiterhin „frei und unbegrenzt agieren“ sollte. 70 % traten gar für eine „strenge Regulierung“ und „effektive Überwachung des Treibens“ der Finanzmärkte ein. Diese wurden als die Verursacher der Weltwirtschaftskrise angesehen. Aber auch auf die Reichen und Vermögenden in Österreich war man nicht gut zu sprechen: Das reichste Prozent der Bevölkerung besaß 300 Milliarden Euro. Das entsprach einem Viertel des österreichischen Gesamtvermögens. Und diese sollten keine Vermögenssteuer entrichten, was die ÖVP unterstützte?²⁷



Für die AK war „*dringender Handlungsbedarf*“ gegeben, und sie forderte 2012 lautstark: „*Gerechtigkeit: Die Politik muss endlich Maßnahmen setzen!*“ Es ging um „*Verteilungsgerechtigkeit*“, das Hauptthema der Vollversammlung im Juni 2012. Präsident Hämmerle war dabei auf die ÖVP und ihren Wirtschaftsbund-Flügel nicht gut zu sprechen. Er äußerte „*Unverständnis*“ darüber, dass die Vertreter der Wirtschaftskammer „*Diskussionen über neue Formen der Steuergerechtigkeit im Keim ersticken wollen*“.²⁸

Dabei hatte die AK bereits im Jahr 2008 ein Modell entworfen, wie ein gerechtes Steuersystem aussehen würde. Eines wurde immer wieder betont, hohe Lohnsteuern würden das Wirtschaftswachstum bremsen. Um sie zu senken, genügte jedoch nicht nur Kritik, sondern es wurden konkrete und realisierbare Vorschläge gemacht. Es waren dieselben, welche die AK bereits im Jahr 2011 auf den Tisch gelegt hatte, jedoch ohne große Erfolgsaussichten, wie sich herausstellen sollte. Das betraf die Finanz-

Die AK fordert einen markanten Umbau des Steuersystems. In Österreich ist Kapital zu gering und Arbeit zu hoch besteuert.

transaktionssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Stiftungsbesteuerung, die Reduktion der Managergehälter, die Abschaffung der Gruppenbesteuerung und die Durchforstung der Steuerprivilegien in der Landwirtschaft.²⁹

Im Herbst 2013 standen Nationalratswahlen vor der Tür. Präsident Hämmerle forderte daher: „*Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, vorher die Konzepte zu*



AK-Direktor Keckeis und AK-Präsident Hämmerle übergeben 42 000 Vorarlberger Unterschriften für eine Lohnsteuersenkung an Finanzminister Schelling.

erfahren, wie sie finanziell entlastet werden sollen.“ Es müssten endlich die „Karten auf den Tisch“ gelegt werden, zumal seit vielen Jahren nichts „passiert“ sei. Er brachte die Kernforderung in Erinnerung, nämlich die Absenkung des Eingangsteuersatzes von 36,5 % auf 20 % und ein späteres Greifen des Spitzensteuersatzes. Es sei nicht zu verantworten, dass die staatlichen Einnahmen aus den Lohnsteuern stärker stiegen als Löhne und Gewinne, dass die Vermögen unterdurchschnittlich besteuert würden.³⁰

Ein Jahr nach den für ÖVP und SPÖ enttäuschend ausgegangenen Nationalratswahlen vom September 2013 hatte sich für die AK in Fragen der Steuerreform kaum etwas bewegt. Und nun ging sie in die Offensive und scheute auch nicht vor harten Worten zurück: Im Juni 2014 war zu lesen: „Arbeitnehmer haben es satt, wie sie vom Finanzminister ausgesäckt werden.“ Ein Thema galt wiederum der sogenannten „kalten Progression“. Der Bundesregierung wurden gar soziale Unruhen vorausgesagt, komme es nicht zu einer gravierenden Entlastung der Lohnsteuer: „Dass der wachsende Unmut der Arbeitnehmer über das derzeitige Steuersystem, gebrochene Wahlversprechen und die Blockadehaltung der Regierung sich schon bald auf der Straße entladen könnte.“ Und es trat der werbewirksame Slogan auf: „Mehr Netto vom Brutto.“ Es war „beeindruckend“, wenn die AK in großen Lettern die Lohnabzüge durch Sozialversicherung und Lohnsteuer vom Bruttolohn aufzeigte. Von 2.500,- Euro blieben nach den Abzügen nur mehr 1.670,- Euro.³¹

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, starteten die AK Vorarlberg und die AK Tirol zusammen mit dem ÖGB Vorarlberg im Sommer 2014 eine Unterschriftenaktion. Dieser Vorstoß wurde vom Bundes-ÖGB begrüßt, der seinerseits eine österreichweite Unterschriftenkampagne startete. Auf der Unterschriftenliste stand zu lesen: „Wir haben es satt. Zeigen wir der Regierung die rote Karte.“ Es brauche den „Druck der Straße“, dies sei die „einzige Sprache, die unsere sogenannten Volksvertreter verstehen“ würden. Eine Steuerreform sollte nicht wieder auf die lange Bank geschoben und diese vorgezogen schon 2015 verwirklicht werden. Präsident Hubert Hämmerle sprach deutliche und an die Bundesregierung gerichtete, mutige Worte: „Eine Regierung, der die Belastung der Menschen wurscht ist, hat bei den Bürgern ausgespielt. Das sollen Spindelegger und Faymann durch diese Aktion merken: Nicht die Kammer oder eine andere Institution hat ein Problem, sondern die Leute haben ein Problem.“ Hämmerle stellte klar: „Es ist keine Frage des Könnens, hier geht es vielmehr ums Wollen.“ Die AK wehrte sich dagegen, mit ihrer Aktion „Klassenkampf“ betreiben zu wollen. Aber es war für sie schon „bemerkenswert“, wenn im Jahr 2013 die Zahl der österreichischen Millionäre um 10 000 auf 108 100 gestiegen war, während die Armut ständig zunahm.³² Die Kampagne der AK war ein großer Erfolg: 42 000 Vorarlberger hatten unterschrieben, in den anderen Bundesländern waren es 882 000. Gestärkt damit und mit einer Unzahl von Briefen und Mails, die den Unmut der

Vorarlberger zum Ausdruck brachten, fuhren Präsident Hämmerle und Direktor Rainer Keckeis zum „Vorarlberger“ ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling. Dieser wurde 1953 in Hohenems geboren und trat im September 2014 sein Amt in Wien an. Hämmerle machte dem Minister bei seinem Besuch „unmissverständlich“ klar: „Die ungerechte Verteilung der Steuerlast lässt immer mehr Menschen verzweifeln, sie brauchen mehr Netto vom Brutto zum Leben.“ Eine Gegenfinanzierung der Steuerentlastung war für die AK kein großes Problem: Neuerlich forderte sie höhere Steuern auf große Vermögen, die Finanztransaktionssteuer, die Eindämmung des „Wildwuchses“ der milliardenschweren Wirtschafts- und Agrarsubventionen, außerdem die längst fälligen Verwaltungsreformen.³³

Die AK verfolgte in den folgenden Monaten aufmerksam das Verhalten der Bundesregierung und betonte nochmals bei der Vollversammlung in Übereinstimmung aller politischen Fraktionen: „Steuerreform für alle ein ‚Muss‘.“ Man kritisierte in diesem Zusammenhang das „Verwirrspiel“ der Koalitionsregierung und stellte klar:

„Dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Steuerentlastung selber finanzieren, kommt nicht in Frage. Das werden wir nicht hinnehmen.“ Präsident Hämmerle drohte bei solchem „Etikettenschwindel“ mit „sichtbaren Zeichen“.³⁴ Und die Kritik an der Reform aus Kreisen der Wirtschaft wies AK-Direktor Rainer Keckeis „entschieden“ zurück: Die Mehrwertsteuererhöhung im Tourismus für Übernachtungen sei „nicht wirklich ein Problem. [...] Das wird keinen einzigen Kunden davon abhalten, in Vorarlberg zu übernachten“. Aber alles in allem, die AK zeigte sich schließlich mit der Reform zufrieden, es ging immerhin um eine Entlastung von 5,2 Milliarden Euro.³⁵

Im Herbst 2015 wurde die AK in Steuerangelegenheiten nochmals aktiv: Es ging um das leidige Thema der Abschaffung der „längst überfälligen“ sogenannten „kalten Progression“. Finanzminister Schelling sorgte für Empörung, als dieser vertröstete. Die AK-Vollversammlung forderte ihn auf, dieser Steuerungerechtigkeit bis „spätestens 2017“ ein Ende zu setzen.³⁶

VOM LOHN BLEIBT IMMER WENIGER.

Rechnen Sie sich aus, was Ihnen unser Steuermodell bringt: mehrnetto.arbeiterkammer.at

Die Belastungen werden immer höher - warum sollen immer wir Arbeitnehmer alles finanzieren? Wir fordern:

LOHN-STEUER SENKEN

AK
VORARLBERG
GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

ARBEIT UND ZEIT

Ladenöffnungszeiten an Samstagen und Sonntagen boten wiederholt Anlass zu sozialen Konflikten. Generell kann festgestellt werden, dass sich Vorarlbergs Arbeitnehmer noch bis zum Ende des Jahrhunderts gegen Arbeitszeitverkürzungen aussprachen, da die begehrten Überstunden wesentlich ihren Konsumansprüchen entgegenkamen. Ein Wandel in diesem Verhalten ist nach 2004 erkennbar, als Teilzeitarbeit immer mehr als wünschenswert angesehen wurde. Freizeit und Lebensqualität traten in den Vordergrund. Die Weltwirtschaftskrise führte zu einer merklichen Unternehmerfreundlichkeit der AK, um gefährdete Arbeitsplätze zu erhalten.

Der Aspekt der Arbeitszeit spielte in der Vorarlberger Wirtschaftspolitik seit 1951 eine große Rolle: Es ging um deren Handhabung und besonders um die Ladenschlusszeiten, die in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich praktiziert wurden. Die bundesgesetzliche Regelung im Jahr 1959 war föderalistisch und gab den Landeshauptleuten die Ermächtigung, Verordnungen

betreffend Ladenöffnungszeiten autonom zu erlassen. Dennoch blieben die Konflikte nicht aus, wenn es seit den 70er-Jahren etwa um den arbeitsfreien Samstagnachmittag oder um die Ladenöffnungszeiten ging.

Was die Gemüter bewegte, waren die Öffnungszeiten von Handelsunternehmen. Kammerdirektor Peter wie auch Präsident Fink waren sich im Jahr 1989 auf der Vollversammlung einig: Eine Ausweitung der Arbeitszeiten auf den Samstag oder gar auf den Sonntag, ferner deren Flexibilisierung komme nicht infrage. Dies schade alleinstehenden Frauen mit Kindern, und längere Arbeitszeiten bedeuteten nicht gleichzeitig auch einen höheren Umsatz. Die AK war bereit, „solidarisch“ für die ca. 16 000 Handelsbediensteten zu kämpfen. Dabei stützte sie sich auf eine Unterschriftenaktion und auf eine Umfrage.¹ Ausgegangen war der Vorschlag von der Sektion Handel in der Wirtschaftskammer, dem sich der Landeshauptmann mit einer neuen Ladenschlussverordnung angeschlossen hatte. Die Ausweitung der Öffnungszeiten wurde von der AK „als empfindliche Belastung für die Vorarlberger Sozialpartnerschaft“ betrachtet.² Sie gab sich kämpferisch, als das Land keine Bereitschaft zu „zielführenden Gesprächen“ zeigte, wandte sich an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie Arbeit und Soziales und außerdem an den Obersten Gerichtshof.³ Das Problem war aber auch dadurch entstanden, dass der Verfassungsgerichtshof ab 1. Dezember 1989 längere Öffnungszeiten möglich gemacht hatte, was laut AK aber



Zeichen der Zeit. Immer öfter werden Arbeitsbeginn und Arbeitsende individuell geregelt.

nicht bedeutete, dass die im Handel beschäftigten Dienstnehmer länger beschäftigt werden durften.⁴

Ein Jahr später ging es um neuerliche Vorschläge, Sonn- und Feiertagsarbeit zu ermöglichen. Der Abwehrfront schloss sich der Gewerkschaftsbund und sogar die Diözese Feldkirch an: „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie die Handelsangestellten als Versuchskaninchen für eine fragwürdige Wirtschaftspolitik mißbraucht werden, nur weil einige Handelsbetriebe eine totale Freigabe der Öffnungszeiten durchsetzen wollen.“ An die Landes- und Bundesregierung richtete sich die grundsätzliche Kritik: „Ernstgemeinte Familienpolitik kann sich nicht nur in Forderungen nach materieller Besserstellung erschöpfen, sondern muss darüber hinaus besonders auch um familienfreundliche Rahmenbedingungen innerhalb unserer Gesellschaft bemüht sein.“⁵ Was die AK jedoch nicht verhindern konnte, war die Zustimmung des Sozialministers, dass aufgrund einer Verordnung Sonntagsarbeit in Naturfaser verarbeitenden Betrieben erlaubt wurde. Präsident Fink prognostizierte: „Marode Textilbetriebe werden auch mit der Sonntagsarbeit nicht über die Runden kommen.“⁶

Als es im Jahr 1997 zu neuen Ladenöffnungszeitenregelungen in Österreich kam, schwenkte die AK Vorarlberg um, da der „Knoten“ nun „entwirrt“ sei: Die früheren Bedenken waren ausgeräumt. Die neuen Öffnungszeiten seien „kundenorientierter“, entsprächen den „wirtschaftlichen Forderungen“ und es habe sich auch die „Attraktivität der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten“ verbessert: „Die Zugeständnisse, die den Arbeitnehmern gemacht wurden, lassen sich sehen.“⁷

Die AK wollte aber auch die öffentliche Meinung erkunden, wenn es um Sonntags-Öffnungszeiten ging und stellte fest, dass sich nur eine Minderheit der Vorarlberger Arbeitnehmer vorstellen konnte, an Sonntagen zu arbeiten. Dagegen sprachen vor allem „familiäre Gründe“ und hernach kam erst der Aspekt eingeschränkter Freizeit und Erholung. Die einst ausschließlich religiöse Argumentation spielte nur mehr eine marginale Rolle: „Die Kirche, der wir den Sonntag als allgemein akzeptierten kollektiven Ruhetag zu verdanken haben, ist im Zusammenhang mit der Sonntagsarbeit nur für wenige von Belang. Religiöse Gründe sind für 13 % ausschlaggebend, am Sonntag auf Ruhe zu bestehen.“⁸

Caritas-Seelsorger Elmar Simma dazu befragt, musste eingestehen: „Es spiegelt eine Realität wider: Für den größeren Teil der Bevölkerung hat die Religion nicht mehr den Stellenwert wie früher.“ Simma warf jedoch die grundsätzliche Frage auf, was im Leben Priorität besitze – die

Wirtschaft oder der Mensch. Bedauerlicherweise habe man das Gefühl, dass der Mensch für die Wirtschaft da sei und nicht umgekehrt.⁹ Die AK blieb auch weiterhin hart, wenn es um die Sonntagsruhe ging. Präsident Fink meinte auf dem internationalen Symposium des Weltbundes der Angestellten in Feldkirch: „Bei der gegenwärtigen Profitmaximierung und dem herrschenden Wettbewerbsdruck wird auf den Menschen als letztes geschaut. Früher allgemein gültige Werte zerfallen.“ Für einen der 90 anwesenden Betriebsräte hätte die Einführung der Sonntagsarbeit sogar eine Ausweitung psychischer Krankheiten zur Folge.¹⁰ Die AK war hochofret, als 2004 die Erhaltung von Sonn- und Feiertagen als Tage der Arbeitsruhe in der Vorarlberger Landesverfassung aufgenommen wurde – damit „erfüllt sich eine langjährige interessenspolitische Forderung der AK“.¹¹ Die Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung war auch zehn Jahre später mit dieser Entscheidung einverstanden, was eine Umfrage eines Meinungsinstitutes bestätigte: 60 % waren gegen Sonntagsarbeit und nur 25 % dafür. Präsident Hämmerle tröstet die Unternehmer: „Ich glaube nicht daran, dass durch den Sonntag die Umsätze steigen würden. Sie würden lediglich verschoben.“¹²

Eine Herausforderung von AK und Gewerkschaft war die generelle Entwicklung der Normalarbeitszeit: Als die Bundes-SPÖ 1969 ein Volksbegehren zur Einführung der 40-stündigen Arbeitswoche startete – im Jahr 1959 war sie von 48 auf 45 Stunden gesenkt worden – war das Ergebnis in Vorarlberg mehr als „enttäuschend“: Nur 2 % der Wahlberechtigten, rund 3 800 Personen, hatten unterschrieben. Die „fleißigen“ und konsumorientierten Vorarlberger wollten mehr arbeiten, mehr Überstunden! Die AK engagierte sich vorausahnend bei diesem Volksbegehren daher kaum, da sie Nachteile befürchtete. Die Mehrheit der Vorarlberger hatte man schon 1972 von solch sozialen Maßnahmen nicht überzeugen können, da sie sich in einer Umfrage für einen offenen Samstagnachmittag aussprachen. Schließlich konnte von der AK und der Gewerkschaft dennoch im Jahr 1979 „über die Köpfe hinweg“ der freie Samstagnachmittag für alle Handelsbediensteten durchgesetzt, erkämpft werden.¹³

Es vergingen zwei Jahrzehnte, bis die Arbeitszeitfrage für die AK im Jahr 1995 wiederum aktuell wurde. Diesmal empörte sich die Kammer im Zusammenhang mit einem Wahlauftritt des Bundesparteivorsitzenden der FPÖ, Jörg Haider. Es sei ein „Schlag gegen die Vorarlberger Arbeitnehmer“ und eine „rechtliche Ahnungslosigkeit“, wenn dieser die Forderung nach einer 60-Stunden-Woche und einem 12-Stunden Arbeitstag ohne Überstundenbezahlung



Präsident Fink hielt das
Nachtarbeitsverbot für Frauen
für diskriminierend.

vorschlug. *„Betrogen wären damit vor allem jene, die mit ihrer Mehrleistung zu den unverzichtbaren Stützen der Betriebe zählen.“*¹⁴ Und wieder die Überraschung: Die FPÖ schien sich mit dieser Aussage Haiders bei der an Arbeit und Leistung gewohnten Bevölkerung Vorarlbergs keine Feinde gemacht zu haben, im Gegenteil! Bei den Nationalratswahlen 1995 erhielt die FPÖ in Vorarlberg 27,44 % der Stimmen und wurde zweitstärkste Partei nach der ÖVP!

Ein Jahr später, 1996, konnte durch die Koalitionsregierung von ÖVP und SPÖ unter Kanzler Franz Vranitzky die FPÖ zwar von sozialpolitischen Machtentscheidungen abgehalten werden, aber unter dem neuen SPÖ-Finanzminister Viktor Klima folgte neues „Ungemach“. Es ging um die Lösung des unbefriedigenden Zustandes des Gesetzes über die Nachtarbeit. Dabei nahm die AK Vorarlberg eine für viele Mitglieder überraschende Haltung ein: Sie befürwortete nämlich Nachtarbeit für Frauen und

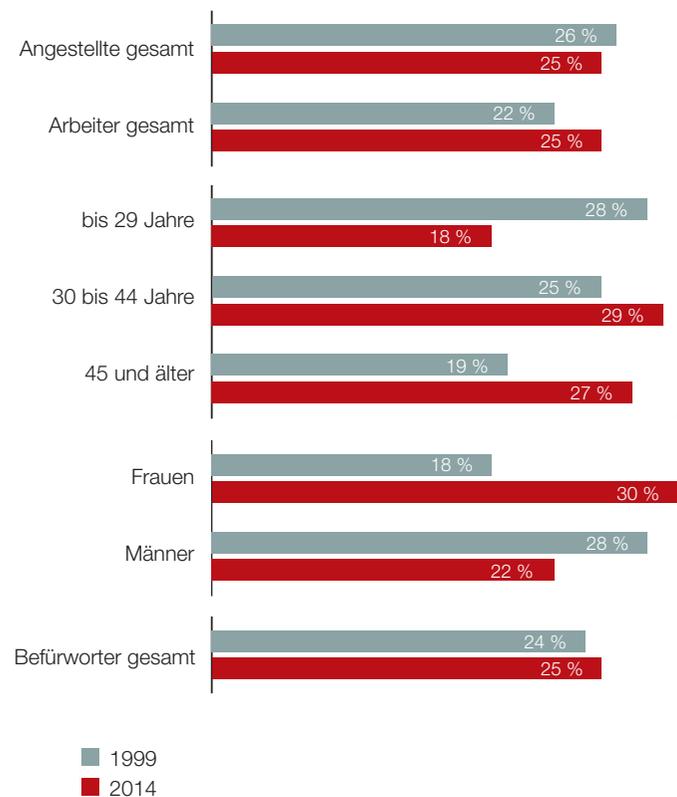
stellte sich auf die Seite der Arbeitgeber, der „Kapitalisten“, die unter dem Mangel an Arbeitskräften bei Nachtarbeit litten. Diese umfasste den Zeitraum zwischen 20 und 6 Uhr. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen hielt Präsident Fink für „diskriminierend“: *„[...] das ist nichts Neues, wir wollen allerdings die Nachtarbeit noch mehr humanisieren. [...] Wir kommen um die Nachtarbeit nicht herum.“* Da in Österreich ohnedies 47 000 Frauen ohne gesetzliche Grundlage Nachtarbeit betrieben, gehe es in erster Linie darum, diese zu „humanisieren“! Und dazu präsentierte die AK im März 1996 einen umfangreichen Katalog, den sie mit weiterführenden sozialen Maßnahmen verknüpfte: Diese Frauenarbeit sollte nicht in Form von Geld, sondern einer gestaffelten Zeitgutschrift vergütet werden. Bei mehr als 60 Nachtschichten gebührte ein Zusatzurlaub von zwei Werktagen. Jederzeit sollte ein Umstieg auf Tagesarbeit möglich sein und eine unentgeltliche Gesundheitsuntersuchung vor Aufnahme des Nachtdienstes. Keinesfalls durfte mehr als zweimal hintereinander gearbeitet werden, für Kinderbetreuungsmöglichkeiten hatte außerdem der Betrieb zu sorgen. Und all dies war von der Arbeitnehmervertretung abzusegen.¹⁵ Die Bundeswirtschaftskammer lehnte jedoch ab. Sie verwies darauf, dass Nachtarbeit für Frauen ohnedies ab 2001 in der gesamten EU erlaubt sein werde. Entscheidend war jedoch das Argument, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer *„massiven Verteuerung der Produktion mit einem Verlust von Arbeitsplätzen führen würden“*. Die *„unzumutbaren*

Bedingungen“ von AK und ÖGB hatten Vorarlbergs Frauen vor „legaler“ Nacharbeit bewahrt.¹⁶

In der 127. Vollversammlung der AK im Jahr 1994 trat erstmals ein Thema in den Vordergrund, das die AK noch jahrelang beschäftigen sollte. Es war die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“. Man hatte sich in dieser Angelegenheit auch mit Arbeitgebern beraten, aber festgestellt, dass die von diesen „geäußerten Vorschläge sich weder als ideenreich noch kompromissfähig“ erwiesen. Wie denn überhaupt, so Präsident Fink, bedürfe das Arbeitszeitrecht „keiner größeren Änderung“.¹⁷ Derselben Meinung waren zwei Jahre später auch zwei Drittel der von der AK befragten Mitglieder – es brauche keine Änderungen! Aber dennoch forderte die AK, man müsse sich in Zukunft für Flexibilität einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu verbessern und Auftragsschwankungen auszugleichen. Die ablehnende Haltung der Arbeitnehmer war verständlich, weil sie fürchteten, eine Flexibilisierung würde die Überstunden einschränken. Und noch dazu lehnten 62 % eine generelle Arbeitszeitverkürzung ab: „Die Vorarlberger unterstreichen damit ihren Ruf, besonders fleißig zu sein: Arbeit heißt Geld verdienen, kürzere Arbeitszeit ist für sie gleichbedeutend mit Lohn- und Einkommensverzicht.“¹⁸ Erstaunlich war nur, dass 42 % selbst von flexibleren Modellen betroffen waren, Frauen gar zu 50 %.¹⁹

Arbeitszeitflexibilisierung war für die AK von solch großer Bedeutung, dass sie dazu im Jahr 2004 vierteljährlich ihre Mitglieder befragte und mit großem Erstaunen feststellte, in welcher kurzer Zeit sich Einstellungen ändern konnten! Die Befürworter der Normalarbeitszeit waren auf 38 % gesunken, die Bedeutung von Überstunden hatte abgenommen. Gleitzeitarbeit (in einem gewissen Rahmen frei geregelte Arbeitszeit mit einer Kernzeit) war außerdem das am meisten praktizierte Modell geworden. Eine generelle „Abhängigkeit“ von Überstunden war jedoch noch bei männlichen Hilfsarbeitern feststellbar. Die AK hatte Schwierigkeiten, sich diesen Wandel zu erklären und sah als Verursacher das „Trommeln von Wirtschaft und Politik für eine größere Flexibilität der Arbeitnehmer“. Was der AK Sorgen bereitete, war, dass das Ansehen der Gewerkschaft als Verhandlerin über Rahmenbedingungen zur Arbeitszeit innerhalb von vier Jahren vor allem bei jungen Arbeitskräften dramatisch gesunken war. AK-Direktor Heinz Peter: „Es wächst eine Arbeitnehmer-Generation heran, die sich mehr auf ihre Ellenbogen verlässt als auf Rahmenbedingungen, die aus guten Gründen für alle gültig sind. Die Ich-AG ist bereits Realität – die Mehrheit der Arbeitnehmer ist inzwischen davon überzeugt, sie könne ihre persönliche

Befürworter der Sonntagsarbeit nach Kategorien 1999 und 2014



Quelle: Dr. Edwin Berndt

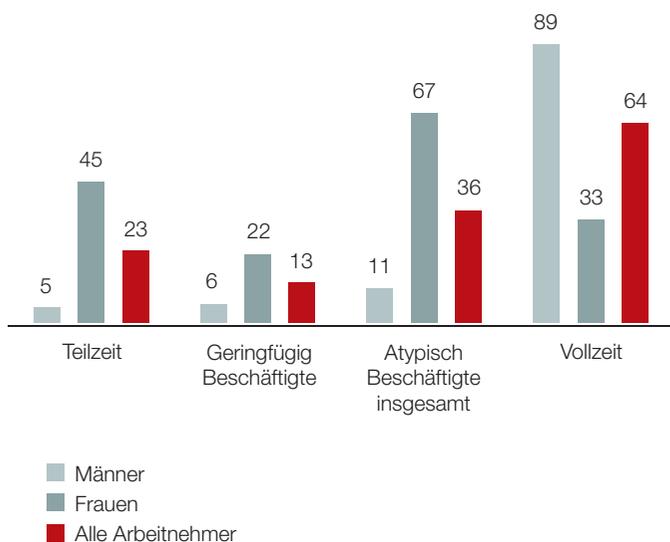
Arbeitszeit' am besten im Alleingang mit dem Chef durchsetzen. [...] Deshalb ist Wachsamkeit angebracht: Der Schritt zur Lohnsenkung durch die Hintertür ist kurz.“²⁰ Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit sollte nur über Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen möglich sein und hatte für die AK aber auch Grenzen, als die Wirtschaftskammer im Jahr 2013 für Frauen eine „Flexibilisierung total“ und eine tägliche Normalarbeitszeit bis auf zehn Stunden vorschlug. Präsident Hubert Hämmerle war entsetzt über diese „ordentliche Portion Zynismus“: „Wenn der angebliche Gewinn für die Arbeitnehmerinnen darin besteht, dass sie ihre Überstundenzuschläge verlieren, auf Abruf zur Arbeit bereit zu stehen haben und dann zu Hause bleiben können, wenn gerade weniger im Betrieb läuft, dann ist das kein Gewinn, sondern eine Zumutung.“²¹

Was den heimischen Arbeitsmarkt wesentlich entlastete, war Jahre hindurch die vieldiskutierte und von der AK kritisch beurteilte „Teilzeitarbeit“. Die AK wollte es endlich wissen und führte dazu 2006 eine erste repräsentative

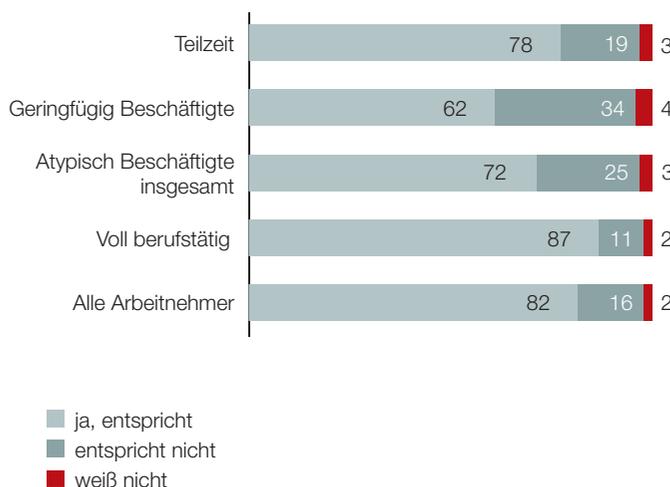
Erhebung durch. Erstaunliches kam ans Tageslicht – 36 % aller Arbeitnehmer in Vorarlberg arbeiteten nicht „voll“, das hieß „atypisch“, weil ihre Wochenarbeitszeit unter 36 Stunden lag. Es war zwar mit 67 % ein überwiegend weibliches Phänomen und hing mit deren Hausfrauenrolle und Kindererziehung zusammen, die man zu „vereinbaren“ wünschte. Den Schluss, dass sich Frauen in Teilzeit

Beschäftigungsformen 2006

Welche Art von Beschäftigung üben Sie derzeit aus?



Entspricht die derzeit ausgeübte Beschäftigung Ihren Wünschen?



Quelle: Dr. Edwin Berndt

und Geringfügigkeit „gedrängt“ sahen und deshalb unzufriedener waren, ließ die Studie jedoch nicht zu. Der Wunsch nach weniger Arbeitszeit ging nämlich „*quer durch alle Schichten*“. Eine Vollzeitanstellung wurde nur noch von 49 % der Arbeitnehmer präferiert. Die traditionelle Arbeitsmentalität der Vorarlberger hatte sich geändert: Gefragt waren Lebensqualität und Freizeit! Teilzeitarbeit wurde in den meisten Fällen somit freiwillig gewählt.²² Bei Männern sah es etwas anders aus – 89 % waren im Jahr 2006 Vollzeitbeschäftigte! Dabei spielten sicherlich Karrieren und finanzielle Überlegungen eine große Rolle, und das konservative Geschlechter-Rollenbild wirkte nach. Dazu kam, was ein Teilzeit-Karenz-Hausmann so beschrieb: „*Bei der Arbeit (in der Firma) ist der Tag planbar, mit Kindern ist man fremdgesteuert. Familienarbeit ist komplexer und fordert mehr Flexibilität und Management als jeder Job. [...] Man hat für alles nur noch die halbe Zeit – halb Job, halb Vater [...] möglich ist dies nur mit Unterstützung der Eltern.*“ Es war offensichtlich, dass die Elternteilzeit vom Gesetzgeber zwar „*gut gemeint*“ war, „*doch manche gute Ideen kommen nicht vom Fleck*“. Der Anspruch auf Karenz wurde von Männern wenig genutzt.²³

Mit etwas Verspätung hatte sich im Jahr 2009 die Weltwirtschaftskrise mit einer kräftigen Rezession auch in Vorarlberg merkbar gemacht. Um die zu erwartenden Kündigungen zu vermeiden, setzte die AK mit einem „Pilotprojekt“ gemeinsam mit dem Land Vorarlberg und den Sozialpartnern eine Initiative – sie nannte sich „Kurzarbeitszeitmodell“. Kern dieses Modells war mehr Flexibilität gegenüber den bisher starren, bundesweit einheitlichen Regelungen. So einfach war es freilich nicht, diese Idee durchzusetzen, da Kurzarbeit in Vorarlberg jahrzehntelang ein verpöntes „Fremdwort“ war, ging es doch um „freiwilligen“ Lohn- und Arbeitsverzicht. De facto war es ein Wechsel von Vollzeit- auf Teilzeitbeschäftigung. Und dagegen waren „im Prinzip“ nicht nur die meisten Männer, sondern in der Realität auch etliche Vorarlberger Firmen. AK-Direktor Rainer Keckeis beschreibt es so: „*Ein Teil der nicht selten zur Sprücheklopferei neigenden Vorarlberger Manager ist geständig: Sie kopieren das österreichische Kurzarbeitsmodell nicht. Es ist ihnen zu kompliziert. Das ist bei sogenannten einfachen Managern ärgerlich, völlig inakzeptabel aber ist diese Begriffsstutzigkeit bei führenden Funktionären. [...] einige Vorarlberger Industriebetriebe geben bewusst einen anderen Weg. Sie kündigen langjährige Mitarbeiter oder stellen sie vor die Wahl, Teilzeit bzw. Lohnkürzungen zu akzeptieren. Wer das nicht will, kann gehen,*



Nur wenige Väter nehmen ihr Recht auf Karenz in Anspruch.

und das nach jahrelanger Betriebszugehörigkeit und vielen Lippenbekenntnissen der Unternehmer, wie wichtig ihnen treue Mitarbeiter sind. Diese frommen Sprüche gelten offenbar genau so lange, wie die Gewinne explodieren [...].“²⁴

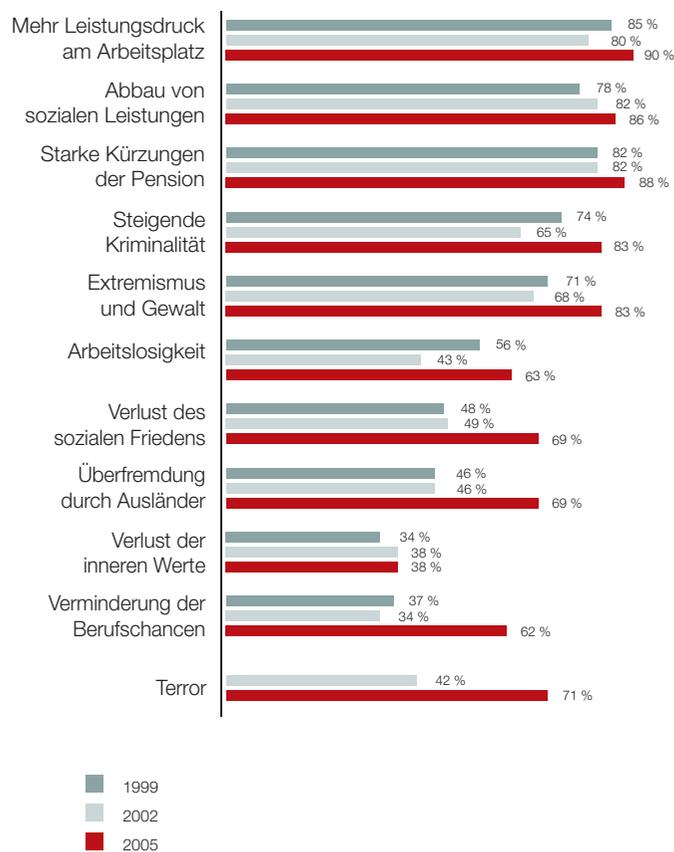
Sechs „Eckpunkte“ waren von der AK ausgearbeitet worden: Der wichtigste von ihnen war, dass eine Reduktion der Normalarbeitszeit bis zu 40 % möglich sein sollte bei einer finanziellen Kurzarbeitshilfe von mindestens 70 % des Nettolohnes. Die Kosten dafür würden wesentlich geringer sein als jene bei Arbeitslosigkeit. Kurzfristig würde die öffentliche Hand einen Teil der Kosten aus Steuermitteln finanzieren. Kurzarbeit, so die AK, sei außerdem der Teilzeitarbeit überlegen, weil dadurch der Arbeitnehmer nur bis zu 10 % seines Nettoeinkommens verlor. Außerdem blieben die Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt integriert und es käme zu keinem weiteren Kaufkraftverlust. Offensichtlich war etlichen Unternehmern „Teilzeitarbeit“ lieber als Kurzarbeit. Die Kosten für Kurzarbeit trugen die

Sozialpartner, der Arbeitgeber und das AMS. Außerdem waren durch Vereinbarungen zwischen Firmen und den Fachgewerkschaften 90 % des Bruttolohnes gesichert. Während dieser Phase durften keine Kündigungen ausgesprochen werden.²⁵

ARBEIT UND PSYCHE

Lag bis zur Jahrhundertwende die „technische“ Arbeitsplatzsicherheit im Fokus von Überlegungen der AK, nahm hernach die Aufmerksamkeit für Fragen des „Arbeitsklimas“ und der Sozialpsychologie rapide zu. Bislang wenig bekannte Erscheinungen wurden registriert, beschrieben und beurteilt. Es ging um „Stress, Mobbing, Burn-out“. Vor allem nach Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 2007 nahmen diese Probleme sprunghaft zu, eine Folge der unternehmerischen Konkurrenzkämpfe, des Leistungsdruckes und der Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes. Die AK appellierte an die Unternehmen, sich des „psychischen Schutzes“ der Arbeitnehmer anzunehmen.

Ängste und Befürchtungen von Arbeitnehmern 1999 bis 2005



Quelle: Dr. Edwin Berndt

Bedacht genommen wurde „traditionell“ auf die „Sicherheit“ bzw. technischen Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz. Dass sich die AK aber nur marginal mit diesem Phänomen beschäftigte, hing damit zusammen, dass dies die Hauptaufgabe des Arbeitsinspektorates war. Die AK leistete dennoch einen Beitrag, indem sie einige Umfragen zu diesem Thema organisierte, eine erste im Jahr 1996. Ob man mit dem Ergebnis zufrieden sein konnte, war Ansichtssache. Immerhin war in 60 % der Betriebe auf „richtige“ Arbeitsbedingungen und auf Sicherheit am Arbeitsplatz geachtet worden. Das unzufriedene Drittel bemängelte unter anderem unzureichende Lichtverhältnisse und Büromöbel. Und schon tauchte auch der Bildschirmarbeitsplatz am Computer auf. Die AK versäumte nicht in diesem Fall hilfreiche ergonomische Hinweise zu geben.¹

Hernach verlagerte sich die Aufmerksamkeit: Die AK wagte sich im Jahr 1998 auf das in Vorarlberg bislang wenig bekannte und thematisierte Gebiet der Sozialpsychologie, um die Folgen der schleichenden Arbeitslosigkeit aufzuzeigen: „Die AK hat erstmals untersuchen lassen, welche Probleme die gravierendsten sind.“ Da hieß es: „Man wird wie ein Aussätziger behandelt. Ich bin nicht für voll genommen worden. Ich bin mir wie der letzte Dreck vorgekommen.“ An psychischen Problemen wurden genannt: Isolation, fehlende Anerkennung, Diskriminierung, Orientierungs- und Haltlosigkeit, Depression, Mangel an Selbstwertgefühl, Aggression und seelische Spannungen, Krisen in der Familie und Partnerschaft. Eine kleine Gruppe der Befragten fürchtete das Abgleiten in Alkohol- und Drogenkonsum, vor allem bei Jugendlichen, und als Ende der Entwicklung Kriminalität.²

Seit dem Jahr 1997 waren österreichweit in vierteljährlichen Abständen repräsentative Arbeitnehmerbefragungen durchgeführt worden, bei denen es vor allem um die Arbeitszufriedenheit ging. Die AK erhob seit 2000 zusätzlich jährlich einen sogenannten „Arbeitsklimaindex“. Als sie im Jahr 2005 eine Umfrage über Zukunftsängste und Befürchtungen von Arbeitnehmern durchführte, waren die Ergebnisse völlig anders als Jahre zuvor: „Noch nie hegten die Arbeitnehmer derart massive Zukunftsängste als heute.“ 63 % der Befragten schlossen es nicht mehr aus, in der „nächsten Zeit“ ihren Job zu verlieren! Und vom zunehmenden Leistungsdruck sahen sich 9 von 10 Arbeitnehmern „massiv betroffen“. Groß war auch die Angst vor einem Abbau der Sozialleistungen, vor steigender Kriminalität, vor Gewalt und Extremismus, dazu kam die Furcht vor Überfremdung durch Ausländer. Diese freilich

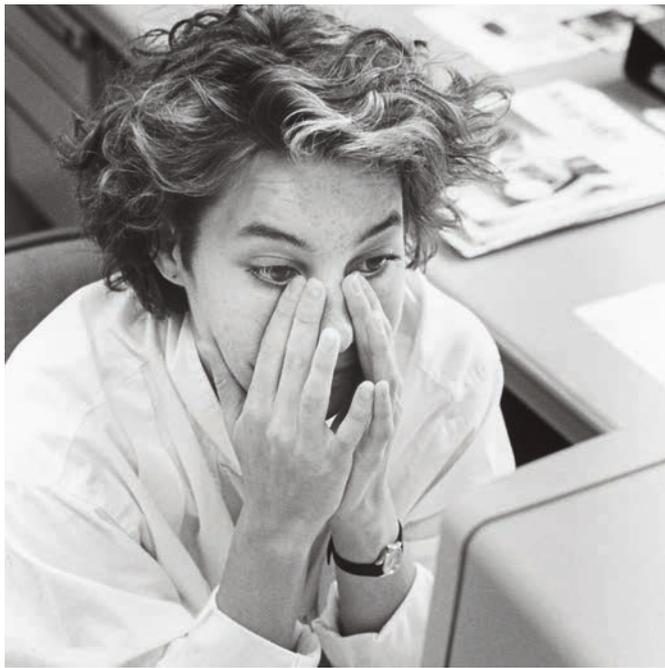


subjektiven Aussagen stellen der Wirtschaftspolitik der ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung unter Wolfgang Schüssel kein gutes Zeugnis aus.³

Nach diesen sehr pessimistischen Einstellungen war es überraschend, als sich trotz Weltwirtschaftskrise bei einer Umfrage im Jahr 2008 72 % erstaunlich optimistisch äußerten, was die Arbeitsplatzsicherheit und die Zufriedenheit mit dem Einkommen anbelangte. Andererseits waren es aber doch 34 %, die mit ihrem Lohn knapp oder nicht „über die Runden“ kamen.⁴

Die Arbeitsplatzsicherheit hatte jedoch auch ihre Schattenseiten: Zwischen 2000 und 2010 wurde stets wachsender Leistungsdruck quer durch alle beruflichen Teilgruppen und Schichten festgestellt und dieser lag stets bei über 80 % der Befragten! Es hing sicherlich auch mit diesem Phänomen zusammen, wenn im Jahr 2010 44 % den „Verlust der inneren Werte“ befürchteten. Nicht zufällig ängstigten sich 74 % vor Kriminalität,

Unzählige Expertisen und Untersuchungen belegen, dass der Druck am Arbeitsplatz ständig zunimmt.



Wachsender Leistungsdruck quer durch alle beruflichen Gruppen

55 % vor politischen Konflikten und 66 % vor Überfremdung.⁵

Es war für die AK beruhigend, dass trotz schwieriger Bewältigung der Weltwirtschaftskrise das Vertrauen der Vorarlberger in die Wirtschaft immer noch vorhanden war. Aufgrund des „Arbeitsklimaindexes“ waren im Jahr 2014 90 % der Beschäftigten zufriedener als der österreichische Durchschnitt, nicht zuletzt weil 90 % ihren Arbeitsplatz für sicher hielten. Die höchsten Zufriedenheitswerte zeigten Beschäftigte mit höherer Bildung, die niedrigsten die „Älteren“ über 45.⁶

Da mittlerweile Maschinen und Werkzeuge so gebaut worden waren, dass die meisten Gefahrenquellen beseitigt werden konnten, trat für die AK die Sicherheit am Arbeitsplatz in den Hintergrund. Als „Krankmacher“ wurden zwar Staub und Hitze in den Betrieben genannt, aber als neue Hauptursache kam der sogenannte „Stress“ ins Spiel, dazu trat „Mobbing“ auf. Besorgniserregend war, dass sich davon wesentlich mehr junge als ältere Arbeitskräfte betroffen fühlten. Man hörte auch von dem bislang unbekanntem Begriff „Burn-out“ und nannte die damit zusammenhängenden Krankheiten. Die sozialpsychischen Belastungen am Arbeitsplatz hatten kontinuierlich zugenommen.⁷

Auf das Phänomen „Stress“ wies die AK erstmals dezidiert im Jahr 2000 hin, als sie mit den Erhebungen zum sogenannten „Arbeitsklimaindex“ begann. In den folgenden Jahren verschärfte sich die Situation an den

**LASSEN SIE SICH
NICHT ZUR
SCHNECKE MACHEN.**

Ungerechtigkeiten am
Arbeitsplatz passieren jeden Tag.
Wir helfen Ihnen.
www.ak-vorarlberg.at

**GERECHTIGKEIT
MUSS SEIN.**





Arbeitsplätzen, was die AK veranlasste, 2002 gemeinsam mit dem ÖGB im Rahmen der Arbeitsschutzmesse „Preventa“ ein Symposium zum Thema Stress abzuhalten. Die Öffentlichkeitswirksamkeit war groß: Auf der einzigen Messe dieser Art in Österreich erschienen 120 Aussteller aus Mitteleuropa mit etwa 7 000 Fachbesuchern.⁸ Um weiteren Stress nicht zu fördern, lehnte die AK die von Unternehmern geforderte Ausweitung der „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit ab – die Höchstgrenze von täglich zehn Stunden sei genug.⁹

Ein neuer Anglizismus hatte ebenfalls sprachlichen Eingang gefunden, nämlich „Mobbing“. Obwohl Schikanen und Intrigen gegen Personen am Arbeitsplatz sicherlich nichts Neues waren, musste die AK ihren Zeitungslesern im Jahr 1998 diesen Begriff erst erläutern, und was solch typische Mobbing-Handlungen waren. „Täter“ waren meist die lieben „Kollegen als falsche Hunde“ und nicht wie etwa zu erwarten war, die Chefs oder

Die Arbeitnehmer erhalten professionelle Beratung in allen arbeitsrechtlichen Belangen.



Wissen fürs Leben. Gerhard Ouschan, Franz Josef Köb und Rainer Keckeis freuen sich auf die Zusammenarbeit.

Betriebsleiter. Mobbing geschah überwiegend auf gleicher hierarchischer Ebene. Es traf mehr Frauen als Männer, mehr Arbeiter als Angestellte, und den Spitzenplatz nahmen die Hilfsarbeiter ein. Das Erschreckende war, so das Ergebnis der Untersuchung aus dem Jahr 1998, dass dieser „*Psychoterror*“ mehr als die Hälfte, 65 % aller Vorarlberger Arbeitnehmer schon einmal getroffen hatte. Die häufigste Form von Mobbing war das „Schlechtmachen“ bei einer höheren Instanz. Die wichtigste Erklärung der AK zu den Ursachen der „betrieblichen Treibjagden“: *„[...] sind in den Betrieben im steigendem Konkurrenz- und Leistungsdruck sowie in der Angst um den Arbeitsplatz zu suchen.“*¹⁰

Vier Jahre später wurde eine neuerliche Befragung durchgeführt. Die Anzahl der Gemobbten war gesunken, und die AK wollte sich dies als Erfolg für ihre im Land Vorarlberg erstmalige Kampagne im Jahr 1989 zuschreiben: *„[...] fortwährend findet eine Enttabuisierung statt: Betroffene getrauen sich eher zu wehren, respektive sich mehr an die Öffentlichkeit bzw. an Institutionen zu wenden, die helfen.“* Aber immer noch waren die bis zu 30-Jährigen und die Hilfsarbeiter die Hauptzielscheibe der Übergriffe.¹¹ In der Folge nahm sich der ÖGB dem krankmachenden „Stress-Faktor“ an. Er eröffnete eine eigene Hotline, schuf eine Mobbing-Beratungsstelle, organisierte Wochenendseminare und gar Selbsthilfegruppen. Das größte Problem sah der ÖGB darin, dass sich die Betroffenen meist sehr spät an die Beratungsstelle wandten:

*„Kollegen und Kolleginnen halten still, in der Angst, sie könnten das nächste Opfer sein.“*¹²

Eine Erhebung der AK im Jahr 2015 ergab, dass Mobbing nicht nur unter Erwachsenen, sondern auch unter Schulkindern verbreitet war, freilich „nur“ bei etwa 17 % – diese zeigten auch eine Verschlechterung der Schulleistungen. Hilfestellungen boten das Institut für Sozialdienste und die Bildungsabteilung der AK mit einem Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema an.¹³

Im Rahmen der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise wurde ganz allgemein der zunehmende „*Psycho-Druck*“ auf Arbeitnehmer offenkundig, was eine 2009 von der AK in Auftrag gegebene Studie nachweisen konnte. Auch eine Befragung von 160 Betriebsräten bestätigte diesen Trend: *„Die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz haben, ausgehend von einem bereits hohen Niveau, in der Krise extrem zugenommen und dürften auch in Zukunft weiter steigen.“* Die AK warf den Vorarlberger Betrieben vor, sie reagierten darauf mit „klassischen Krisenbewältigungsinstrumenten“ wie Kündigungen, Lohnverzicht und Reduzierung der Arbeitszeit statt mit Bildungskarenz und Kurzarbeit. Es gelte, den Unternehmen Maßnahmen für den psychischen Schutz bewusst zu machen.¹⁴

Besondere Sensibilisierungsarbeit leistete die AK auch mit ihrer Vortragsreihe „Wissen fürs Leben“, in der der Moderator Franz Josef Köb psychosoziale Problemstellungen immer wieder zum Thema machte.

ARBEIT UND ALTER

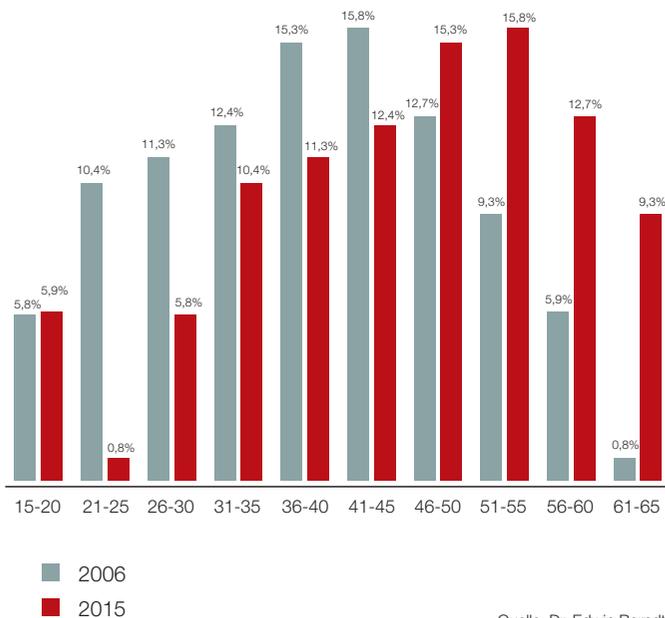
Nach der Jahrhundertwende hatte sich der Anteil der 50- bis 60-Jährigen aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung beinahe verdoppelt. Demgegenüber stand die bereits im Jahr 2002 von der AK beklagte „Altersdiskriminierung“ und der relativ hohe Anteil an Altersarbeitslosen. Die AK betonte dagegen die psychische und geistig-soziale Leistungsfähigkeit dieser Altersgruppe und widmete dem Phänomen umfangreiche mediale Aufklärungsarbeit. Sie trat auch für das Bonus-Malus-System ein, das es bereits zwischen 1996 und 2006 gegeben hatte.

Im Jahr 2007 trat in der AK der Begriff „Age Management“ bzw. „Generationenmanagement“ auf, zu welchem eine Projektgruppe in der Vollversammlung die Kernpunkte darlegte. Dazu Altersforscher Heinrich Geißler: „Auch die Arbeitsplätze müssen mitaltern, um die Arbeitsfähigkeit bis ins hohe Alter zu erhalten.“¹ Dies bestätigte auch der in Europa führende, finnische Experte Juhani

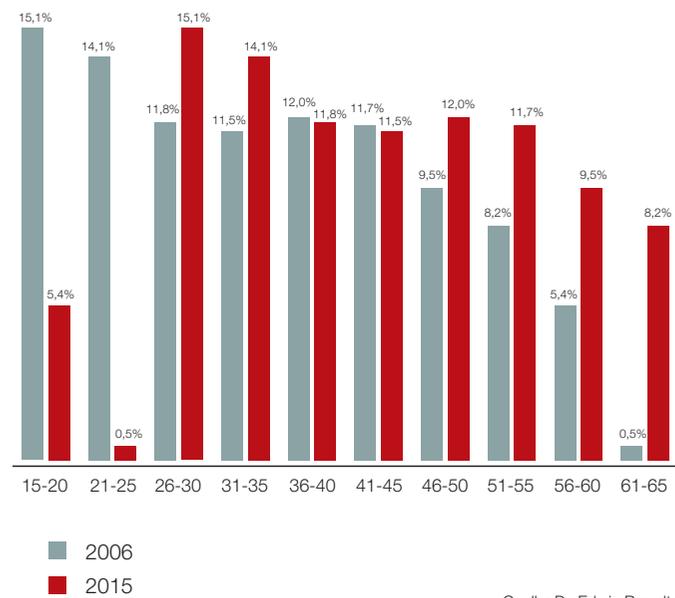
Ilmarinen. Eine Analyse zeigte auf, dass sich zwischen 2006 und 2015 der Anteil der 50- bis 60-jährigen Angestellten mehr als verdoppelt hatte, bei den Arbeitern war es etwas weniger. Von den insgesamt 70 000 Beschäftigten in den sieben wichtigsten Wirtschaftsbranchen waren jedoch nur 648 Personen zwischen 61 und 70 Jahre alt.² Die AK führte zwischen 2007 und 2010 zum Thema „Generationsmanagement“ mehrere Tagungen durch, beispielsweise „Zukunftsaufgabe Age Management – Chancen und Herausforderungen für Vorarlberg“, „Arbeitsfreude bis ins Alter“ oder „Alternsgerechte Arbeitsweise“.

Das Thema „ältere Arbeitnehmer“ war jedoch für die AK nicht neu. Bereits im Jahr 2002 hatte nämlich Präsident Josef Fink die neue Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel aufgefordert, diese nicht zu diskriminieren und besser zu schützen. Der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer über 40 müsse verbessert werden. Das bisherige Arbeitsrecht dazu sei ein „äußerst stumpfes Instrument“ und bewiese, dass in Österreich ein „fehlendes Problembewusstsein hinsichtlich der Diskriminierung aufgrund des Alters“ vorhanden sei. Rainer Keckeis räumte auch mit dem gängigen Vorurteil auf, die über 50-Jährigen seien angeblich „zu teuer, zu langsam oder zu unflexibel“. Und er beklagte: „Tatsächlich ist es heute für einen über 50-Jährigen unglaublich schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, [...] er gilt praktisch als unvermittelbar.“³

Altersentwicklung Angestellte in Vorarlberg 2006 bis 2015



Altersentwicklung Arbeiter in Vorarlberg 2006 bis 2015





Seit der Jahrhundertwende hatte sich der Anteil der 50- bis 60-Jährigen beinahe verdoppelt.

Auf einer Pressekonferenz am 2. Dezember 2002 zum Thema „Maßnahmen gegen die Diskriminierung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ wartete die AK mit erstaunlichen Zahlen auf: In den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts waren in Österreich noch 42,5 % der über 60-Jährigen aktiv berufstätig, nun waren es gerade noch 12,4 %.⁴

Wie mit diesem Phänomen umzugehen war, darüber machte man sich in Vorarlberg vor allem von unternehme-

rischer Seite in den folgenden Jahren keine Gedanken. Für Präsident Hubert Hämmerle, der sich dem „Age Management“ angenommen hatte, war jedoch eines klar, wenn er über das Leistungspotenzial der „Älteren“ sprach, die überdies einen hohen Prozentsatz der Arbeitslosen ausmachten: *„Dabei kann man aber nicht von einem altersbedingten Abbau der Leistungsfähigkeit sprechen, sondern vielmehr von einem Umbau. Denn während die körperliche Leistungs-*

fähigkeit ab dem 30. Lebensjahr abnimmt, bleibt die psychische Leistungsfähigkeit gleich, die geistig-soziale nimmt zu.“ Dieser Frage maß die AK einen solch großen Stellenwert bei, dass sie in sieben Ausgaben der Zeitschrift AKtion auf die „Altersentwicklung“ in den einzelnen Vorarlberger Wirtschaftsbranchen einging. Außerdem wurde dazu eine Broschüre herausgebracht und auf einer eigenen Webseite konnte man sich unter www.grauundschlau.at informieren.⁵

Die AK nahm dazu nicht nur in Vorarlberg, sondern auch im deutschsprachigen Raum eine Vorreiterrolle ein und unterstützte daher im Jahr 2011 die „1. Wirtschaftskonferenz“ in Bregenz. Das Erfreuliche an dieser Veranstaltung sah Präsident Hubert Hämmerle darin, dass daran Unternehmer, Geschäftsführer und Personalverantwortliche teilgenommen hatten. *„Das lässt hoffen: Es ist wichtig, dass beide Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – an diesem Thema weiterarbeiten.“*⁶ Ganz in diesem Sinn machte sich die Bildungsabteilung Gedanken über *„Generationenmanagement als Führungsaufgabe“*. Aber bereits im Schulunterricht müsste man sich mit dem Thema Altern und Alter auseinandersetzen.⁷

Die AK ließ nicht locker und brachte dieses Thema auch bei der „3. Wirtschaftskonferenz“ in Bregenz 2015 auf die Tagesordnung. Zwei Tage lang behandelten die Spezialisten Methoden und Analysen mit *„schonungslosem Blick“*. Und wieder stand der Finne Juhani Ilmarinen im Mittelpunkt.⁸ Auch auf der Vollversammlung des Jahres 2015 kam dieses Thema zur Sprache: *„Vor allem aus Kostengründen landen immer mehr ältere Menschen buchstäblich als ‚altes Eisen‘ auf dem Schrottplatz des Arbeitsmarkts. Das ist nicht nur unmenschlich, sondern auch fahrlässig und eine enorme Belastung für die Sozialsysteme. Eine Trendwende ist in diesem Bereich dringend notwendig.“*⁹

Diese „Trendwende“ war jedoch eine solche nach rückwärts: Zwischen 1996 und 2006 hatte es – und durchaus bewährt – das Bonus-Malus-System der Sozialpartner gegeben.¹⁰ Mit dem finanziellen „Bonus“ war die Bereitschaft von Betrieben verstärkt worden, freie Stellen mit über 50-Jährigen zu besetzen. Präsident Hubert Hämmerle bezeichnete es als „kurzsichtig“, dass dieses erfolgreiche System die ÖVP-FPÖ-Regierung unter Wolfgang Schüssel abgeschafft hatte. AK-Direktor Rainer Keckeis forderte Anfang 2014 seine Wiedereinführung und fand in diesem Zusammenhang harte Worte über die SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung: *„In kaum einem Land gilt Diskriminierung aufgrund des Alters als salonfähig, außer in Österreich. Jene, die bei jeder Gelegenheit für die Anhebung des Pensionsalters*

*sind, rühren sich keinen Millimeter, wenn es darum geht, altersgerechte Arbeitsplätze anzubieten. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz wurden in Österreich keinerlei Fortschritte erzielt. Und auch die im neuen Regierungsprogramm vorgesehene Wiedereinführung eines Bonus-Malus-Systems wurde sinnigerweise auf das Jahr 2017 vereinbart.“*¹¹

Ein voller Erfolg wurde die Unterschriftenaktion der AK Vorarlberg gegen Lehrlingskündigung und Strafsteuer für ältere Arbeitnehmer. Quer durch alle Interessengruppen – auch Arbeitgebervertreter haben unterschrieben – bezeugten rund 10 000 Vorarlberger mit ihrer Unterschrift ihren Unmut gegen die von den Bundessozialpartnern geplante Lehrlingskündigung und die Wiedereinführung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für ältere Arbeitnehmer.¹²

Ein Problem für viele ältere Arbeitnehmer war die bisherige Haltung von Unternehmern: *„Entweder 100 Prozent fähig oder 100 Prozent krank.“* Für die AK war dies keine Lösung. Bereits im Jahr 2011 startete sie zusammen mit dem ÖGB eine Initiative, um erkrankte Personen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Im Jahr 2015 trat die AK nach dem Vorbild der Schweiz mit dem Projekt „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ an die Öffentlichkeit und gar an die Bundesregierung heran. Ihre Vorschläge waren im Wesentlichen drei: Im Rahmen des Krankenstandes müssten Arbeitsversuche möglich sein. Die Leistungsfähigkeit des genesenden Menschen sollte der Maßstab dafür sein, der Wiedereinstieg auf Freiwilligkeit beruhen.¹³ Man war sich jedoch einig: *„Der Weg zurück in den Job ist nach Langzeitkrankenständen meist steinig und erfordert Begleitung.“*¹⁴

ARBEIT UND ZUWANDERUNG

Vorarlberg besaß bis 2005 den höchsten Gastarbeiteranteil an unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich. Es wurde zum Einwanderungsland. Die wichtigsten ethnischen Gruppen waren jugoslawische und türkische Staatsbürger. Ihr Bildungsniveau war meist niedrig, daher wurden sie überwiegend zu billigen, angelernten Arbeitskräften in der Textil- und Metallindustrie. Die AK und speziell das Gastarbeiterreferat setzten sich vehement für die vielseitigen Belange dieser Arbeitskräfte ein, wiesen die Öffentlichkeit auf deren Probleme hin und widerlegten Vorurteile im Klima einer latenten Ausländerfeindlichkeit. Dennoch lehnte die AK seit den 80er-Jahren klar einen weiteren Zuzug von Ausländern ab, damit die sozialen Standards nicht gefährdet würden. Dadurch geriet sie in Konflikt mit Arbeitgebern und der Wirtschaftskammer, die eine liberale und offene Gastarbeiterpolitik forderten, vor allem wenn es um die Saisoniers im Tourismus ging. Die EU-Osterweiterung 2004 brachte weitere Probleme. Dennoch war die AK ein wesentlicher Bestandteil bei den Bemühungen zur friedlichen und sozialen Integration ausländischer Arbeitskräfte.

Wanderungsbewegungen von Arbeitssuchenden setzten in Europa in größerem Umfang seit den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts ein. Die Arbeitskräfte kamen überwiegend aus dem wirtschaftlich unterentwickelten Mittelmeerraum, in welchem die Agrarwirtschaft vorherrschte. Diese Migration betraf auch das hochindustrialisierte Vorarlberg. Auf dem einheimischen Arbeitsmarkt hatte man nach 1945 vorerst mit dem vermehrten Eintritt von Frauen ins Erwerbsleben das Auslangen gefunden, zusätzlich mit den aus dem Osten Österreichs zugewanderten „Innerösterreichern“. Doch dies reichte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur seit Mitte der 60er-Jahre nicht mehr aus, um die Nachfrage vonseiten der Unternehmer zu befriedigen. Die „Lösung“

brachten die Abkommen zwischen Österreich und der Türkei (1964) und Jugoslawien (1966), welche die Anwerbung von „Wanderarbeitern“ bzw. „Gastarbeitern“ ermöglichten und einigermaßen regelten. Bis 1979 hielt der Zuzug von Jugoslawen und Türken – mit oder auch ohne Arbeitsgenehmigungen – an und erlebte einen regelrechten Boom. Häufig waren die zu Niedriglöhnen arbeitenden Ausländer Analphabeten und beruflich unqualifiziert und als „Touristen“ von „Schleppern“ ins Land gebracht worden. Oft lebten sie, was die Wohnsituation betraf, unter unwürdigen Verhältnissen.

Die allgemein liberale Gastarbeiterpolitik nahm Anfang der 70er-Jahre mit der beginnenden Wirtschaftsrezession ein allmähliches Ende: Beschäftigungsbewilligungen wurden limitiert und streng kontrolliert, die freie Arbeitsplatzwahl wurde verboten. Damit kam man auch der Haltung vieler Vorarlberger entgegen, die gegenüber den Gastarbeitern, nun vermehrt arbeitslos, „gewisse Bedenken“ hegten. Das Vorurteil des „Sozialschmarotzertums“ begann zu kursieren. Sie waren nun keine „Notwendigkeit“ mehr, sondern belasteten gar den Arbeitsmarkt.¹

Die AK als Arbeitnehmervertreterin sollte darauf reagieren: 1967 war ein Gastarbeiterreferat gegründet worden. 1971 entstand ein eigener Ausschuss für Gastarbeiterfragen. Deren Aktivitäten konzentrierten sich vor allem auf fünf Bereiche: auf die Verhinderung des illegalen Schlepperwesens, auf arbeits- und sozialrechtliche Informationen und Beratung, auf die Integration, auf den Wohnungsmarkt und auf die Freizeitgestaltung. Die getroffenen Maßnahmen waren umso notwendiger, weil – so die Kammer im Jahr 1982 lapidar – „die Unternehmerorganisationen fühlten sich immer weniger für Gastarbeiterfragen zuständig“.²

Die Aktivitäten der AK für die ausländischen Arbeitskräfte und die „Haltung“ ihnen gegenüber änderten sich teilweise in den letzten 30 Jahren und passten sich den jeweiligen politischen Realitäten an. Zum Ausdruck kommt dies in den Begriffsveränderungen des Referates: Im Jahr 1996 wurde das „Gastarbeiterreferat“ auf „Referat für ausländische Arbeitnehmer“ umbenannt. Ab 2006 hieß es „Referat für interkulturelle Angelegenheiten“. Dieses wurde im Jahr 2009 organisatorisch mit dem „Betriebsreferat“ fusioniert und von diesem übernommen. Anstelle der traditionellen Gastarbeiter aus dem Balkan und der Türkei waren immer mehr EU-Staatsbürger gekommen. Und wenn es um Integration ging, spielten nicht nur sozioökonomische Bereiche eine Rolle, sondern vermehrt auch kulturelle Aktivitäten. Vorarlbergs Arbeitnehmer-



vertretung stellte sich der Aufgabe des Kulturaustausches als Mittel neuer Integrationsbestrebungen ausländischer Arbeitskräfte.

Die Tätigkeiten des Referates waren vielfältig, konzentrierten sich jedoch auf die alten Schwerpunkte, die sich auch in den Jahrzehnten nach 1986 kaum änderten. Die Beratungs- und Interventionstätigkeit wurde von den Gastarbeitern intensiv in Anspruch genommen und steigerte sich seit 1986 auf rund das Dreifache! Das Referat war in den 90er-Jahren an seine Leistungsgrenzen gestoßen. Allein im Jahr 1991 sprachen etwa 5 000 Personen vor. Die Reaktion darauf war deutlich: *„Allein aus dieser Entwicklung ist abzuleiten, daß sich die politisch Verantwortlichen in diesem Lande über die weitere Gastarbeiterpolitik sehr genau Gedanken machen müssen und die undifferenzierte Hereinnahme weiterer Gastarbeiter, so wie das in der Vergangenheit vielfach der Fall war, keinesfalls mehr akzeptiert werden kann.“*³

Trotz enorm gestiegener
Arbeitslosigkeit unter
ausländischen Arbeitnehmern
forderte die Wirtschaft mehr
Gastarbeiter.

Im Jahr 1993 hatte die Beratungsstelle aber noch ein weiteres Problem: Wegen des Balkankrieges war die Situation zwischen serbischen und kroatischen Arbeitern „tendenziell gespannt“. Es kam vor, dass im Referat Kroaten nicht neben Serben sitzen wollten.⁴ Von nun an war auch eine gemeinsame Beratung der Ex-Jugoslawen nicht mehr möglich, worauf die AK den neuen slowenischen, kroatischen und bosnischen Konsulaten Räumlichkeiten zur Betreuung ihrer Landsleute zur Verfügung stellte.⁵

Um die Informationsbarrieren zu überwinden und den meist der deutschen Sprache unkundigen Gastarbeitern die „Annäherung“ an die heimische Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft zu ermöglichen, spielten muttersprachliche Medien eine wichtige Rolle. Im Jahr 1986 gab es in Vorarlberg sechs Gastarbeiterzeitungen, drei für Türken und drei für Jugoslawen. Monatlich erschien die „Mi“ für Jugoslawen und die „BIZ“ für Türken. Inhaltlich waren sie meist ident und wurden in Vorarlbergs Betrieben kostenlos verteilt. Träger waren die Kammern, das Land, die Diözese und die Österreichisch-Türkische und Österreichisch-Jugoslawische Gesellschaft. Der ORF bot täglich in den beiden Sprachen Informationssendungen an. Mit Schwerpunkt auf soziale und berufliche Fragen beschäftigte sich auch die Gastarbeiterzeitung des Gewerkschaftsbundes.⁶ Seit 1987 gab die AK die Zeitungen „Aktualno“ für die slawischen und „Aktüel“ für die türkischen Arbeiter heraus, sie lösten die Zeitungen „Mi“ und „BIZ“ ab. Sie wurden nun an die Wohnadressen verteilt, da in Kleinbetrieben keine Betriebsratsobmänner und Gastarbeitersprecher vorhanden waren, denen die Zeitungsverteilung bislang oblag.⁷ Ein wichtiges Kommunikationsmittel waren auch die sogenannten Sprechstage mit Dolmetschern: „Dadurch können Missverständnisse auf Grund der Sprachunterschiede vermieden werden.“⁸

Einen Beitrag leistete die AK auch zur Erhaltung der Identität der ausländischen Arbeitskräfte und gleichzeitig aber auch zu deren Integration in die heimische Gesellschaft, indem sie deren Vereine finanziell unterstützte und vor allem deren Sport- und Freizeitaktivitäten förderte. Beispielhaft hieß es etwa im Jahr 2011: „Die AK betreut Vereine mit migrantischem Hintergrund, die im Interesse der Gemeinschaft, der Bildung, der Kultur und des friedlichen Zusammenlebens sowie der Integration ihre Tätigkeit für und mit Vorarlberger ArbeitnehmerInnen ausüben.“⁹

Es waren in den 80er-Jahren etwa 80 „ausländische“ Vereine registriert, die auch Veranstaltungen durchführten! Am bedeutendsten waren die Fußballmannschaften. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Gastarbeiterreferates



Vorarlberg besaß bis 2005 den höchsten Gastarbeiteranteil an unselbständigen Erwerbstätigen in Österreich.



Das Gastarbeiterreferat der AK setzte sich für die vielseitigen Belange von ausländischen Arbeitnehmern ein.

im Jahr 1987 traten 20 türkische und 22 jugoslawische Mannschaften auf – keine Industriegemeinde war somit ohne ausländischen Fußballclub. Die Hilfe durch die Kammer bestand vor allem aus finanzieller Unterstützung für die Mieten von Sporthallen und Kulturräumen und für Spenden von Preisen. Diese spezielle Vereinsförderung wurde 2015 vom Vorstand einstimmig eingestellt.

Die Gastarbeiterpolitik der AK wurde wesentlich beeinflusst durch die jeweilige Wirtschaftskonjunktur, die Zahl der ausländischen unselbstständig Erwerbstätigen und die ausländische Wohnbevölkerung. Aus dem umfangreichen statistischen Material lassen sich einige generelle Charakteristiken und Trends erkennen:

- Bis 2004 war Vorarlberg innerhalb Österreichs mit 19,5 % Gastarbeitern an den gesamten unselbstständig Erwerbstätigen Spitzenreiter in Österreich.
- Die ausländische Wohnbevölkerung betrug in den Jahren nach 2000 rund 11 % und war seit 1989 kräftig gewachsen.
- Das Hauptkontingent machten türkische und jugoslawische Gastarbeiter mit jeweils über 40 % aus. Seit der Jahrhundertwende nahm die Zahl der Türken ab, jene der „Jugoslawen“ zu.
- Im Jahr 1986 waren die wichtigsten Berufsbranchen die Textilindustrie (36 %), gefolgt von der Metallindustrie (20,1 %) und dem Baugewerbe (8,5 %).
- Im folgenden Zeitraum von 20 Jahren lassen sich jedoch deutliche Veränderungen feststellen: Der

Anteil der ausländischen Beschäftigten in der Textilindustrie ging um zwei Drittel drastisch zurück, in der Metallindustrie um etwa die Hälfte. Die Beschäftigungsrate im Baugewerbe wuchs an und besaß im Jahr 2002, gleich jener in der Textilindustrie, rund 13 %. Die größten Steigerungsraten, um das Doppelte seit 1986, erlebte das Gastgewerbe.

Seit 1986 stieg die Zahl der in Vorarlberg beschäftigten Ausländer wieder stetig an und erreichte 1990 ihren Höhepunkt. Dies führte unter Teilen der Bevölkerung und der Arbeitnehmerschaft Vorarlbergs zu ausländerfeindlichen Tendenzen, die auch die AK zu spüren bekam und worauf sie umgehend reagierte.¹⁰ Die „Erfahrung“ der Arbeiterkammer zeigte jedoch, „daß die Gastarbeiter am Arbeitsplatz zumeist sehr geschätzt werden. Die größten Vorurteile haben erfahrungsgemäß jene Personen, die wenig mit ihnen zu tun haben“.¹¹

Latente Vorurteile wurden offen ausgesprochen und kamen selbst aus den Reihen der Vorarlberger Gebietskrankenkasse: Gastarbeiter seien vielfach „Parasiten des Sozialstaates“. Die AK wies diesen Vorwurf als unbegründet zurück: Sie bezahlten wesentlich mehr an Sozialbeiträgen ein, als sie zurückerhielten. Solche Vorwürfe verstummten auch in den folgenden Jahren nicht, obwohl sich die AK bereits im Oktober 1986 in einer eigenen Pressekonferenz wieder einmal lautstark an die Öffentlichkeit und die Medien gewandt hatte. Punkt für Punkt

Präsident Fink sprach sich für eine bessere Integration der Ausländer und für eine bessere Ausbildung der jugendlichen Gastarbeiter aus.

wurden die Anschuldigungen widerlegt und stattdessen die Probleme aufgezeigt, mit denen Gastarbeiter es zu tun hatten: Die Wohnungssituation sei triste, die Schulausbildung der Jugendlichen werfe große Probleme auf, da der Großteil keinen ordentlichen inländischen Schulabschluss erlange und daher für eine Berufsausbildung wenig Chancen besitze. Zusätzlich schaffe das kulturelle Identitätsproblem in den Familien Konflikte. Das Land müsse endlich seine Gastarbeiterpolitik ändern und dürfe nicht nur „reagieren“. Es müsse seine Sozialeinrichtungen öffnen – das gelte auch für die katholische Kirche und die Gemeinden – und sich in Familien- und Erziehungsfragen engagieren. *„Nach 20jähriger Erfahrung mit Gastarbeitern ist es an der Zeit, endlich eine langfristig geplante, überschaubare und kontinuierliche Politik zu betreiben. Dem Gastarbeiter soll damit eine gewisse Sicherheit über seine Zukunft gegeben werden.“*¹²

Ein kleiner Schritt dazu war, dass das Land Vorarlberg seit 1987 Gastarbeitern eine Wohnbeihilfe gewährte. Die Grenzen waren aber sehr eng gezogen und trafen nur für wenige zu: Voraussetzung waren 15 Jahre ununterbrochener Aufenthalt in Österreich und 13 Jahre sozialversicherungspflichtiger Aufenthalt.¹³ Durch Intervention der AK wurden in den Folgejahren die Beihilfen an die Steuerleistungen geknüpft.¹⁴

Eine Änderung dieser Verhältnisse sah die AK im Jahr 1988 in einer Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, das folgende Aufgaben erfüllen sollte:

- Wirkungsvolle Unterbindung von Neuzuzug
- Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur (Wohnraum) und Möglichkeit zu Wohnbeihilfen
- Schutz langzeitbewährter Gastarbeiter
- Parteistellung von Ausländern bei ihren Angelegenheiten
- Wahlmöglichkeit des Wohnsitzes während der Arbeitslosenzeit
- Förderung der Integration der zweiten Generation
- Förderung eines ordentlichen Schulabschlusses



- Aufklärungsarbeit zur Berufsausbildung
- Bereitstellung von Kindergartenplätzen
- Verbesserung medizinischer und sozialer Betreuung und schließlich die Erleichterung und Förderung der Familienzusammenführung:

„Die Arbeiterkammer vertritt den Standpunkt, daß die im Lande beschäftigten Ausländer grundsätzlich mit ihrer Familie zusammenleben können sollten. Die Hereinnahme erscheint allerdings nur sinnvoll, wenn dies möglichst frühzeitig erfolgt, sodaß die Kinder noch eine ordentliche Schul- und Berufsausbildung für eine gesicherte Zukunft erlangen können.“ In dieser Angelegenheit erarbeitete die Kammer gemeinsam mit der Sicherheitsdirektion, dem Landesarbeitsamt und den Sozialpartnern beispielgebende „Richtlinien“, die vom Bundesministerium für Inneres bestätigt und in den Folgejahren von den Gastarbeitern auch akzeptiert wurden.¹⁵



Im Jahr 1990 war in Vorarlberg das Ausländerproblem wieder voll im Gange, und es ließ sich „eine wachsende Abneigung gegen Ausländer“ feststellen. Die AK war keineswegs ausländerfeindlich, aber lehnte von nun an jede Neuaufnahme von Gastarbeitern rigoros ab, außer im Rahmen einer Familienzusammenführung. Die Probleme im Wohnungs- und Bildungsbereich waren immer noch nicht gelöst, auch drückten neue Gastarbeiter vor allem in der Textilindustrie das Lohnniveau.¹⁶ AK-Präsident Josef Fink nahm dazu 1991 Stellung: „Über 1000 Ausländer sind in Vorarlberg arbeitslos. Zusätzlich drängen jährlich 500 bis 600 ausländische Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt. Trotzdem verlangt die Wirtschaft nach noch mehr ausländischen Arbeitskräften. Das ist weder im Sinne der Inländer noch der bereits im Lande befindlichen Ausländer. Deshalb wende ich mich vehement gegen eine unkontrollierte Herannahme zusätzlicher Gastarbeiter. Denn schließlich kommen ja Menschen und keine Maschinen, die man nach

Die AK widerlegte Vorurteile im Klima einer latenten Ausländerfeindlichkeit in der Öffentlichkeit.

*Belieben wieder ausschalten kann, wenn man sie nicht mehr braucht.*¹⁷

Dass man der AK absolut keine Ausländerfeindlichkeit vorwerfen konnte, lässt sich auch an ihrer Einstellung zu dem von der FPÖ unter Führung von Jörg Haider im Jahr 1992 initiierten sogenannten Ausländervolksbegehren unter der Bezeichnung „Österreich zuerst“ erkennen, das von den Medien als „Anti-Ausländer-Volksbegehren“ mit rassistischem Hintergrund bezeichnet wurde. Gegen die Stimmen der Freiheitlichen wurde der Antrag der AK-Fraktionen ÖAAB und FSG gegen das Volksbegehren angenommen und alle Arbeitnehmer wurden aufgefordert, das Volksbegehren nicht zu unterstützen, auch mit Hinweis auf die Folgen der „gegenwärtigen Fremdenhetze in Deutschland“. Diese Ablehnung war umso erstaunlicher, als das Volksbegehren durchaus Forderungen enthielt, die den Zielsetzungen der Vorarlberger Kammerführung entsprachen. So etwa ein Einwanderungsstopp bis zur befriedigenden Lösung der illegalen Ausländerfrage, die Beseitigung der Wohnungsnot und Senkung der Arbeitslosenrate.¹⁸ Diese Haltung trug dazu bei, dass sich die Arbeiterkammer einige Jahre später zum „Feind“ der FPÖ gemacht hatte, die vehement eine Abschaffung der Kammer-Pflichtmitgliedschaft forderte.

Im Unterschied zur FPÖ lehnte die AK Vorarlberg die Einwanderungssteigerung aus sozialpolitischen Gründen ab. Mit dieser Haltung machte sich die AK in Kreisen der Unternehmer und vor allem der Wirtschaftskammer ebenfalls keine Freunde. Die AK klagte: „Die Unternehmer fordern ständig zu hohe Ausländerquoten.“ Insbesondere Verantwortliche in der Textilindustrie strebten einen Abbau der bürokratischen Hemmnisse und eine Liberalisierung der Ausländerbeschäftigung an. Die Quoten, so die AK, würden ohnedies wegen des neuen Ausländerbeschäftigungsgesetzes ständig überschritten. Dabei handle es sich bei den Zulassungen nicht um die erwünschten und benötigten Facharbeiter, sondern um durchwegs ungelernte und daher billige, lohndrückende

Arbeitskräfte mit einem hohen Risiko zur Arbeitslosigkeit.¹⁹

Der Konflikt eskalierte schließlich im Jahr 1993, als die Vorarlberger Gastronomie wiederum für die bevorstehende Wintersaison beim Wirtschafts- bzw. beim Sozialministerium ein „Sonderkontingent“ von 300 ausländischen Arbeitskräften (Nicht-EWR-Bürger) beantragte. Dabei besaß Vorarlberg einen „Arbeitslosenrekord“ von 9 000 Personen, darunter 3 000 Gastarbeiter. Die Sektion Tourismus bei der Wirtschaftskammer argumentierte: Man hole nur Fachkräfte ins Land und die Vorwürfe der AK seien unsachlich und unrichtig und „würden durch ständige Wiederholungen nicht richtiger“.²⁰ Resignierend war schließlich aus dem Gastarbeiterreferat zu hören: „Wir müssen leider feststellen, daß das Gastgewerbe einen unheimlichen Druck auf Wien ausüben kann, über den Minister Schüssel auf den Minister Hesoun (1990–1995 SPÖ-Minister für Arbeit und Soziales), und aus diesem Grund werden immer wieder neue Kontingente für Vorarlberg bewilligt.“²¹

Die AK lehnte somit generell die Beschäftigung ausländischer Saisoniers im Hotel- und Gastgewerbe ab.²² Sie fühlte sich auch durch die „Volksmeinung“ bestätigt: Eine Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes im Jahr 1999 ergab, dass sich 54 % der Vorarlberger gegen das Ansinnen einiger Hoteliers nach zusätzlichen Gastarbeitern aussprachen.²³

Alleingelassen fühlte sich die AK von den Wiener Bundesbehörden, wenn es um die leidige Frage der Anzahl der Saisoniers ging. Es war zwar nach 1993 mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Burgfrieden eingekehrt, weil dieses bis 1999 nie mehr als 160 Saisoniers für die Wintersaison genehmigte. Und im Jahr 2000 hatte man Verständnis, als ihre Zahl auf 550 erhöht wurde, fand doch die Weltmeisterschaft in St. Anton statt. Aber als 2001 sogleich 700 Personen genehmigt werden sollten, kam es wieder zum offenen Konflikt zwischen den Interessensparteien. Zur großen Überraschung, aber auch Enttäuschung, hatte das AMS sogleich die Zustimmung zu 700 ausländischen Saisoniers ausgesprochen, die Wirtschaftskammer hatte sogar 750 gefordert.²⁴ Die Polemiken, auch in den Medien ausgetragen, schaukelten sich hoch, als der ÖAAB dem „roten AMS“ vorwarf, falsche Zahlen zu nennen und damit in den anstehenden Nationalratswahlkampf einzugreifen. Die AK argumentierte bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber diesem hohen Kontingent damit, dass in Vorarlberg die Arbeitslosigkeit immer noch hoch sei und man einen Teil der Saisoniers aus diesen Arbeitslosen rekrutieren könne. Dafür hatte Landtagsvizepräsident und

Landesvorsitzender des RFW (Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender) Fritz Amann wenig Verständnis. Er bezeichnete die Reaktionen von AK-Präsident Fink „als völlig überzogen“ und diesen gar als „wirtschaftspolitischen Geislerfahrer“.²⁵

Der ÖVP-Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein brachte vorläufige Ruhe ins Geschehen, als er trotz gestiegener Arbeitslosigkeit 550 Saisoniers aus dem Nicht-EWR-Raum bewilligte. Die AK und der ÖGB stimmten schließlich dieser Verordnung bei.²⁶ Für das Gastgewerbe war es jedoch zu wenig und die verärgerte Wirtschaftskammer richtete ihre Angriffe nun auf das Vorarlberger AMS: Es solle nicht „politisieren“, sich auf seine „Kernaufgaben beschränken“ und die Weiterqualifizierung von Arbeitslosen vorantreiben, und scharf – „wobei diese (Maßnahmen) sicherlich auch einmal auf ihre Sinnhaftigkeit untersucht werden sollen“.²⁷ Das AMS wurde schließlich zum Sündenbock, als es auch von der AK angegriffen wurde und diese sogar mit der Wirtschaftskammer einig war, dass aus dem Saisonierskontingent ausschließlich „Fachkräfte“ und nicht Hilfskräfte rekrutiert werden sollten. Erstere seien bei entsprechenden Bemühungen des AMS aus den in Vorarlberg vorhandenen 8 000 Arbeitslosen zu entnehmen.²⁸

Der Landesgeschäftsführer des AMS, Werner Schelling, ließ diese Vorwürfe nicht auf sich ruhen: Es fänden unter den Arbeitslosen Ausbildungskurse statt, das AMS habe auf zahlreichen Jobbörsen in Österreich und im Ausland Werbung gemacht, allein aus Ungarn habe man für die Wintersaison 2002/03 60 sogenannte „PraktikantInnen“ angeworben. Und die meisten dieser „Hilfskräfte“ gehörten „bereits zum Stammpersonal“.²⁹ AK-Präsident Fink und seine ÖVP-Fraktion hatten schließlich die ständigen Streitereien leid und forderten auf der 145. Vollversammlung im November 2002 bei Anwesenheit von Minister Bartenstein gar die Abschaffung des Saisonier-Modells im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung.³⁰

Gleichzeitig sah man sich durch den in Jugoslawien ausgebrochenen „Bürgerkrieg“ vor neue Aufgaben gestellt: Hunderte Flüchtlinge, vor allem aus Bosnien, wurden als Asylanten in Vorarlberg aufgenommen. Nur in wenigen Fällen waren die Betriebe jedoch in der Lage oder bereit, ihnen einen Dauerarbeitsplatz mit einer Wohnung zur Verfügung zu stellen. Der Leiter des AK-Gastarbeiterreferates, Rudolf Zimmermann, unterschied sehr wohl zwischen den traditionellen Gastarbeitern und dieser neuen Gruppe von Ausländern: „Diesen Menschen

*vorübergehend Aufenthaltsmöglichkeiten zu bieten, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Schändlich finde ich nur das Verhalten der übrigen europäischen Staaten, vor allem der reichen Industrieländer Schweiz, Deutschland und Schweden. Sie stehlen sich trotz internationaler Abkommen aus der Verantwortung und lassen Österreich mit dem Flüchtlingsproblem allein.*³¹

Mittlerweile hatte sich ein zusätzliches Ausländerproblem aufgetan, das sich schon 1990 abzeichnete. ÖVP-Nationalrat Gottfried Feurstein hatte vorgeschlagen, alle in Österreich „schwarz“ arbeitenden Ausländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ging der AK und dem ÖGB in Vorarlberg dann doch zu weit, die dieses Ansinnen als „*unverständlich und vollkommen unangebracht*“ bezeichneten. Dies würde ein Ende der bisher in Vorarlberg restriktiven Bewilligungspraxis bedeuten und widerspreche auch dem Fremdenpolizeigesetz. Feurstein machte einen Rückzieher, verwies auf eine Novellierung des Fremdenpolizeigesetzes mit strengen Kontrollmaßnahmen, fand jedoch das Ansinnen von Arbeitnehmervertretern, Schwarzarbeiter einfach über die Grenze zu setzen, „*als unmenschlich*“. Es sei besser, wenn das AMS die Betriebe stärker kontrolliere. Der ÖGB und das AMS nahmen Feurstein beim Wort. Gut vorbereitet wurden im Jahr 1992/93 mit „*mobilen Einsatzgruppen*“ betriebliche Kontrollen durchgeführt. Dabei wurde bestätigt, was man bereits geahnt hatte und erschreckende Dimensionen angenommen hatte: Von den 405 kontrollierten Betrieben beschäftigten 42 % illegal beschäftigte Ausländer. Man fand sie vor allem im Gastgewerbe, in den „*überall aus dem Boden schießenden China-Restaurants*“ und in türkischen Nachtlokalen und Lebensmittelgeschäften, den „Drehscheiben“ für die Einschleusung der Illegalen. Hier hatte sich ein „*regelrechter Untergrund-Arbeitsmarkt*“ etabliert.³²

Die Ursachen für diese Missstände sah die AK bei den geringen Strafen der Bezirkshauptmannschaften für die Verstöße gegen das Fremdenpolizeigesetz. Daher wurde von Präsident Fink folgender Maßnahmenkatalog gefordert:

- Rigorose Bestrafung
- Hinaufsetzung des Strafrahmens von 5.000,- bis 120.000,- Schilling, im Wiederholungsfall auf bis zu 240.000,- Schilling
- Rascher Einzug der Erlaubnis zur Ausländerbeschäftigung
- Genaue Kontrolle sogenannter „Künstlerverträge“ für Musiker, Sängerinnen
- Ausschluss aus öffentlichen Aufträgen.³³

Neue Probleme auf dem Arbeitsmarkt sah die AK seit 2004 auf Vorarlberg und natürlich auch Österreich zukommen. Im Mai dieses Jahres wurden nämlich zehn Staaten in die EU aufgenommen, unter denen außer Malta und Zypern alle dem ehemaligen „Ostblock“ angehört hatten. Dies bedeutete, dass deren Staatsbürger die Rechte des freien Personenverkehrs zukamen, somit Freizügigkeit der Niederlassung, der Ausübung einer Erwerbstätigkeit und auch das Bleiberecht nach einer Beendigung der Beschäftigung. 2007 sollten Rumänien und Bulgarien dazukommen. Kroatien kam im Jahr 2015 zur EU. Vorarlberg beschäftigte sich vor allem mit zwei dieser Staaten, mit Ungarn und der Slowakei. Ungarische Gastarbeiter waren bereits seit Jahren in der Gastronomie beschäftigt worden, jedoch kein „Problem“. Neu waren dagegen vor allem die illegal arbeitenden Slowakinnen, die in den Altersheimen und im privaten Bereich durch die stark gestiegene Nachfrage im Pflegebereich willkommen waren. Für AK-Direktor Rainer Keckeis schlugen die Alarmglocken: Die Legalisierung dieser Arbeitskräfte bei niedrigen Löhnen, wie dies das Wirtschaftsministerium vorschlug, hielt er für den falschen Weg. Dies führe lediglich zu „*Lohndumping*“, zur Ausbeutung der Pflegekräfte, außerdem würde das in Österreich herrschende Pflegelevel durch die meist unqualifizierten Arbeiterinnen unterlaufen: „*Wenn wir jetzt die falschen Zeichen setzen, wird die Arbeitslosenquote im Pflegebereich über kurz oder lang explodieren und dann kann der Staat die Gelder, die er sich durch legale Ausbeutung ausländischer Pfleger eingespart hat, in arbeitslose österreichische Pflegefachkräfte investieren, um ihnen wieder einen Arbeitsplatz zu verschaffen.*“³⁴

Die AK fühlte sich in ihrer pessimistischen Haltung unterstützt, als eine von ihr veranlasste Prognose feststellte, die Arbeitslosigkeit werde in Vorarlberg bis 2011 auf 11 000 Personen ansteigen. Daher war die AK auch entschieden gegen die ab 2009 geplante weitgehende Öffnung des Arbeitsmarktes für „Osteuropäer“. Wiederum fürchtete man das Einströmen billiger Arbeitskräfte mit Lohndumping als Folge und eine Zunahme der Arbeitslosen.³⁵ Die ÖVP-Fraktion stellte sich dabei wieder einmal gegen die Vorhaben der ÖVP-Minister in Wien und gegen die liberale Arbeitsmarktpolitik der Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Das Argument der Unternehmer ließ man nicht gelten, dass wegen des Mangels an Fachkräften eine Ost-Öffnung des Arbeitsmarktes sinnvoll sei. Von dort seien Facharbeiter nicht zu bekommen. „*Was ins Land kommen wird, sind in erster Linie wenig qualifizierte, aber natürlich billige Arbeitskräfte.*“³⁶

Die Lösung des Problems sah die AK in der Ausbildung von einheimischen Fachkräften, vor allem von Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern. Es müsse auf „*die Menschen im eigenen Land Rücksicht*“ genommen werden.³⁷

Der Pessimismus der AK und die Furcht vor einer Überschwemmung des Vorarlberger Arbeitsmarktes durch „Osteuropäer“, selbst wenn sie unqualifiziert waren, sollte sich nicht bestätigen: Zwischen 2004 und 2008 hatten nämlich diese Staaten ein Wirtschaftswachstum um bis zu 23 % (!), während es in den alten EU-Ländern lediglich 8 % betrug. Somit fanden die „neuen“ EU-Staatsbürger ausreichend Arbeit in ihrer Heimat und zusätzlich profitierten Vorarlberger Unternehmer mit ihren Produkten von der boomenden Nachfrage aus dem „Osten“.

Im Jahr 2007 feierte das Gastarbeiterreferat sein 40-jähriges „Jubiläum“, nun hieß es „Referat für interkulturelle Angelegenheiten“. Wohl die wenigsten Orientierungs- und Hilfesuchenden bei dieser Abteilung der Arbeiterkammer waren in der Lage, sich darunter etwas Konkretes vorzustellen. Im Prinzip waren freilich die Aufgaben des Referates seit seiner Gründung gleich geblieben, wenn man davon absah, dass das Fremdenrecht immer komplizierter wurde und die Pensionsangelegenheiten für „Altgastarbeiter“ sich häuften. Wenn auch die Anzahl der Gastarbeiter bzw. der ausländischen Arbeitnehmer seit 2005 abnahm – EU-Staatsbürger wurden nicht mehr zu den Ausländern gezählt – wurden die Referatsaufgaben merkbar durch neue Herausforderungen geprägt. Seit der EU-Erweiterung der Jahre 2005 bis 2008 wurde nämlich die „klassische“ Gastarbeiterzuwanderung abgelöst von überwiegend „neuen Migranten“, die größtenteils über Bildung, gute berufliche Qualifikation und Fremdsprachenkenntnisse verfügten. Dies hing auch mit der zunehmenden Globalisierung, Europäisierung, der steigenden Arbeitnehmermobilität und den zahlreichen neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten zusammen. Solche Fachkräfte wurden auf dem Vorarlberger Arbeitsmarkt dringend benötigt, weswegen auch die Wirtschaftskammer seit 2012 aktive Rekrutierungsbestrebungen unternahm. Andererseits begannen die Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt niedrigqualifizierte Einheimische, vor allem aus der Gruppe der ehemaligen Gastarbeiter, zu verdrängen. Und wie die Studie „Europäisch, jung, mobil – Neue Zuwanderung nach Vorarlberg 2008 bis 2014“ von Eva Häfele nachweist, waren und sind sie mit den Arbeitsverhältnissen in Vorarlberg durchaus zufrieden. Ihre Karriereoptionen wurden sogar als „ausgezeichnet“ bewertet. Obwohl der größte Teil dieser EU-Zuwanderer mit der

AK wenig Kontakt besaß, setzte sie sich für deren Verbleib und deren Integration ein: Vorarlberg müsse sich im internationalen Wettbewerb um diese Fachkräfte für eine „*Begrüßungs- und Willkommenskultur*“ entscheiden und deren „*Bleibefaktoren*“ stärken. Dazu dienten etwa die Unterstützung von Familien und ein gutes Bildungsangebot. Präsident Hämmerle brachte die Forderung der AK nach kontrollierter Zuwanderung klar auf den Punkt: „*Nur wo Fachkräftemangel aus eigenem Potenzial nicht gedeckt werden kann, soll kontrollierte Zuwanderung helfen.*“³⁸

Einer modernen Integrationsarbeit folgend, wurden die Aufgaben des ehemaligen Gastarbeiterreferates ab 2009 bereichsübergreifend erledigt und das Betriebsreferat und das Referat für interkulturelle Angelegenheiten fusioniert. Die individuelle Beratung von Migranten erfolgte nunmehr in den jeweiligen Rechtsabteilungen. Die Betreuung der Vereine, Fragen zum Fremdenrecht sowie die Betreuung des AK-Ausschusses für „Interkulturelle Angelegenheiten“ wurden vom Betriebsreferat übernommen.³⁹

ARBEIT UND FAMILIE

Ab 1987 wurde der Frauenthematik durch die Errichtung eines eigenen Frauenreferates größeres Augenmerk geschenkt. Dieses versprach, sich für mehr berufliche Gleichbehandlung – vor allem im Lohnbereich – einzusetzen. Immerhin lag der Frauenanteil an der Arbeitnehmerschaft bei über 40 %. Bis zur Jahrhundertwende erhielt die AK bei ihren Bestrebungen jedoch wenig Unterstützung, auch nicht vonseiten der öffentlichen Hand. Noch herrschten die alten, starren Rollenbilder. Es war jedoch nicht mehr zu übersehen, dass Frauenarbeit immer mehr zur existenziellen Überlebensfrage wurde und daher zunahm. Um sie zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, strebte die AK vor allem eine Verbesserung der institutionellen Kleinkindbetreuung an und hatte damit auch Erfolg. Eine Bündelung der Dienstleistungsagenden für Hilfe und Rat suchende Frauen stellte im Jahr 2006 das neue „Büro für Familien- und Frauenfragen“ dar. Zum Thema Sexualität wirkte die AK aufklärend, wenn es etwa um sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder und um Belästigung von weiblichen Lehrlingen ging.

Ähnlich wie in den Gewerkschaften waren nach 1945 auch in der Arbeiterkammer Frauen als Funktionärinnen unterrepräsentiert, obwohl sie an Wahlen teilnehmen konnten und beinahe die Hälfte der Arbeitnehmerschaft stellten. In den Fachausschüssen der AK waren sie kaum vertreten und in den Vorstand brachte es als Vizepräsidentin die Sozialistin Lotte Eß erstmals im Jahr 1967. Im wirtschaftlichen Leben spielten sie jedoch eine immer wichtigere Rolle, obwohl sich die mit absoluter Mehrheit regierende Landes-ÖVP „prinzipiell“ gegen Lohnarbeit von Frauen aussprach und einem exklusiven, konservativen Mutterrollenbild anhing. Als Josef Fink im Jahr 1987 seine Präsidentschaft antrat, arbeiteten in den insgesamt 9 560 Betrieben Vorarlbergs mit zusammen 109 300 Beschäftigten 41,4 % Frauen! Innerhalb der sogenannten „Wirtschaftsklassen“ besaßen elf gar eine Frauenmehrheit: In der Textilverarbeitung waren es 52,1 %, in der Bekleidungs- und Lederherstellung 81 %, in der Lederverarbeitung 64,2 %,

im Handel 53,9 %, im Beherbergungs- und Gaststättenwesen 63,7 %, bei Körperpflege und Reinigung 78,4 %, im Gesundheits- und Fürsorgewesen 73,6 %, im Unterrichtswesen 56,9 %, in Gebietskörperschaften 56,8 % und in Haushaltung unschlagbar – 93,5 %.¹

Bei den AK-Wahlen des Jahres 1984 hatte der ÖVP-nahe ÖAAB die absolute Mehrheit erlangt. Der realitätsnahe Kammeralltag rückte jedoch ideologische Grundsätze in den Hintergrund, und die AK vertrat von Anfang an ein weibliches Rollenbild, das auch in Vorarlbergs Gesellschaft allmählich einzog – der nach Emanzipation strebenden Frau.

Anfang 1987 entstand in der AK, noch unter der Präsidentschaft von Bertram Jäger, ein selbstständiges Frauenreferat. *„Es konnte nicht zuletzt deshalb so rasch und problemlos realisiert werden, weil von Seiten der Frauen im ÖGB die Bereitschaft zu einer möglichst engen Zusammenarbeit bestand.“* Denn es war wichtig, den *„Geist des Gleichbehandlungsgesetzes im Bewusstsein aller Männer zu verankern“*.² Speziell ging es darum, frauenspezifische Rechtsauskünfte zu geben. Es gab allen Grund, sich für Frauen einzusetzen, und die Frauenreferentin klagte in der Zeitschrift AKtion die betrüblichen Zustände an: *„Frauen müssen schwer arbeiten. Dafür werden sie schlecht bezahlt. Sie haben meist zwei Full-time-jobs zu besorgen. Dafür ernten sie von der Gesellschaft wenig Dank. Wenn die Arbeitsmarktlage schlecht ist, werden sie bevorzugt nach Hause geschickt. Die Rede ist von berufstätigen Frauen.“*³ Dynamisch ging das Frauenreferat noch im selben Jahr mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit: Zum internationalen Frauentag gab es ein „Frauenfest“, eine Tagung beschäftigte sich mit der Situation der berufstätigen Frau, es gab die erste Vorarlberger Frauenwoche, Frauenliteraturtage und eine Tagung zur Lebenssituation alleinerziehender Mütter und Väter.⁴ Wenn auch nicht in großem Umfang, hatte sich die AK immer wieder mit dem Thema Sexualität auseinandergesetzt. Der erste Hinweis stammt aus dem Jahr 1989. Es ging um Gewalt gegen Frauen. Das Frauenreferat konstatierte: *„Gewalt gegen Frauen stößt auf Desinteresse, wird im Alltag hingenommen.“* Anlass dazu war der Internationale Frauentag – der Monat März stand *„im Zeichen der Frau“*. Praxisnah und für Vorarlberg ungewöhnlich waren Seminare über Gewalt gegen Frauen, über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, über Selbstverteidigung gegen körperliche Angriffe und Stressbewältigung.⁵ Aufklärungsarbeit leistete die AK auch hinsichtlich sexueller Gewalt und sexuellen Missbrauchs gegenüber Kindern. Die Dunkelziffer lag in Österreich im Jahr 1991

bei ca. 10 000 Fällen! Die Aktion der AK war damals in Vorarlberg wohl eine der ersten ausführlichen Informationskampagnen zu diesen Verbrechen – „auch in Vorarlberg keine bedauerlichen Einzelfälle“. Die AK bediente sich bei ihrem Bericht der Informationen der Kriminalpolizei, des Landesgerichtspräsidenten Anton Fliri und der Psychotherapeutin am Institut für Sozialdienste, Erika Neumann: Neun von zehn Opfern waren Mädchen. Die „Fälle“ waren quer durch alle Bevölkerungsschichten anzutreffen. Die Sexualdelinquenten waren in den meisten Fällen „ganz normale Männer“, denen man die Tat nicht zuge-
traut hatte. Gegen herrschende Vorstellungen sprach wohl folgende Feststellung: „Mädchen und Buben aus Familien, in denen ein strenges, Sexualität tabuisierendes Moralklima herrscht, laufen besonders Gefahr, Opfer sexueller Ausbeutung zu werden. [...] Dazu kommt, daß Männer auch heute noch lernen, daß Privilegien ihr Recht und Aggression ihre Natur seien. Sie lernen zu nehmen, anstatt zu geben.“⁶

Was im Jahr 1988 auf dem „Frauenfest“ zum Internationalen Frauentag in der Stadthalle in Feldkirch aufgezeigt wurde und das Ergebnis einer AK-Studie war, sollte auch für die kommenden Jahre Gültigkeit haben und war Anlass für permanente Bemühungen der AK, dagegen anzukämpfen: „Obwohl 40 Prozent der Frauen in Vorarlberg berufstätig sind, konnte sich die Frau am Arbeitsplatz bisher kaum durchsetzen. [...] In untergeordneten und schlechter-bezahlten Positionen sind Frauen in der Mehrheit, während höher- und höchstqualifizierte und somit gut bezahlte

Arbeitsplätze überwiegend von Männern besetzt werden.“⁷ Josefina Winkler, die im Jahr 1989 zur AK-Vizepräsidentin ernannt worden war, kritisierte, dass Frauenpolitik in Vorarlberg ein „stiefmütterliches Dasein“ führe. Nennenswerte Impulse kämen lediglich von autonomen Frauengruppen und Privatinitiativen. Von der offiziellen Frauenpolitik des Landes hielt sie nicht viel: „Die vielfältigen Leistungen der Frauen werden aber generell zu gering geschätzt. [...] Von einer Ehrung berufstätiger Mütter ist mir nichts bekannt.“ Immerhin konnte die AK darauf hinweisen, dass im Jahr 1992 in ihrer Verwaltung elf „Fachfrauen“ in führenden Positionen vertreten waren, darunter sieben Akademikerinnen, ein Drittel davon in der Konsumentenberatung.⁸

Empört reagierte AK-Präsident Josef Fink, als Frauenministerin Johanna Dohnal die Finanzierung der „Aktion Tagesmütter“ durch die Arbeitsmarktverwaltung einstellen wollte. Tagesmütter waren und sind ein wichtiges Element der Kinderbetreuung und das Angebot sollte langfristig sichergestellt werden. „Dieses Modell hat sich bestens bewährt und soll, die Intentionen der Arbeiterkammer, weiter ausgebaut werden“, so Fink. Der 1992 neu gegründete Frauenausschuss setzte sich fortan intensiv mit diesem Thema auseinander. Er forderte die Gründung eines landesweiten Trägervereins für die „Aktion Tagesmütter“, um ein Fortbestehen zu garantieren. Unter dem Vorsitz von Vizepräsidentin Josefina Winkler hatte dieser Ausschuss den Auftrag, „frauenspezifische Belange zu besprechen,



Sexueller Missbrauch. Auch in Form von Bildern können Kinder ihre Umwelt um Hilfe bitten.



frauenrelevante Gesetze zu begutachten und entsprechende Vorschläge“ für den Vorstand der Arbeiterkammer auszuarbeiten.⁹ Die AK sah sich im Jahr 1993 mit der Gründung des „Vereins Tagesbetreuung“ in ihrer Forderung bestätigt. Das Vorarlberger Kinderdorf übernahm die Leitung der „Aktion Tagesmütter“.¹⁰

Nach sieben Jahren Amtstätigkeit beklagte Josef Fink, die Frauenerwerbstätigkeit sei zwar weiter angestiegen, doch habe sich die Lage der Frauen „zum Schlechteren“ entwickelt. Der finanzielle Druck auf die Familien sei größer geworden und das „liebe Geld“ Streitfaktor Nummer eins innerhalb der Partnerschaft. Abhilfe zu schaffen sei nur über eine Intensivierung der Bildung, Kinderbetreuung und die berufliche Besserstellung möglich. „Unverbindliche Beratung und gesellschaftliche Treffen sind zu wenig.“¹¹ Vizepräsidentin Winkler machte auf ein weiteres Problem aufmerksam, das mit dem gesellschaftlichen und normativen Wandel in Vorarlberg seit

Schwer vereinbar. Die Ansprüche von Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, ist für viele Frauen beinahe unmöglich.

den 90er-Jahren akut geworden war: Es ging um die alleinstehenden Frauen nach einer Scheidung, die nun keinen Anspruch auf die Pension ihres Exmannes mehr hatten – „eine wahre Zeitbombe“. Ohne Berufstätigkeit waren sie auf Sozialhilfe angewiesen. Es „störte“ Winkler auch, wenn behauptet wurde, Frauen würden nur deswegen arbeiten gehen, weil ihnen zu Hause langweilig sei.¹²

Die AK beließ es nicht bei etwaig vagen Vermutungen oder Behauptungen, sondern untermauerte ihre Feststellungen mit empirischen Daten. Dazu diente eine umfangreiche und repräsentative Umfrage des Jahres 1996. Das Fazit: „Doch der angebliche Wohlstand – von Luxus noch keine Rede! – ist teuer erkaufte.“ Innerhalb von 13 Jahren war der Prozentsatz der Frauen, die gezwungen waren, für den „bloßen Lebensunterhalt“ arbeiten zu gehen, von 38 auf 58 % angewachsen! AK-Direktor Heinz Peter appellierte daher an die öffentliche Hand, „Frauenpolitik nicht weiter als elitäres Minderheitenprogramm zu betreiben“.¹³

Auch in den folgenden Jahren stand die Frauenthematik im Zentrum der Aufmerksamkeit der AK. Immer mehr wurde Frauenarbeit zu einer „Überlebensfrage“: Männer/ Partner hatten zu geringe Einkommen, zu geringe Renten, Kinder „kosteten Geld“, die Mieten waren gestiegen, der „Traum von den eigenen vier Wänden“ war ohne Frauenarbeit nicht erfüllbar. Dazu kamen 1997 die Belastungen durch das Bundessparbudget. Der langsame Aufholprozess der Fraueneinkommen, der sich zwischen 1990 und 1992 abgezeichnet hatte, kam ins Stocken. Sie erreichten 1997 nur mehr 66,2 % der Männer. Zwei Drittel der Sozialhilfebezieher waren Frauen. In diese „Armutsfalle“ gerieten vor allem berufstätige Mütter, die Alleinerzieherinnen waren – in Vorarlberg betraf dies ein Drittel aller Kinder.¹⁴

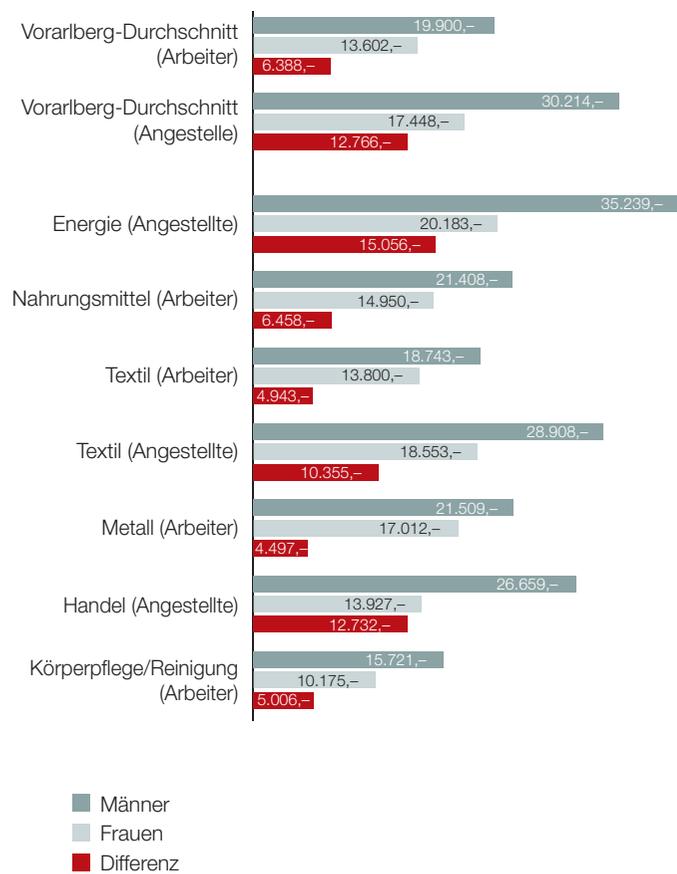
Bis zur Jahrhundertwende war keine Verbesserung sichtbar, im Gegenteil: Der Frauen-Lohnanteil gegenüber den Männern war sogar gesunken, besonders augenfällig bei den weiblichen Angestellten. Und daran war nicht nur die ständig gestiegene Teilzeitarbeit die Ursache, wie die AK nachwies.¹⁵ Trotz dieser negativen Erscheinungen waren Vorarlbergs Männer – vor allem aus der Arbeiterschaft – nicht bereit, zugunsten vermehrter Frauenarbeit ihre Arbeit einzuschränken und Hausarbeit zu übernehmen: „Stoßen derartige Vorschläge durchwegs auf Unverständnis“ – dies galt für 63 % der Befragten! Am meisten Verständnis für Frauen gab es mit 39 % bei angestellten Führungskräften. Alte „patriarchale“ Rollenbilder dominierten somit immer noch.¹⁶

Die AK besaß nicht viele Möglichkeiten, diesen Erscheinungen entgegenzuwirken, außer mit den bewährten Methoden: Mit empirischen Untersuchungen konnte sie auf Missstände hinweisen und vor allem mittels Kurstätigkeit berufliche Schulung und Fortbildung betreiben. Und immer wieder wurde, wie schon seit Jahren, auf die mangelhaften Kleinkinderbetreuungsmöglichkeiten berufstätiger Frauen hingewiesen. Dass sie damit bei Vorarlbergs Frauen angekommen war, bewies eine Umfrage, wonach

die AK jene Institution war, die sich in Vorarlberg am meisten für Frauenanliegen einsetzte. AK-Direktor Peter war darüber erfreut, dass die AK in den Augen der Frauen an „Kompetenz und Schlagkraft gewonnen“ hatte. Er fühlte sich im bisherigen AK-Konzept bestätigt, das im Jahr 1999 von folgenden Zielsetzungen geprägt war: Es ging vor allem um Hilfestellungen bei Problemen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und um das Streben nach Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann in allen Bereichen der Arbeitswelt. „Daher braucht es die geballte Kraft der gesamten AK Vorarlberg.“ Außerdem sollte eine „Bildungsoffensive“ im Bereich des Kursangebotes erfolgen, jedoch nicht als elitäres Minderheitenprogramm, sondern um konkrete Probleme und Interessen des Alltags und des Berufs zu berücksichtigen.¹⁷

Einkommensvergleich – Berufsgruppen 1994

1994 verdienten 50 Prozent weniger als den folgenden Brutto-Monatslohn in Schilling (Medianwert)

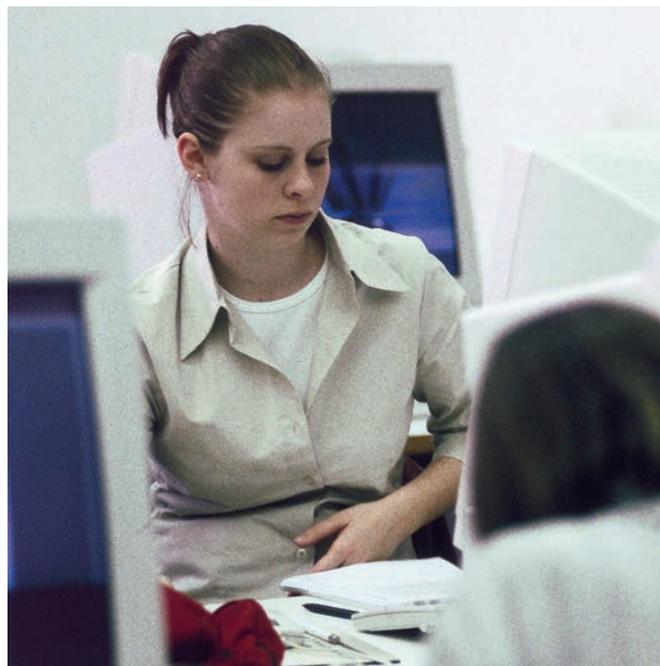


Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Wer sich eine Verbesserung der Einkommen von Frauen nach der Jahrhundertwende erwartet hatte, gehörte zu den großen Optimisten. Eine neuerliche Studie der AK und des ÖGB im Jahr 2006 brachte es ans Tageslicht. Das Echo war so „enorm“, dass die Ergebnisse in den Tageszeitungen und im ORF rezipiert wurden. Während Männer einen durchschnittlichen Nettostundenlohn von 11,30 Euro erhielten, lag er bei Frauen bei 8,40 Euro. Bei vollzeitbeschäftigten Frauen betrug der Unterschied gar 64 %! Es gab mehrere Erklärungen dafür. Man sah sie bei den in Vorarlberg weiterhin existierenden konservativen, geschlechtsspezifischen Rollenbildern, der Wahl schlechter bezahlter typischer Frauenberufe und bei den weniger kontinuierlichen Berufslaufbahnen. Die als Kommentatorin in Frauenfragen wiederholt aufscheinende Universitätsprofessorin und Soziologin Irene Dyk-Ploss rechnete aus, dass die Lohndifferenzen in 15 Jahren mehr als 100.000,- Euro ausmachten: Das entspreche einem Fertigteil-Einfamilienhaus und „*müsste insbesondere im Land der Häuslebauer zu denken geben*“.¹⁸

Die AK machte sich Gedanken darüber, in welchen spezifischen Branchen Frauen bessere Berufschancen haben würden und wo auch die Einkommensschere zwischen Mann und Frau geschlossen werden konnte. Nach der Jahrhundertwende hieß das Zauberwort „IT – Informationstechnologie“. Dazu verlauteten die Schlagzeilen in der AKtion euphorisch: „*Familie und Beruf: mobiler, daher flexibler.*“ Und „*Computer eröffnen Frauen bessere Möglichkeiten*“ bzw. „*Die Technik stellt für die Frauen kein besonderes Problem dar*“. AK-Direktor Peter appellierte an die Politik, diese müsse den Frauen bewusst machen, sie sollten „*alte und überholte Rollenbilder*“ abbauen. Dass solche immer noch vorhanden waren, bewies im Jahr 2001 eine AK-Umfrage: Nur 5 % der Frauen konnten sich einen typischen, klassischen Männerberuf vorstellen, männliche Unternehmer waren derselben Meinung: „*Nur Minderheit für Frau im Blau-mantel*“, war in der AKtion zu lesen. Bedenken gab es aber auch gegenüber dem viel gepriesenen „*salonfähigen Klammeraffen @*“. Die Soziologin Dyk-Ploss warnte vor isolierten „*Frauenghettos*“ und der „*Heimarbeitsfalle*“ mit Teilzeitjobs wie einst – „*überfordert und unterbezahlt*“.¹⁹

In den Jahren zwischen 2000 und 2006 waren die Aktivitäten der AK bezüglich Frauenthematik fast völlig auf die Situation der mangelhaften Kleinkinderbetreuung in Kindergärten konzentriert. Dabei wurden vor allem drei Forderungen gestellt: Ihre flächenhafte Streuung auf



Computertechnologien und fortschreitende Digitalisierung ermöglichen mehr Frauen in technischen Berufen zu arbeiten.

ganz Vorarlberg, die Zulassung von Dreijährigen und den Ganztagskindergarten.

Mit der Präsidentschaft von Hubert Hämmerle wurden neue Akzente gesetzt. „*Dieses Thema ist mir persönlich extrem wichtig*“, so seine Ankündigung. Im September 2006 stellten er und Direktor Rainer Keckeis in einer Pressekonferenz das „Neue Büro für Familien- und Frauenfragen“ vor. Die Leitung übernahm die erfolgreiche Juristin Brigitte Hutterer, die seit 1992 bei der AK tätig war und die Abteilung Arbeitsrecht übernommen hatte. Die Aufgabe des Büros war es, zu beraten und zu helfen, wenn es um Berufstätigkeit, Mutterschaft, Karenz, Familie und Kinder im Zusammenhang mit arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Bestimmungen ging. Dies waren für Frauen bislang sehr vielschichtige und undurchsichtige Probleme, die von verschiedenen AK-Abteilungen behandelt worden waren. Jetzt war „*sozusagen alles in einer Hand*“ – es war die zentrale Beratungsstelle. Präsident

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordert die AK den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.



Hämmerle betrachtete die Funktion des „neuen Büros“ jedoch in größerem Zusammenhang, wenn er bei seinem Amtsantritt im Mai 2006 erklärte, dass es ihm um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehe: *„Ich denke, es ist entscheidend, dass alle Frauen die Möglichkeit haben müssen, sich frei entscheiden zu können: Will oder muss ich mit Familie berufstätig sein oder sehe ich meine zentrale Rolle als Hausfrau und Mutter?“*²⁰ Das „Büro“ übertraf alle Erwartungen: Innerhalb von drei Monaten nach seiner Eröffnung waren bereits 800 Anfragen eingegangen.²¹ Die Nachfrage stieg weiter. Allein im Jahr 2009 hatte das „Büro“ 4 689 Telefongespräche, 1 365 persönliche Vorsprachen, 238 E-Mail-Beratungen und 41 Klagen beim Arbeits- und Sozialgericht geführt. Die finanziellen Erfolge beliefen sich dabei auf 179.217,- Euro.²²

Zusätzliche Unterstützung bot der Rechtsratgeber „Job & Kind“, der ein breites Spektrum an Fragen rund um Kind, Familie und Beruf beantwortete. Außerdem stellte die AK einen sogenannten „Elternkarenzkalender“ zur Verfügung, in welchem Termine, Fristen und Bestimmungen, von Elternteilzeit über Kinderbetreuungsgeld bis hin zum Mutterschutz nachzulesen waren.²³ Die AK hatte sich auch für eine Novellierung des Kindergeldes eingesetzt und im Regierungsübereinkommen Gehör gefunden: Die neuen Zuverdienstgrenzen würden es, so Hämmerles Wunsch, *„mehr Vätern möglich machen, sich für die Betreuung des Nachwuchses zu entscheiden“*.²⁴

Ein wichtiger Aktionsschwerpunkt galt 2007 alleinerziehenden Frauen. Sie waren durch mehrfache Faktoren schwer belastet: Dazu gehörte die schlechte Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit, das meist unterdurchschnittliche Einkommen, das hohe Armutsrisiko, das Gefühl ständiger Überforderung und als Folgen Ängste und Depressionen und meist beengte Wohnsituationen. Wenn auch die AK all diese Probleme nicht lösen konnte, wirkte sie unterstützend: 2007 startete sie gemeinsam mit der GKK ein Pilotprojekt. Alleinerzieherinnen sollten eine Woche Erholungsurlaub erhalten. Der Nachwuchs wurde im Kinderdorf Vorarlberg professionell betreut.²⁵ Eine Teilnehmerin, die sich beruflich neuen Herausforderungen zu stellen hatte, berichtete in der AKtion von ihrer durch die AK ermöglichten Auszeit: *„Ich wechselte gerade die Abteilung, war richtig erschöpft und meine neuen Aufgaben brachten auch mehr Arbeit mit sich. Ganz toll finde ich die Anwendungen [...], als alleinerziehende Mutter würde man sich diesen Luxus sonst vermutlich nicht leisten.“*²⁶

Die freie Entscheidung von Frauen mit Kleinkindern für Beruf oder Hausfrau, die Hämmerle zur Wahl gestellt hatte, war in den meisten Fällen recht „unfrei“. Kindererziehung blieb in hohem Maße „Frauenarbeit“. Aufgrund einer Erhebung stellte man fest, dass lediglich 2,4 % der Männer Väterkarenz in Anspruch genommen hatten – der niedrigste Wert in ganz Österreich! Dazu kam, dass die Kinderbetreuung trotz aller Fortschritte immer noch als



Präsident Hämmerle, die ehemalige Vizepräsidentin Josefine Winkler, Bereichsleiterin Brigitte Hutterer (2. v. r.) und Fachreferentinnen der AK auf dem Frauen-Info-Fest

„mangelhaft“ bezeichnet wurde. Hauptkritikpunkt der AK: die täglich, wöchentlich und monatlich zu geringen Öffnungszeiten.²⁷

Sollte eine Frau all diese Hürden überwunden haben, drohte ihr nach einer „Kinderpause“ häufig der schwierige Wiedereinstieg in den Beruf. Das ergab auch eine Studie der AK Vorarlberg und des AMS zum Thema „Wiedereinstieg in den Beruf. Gründe, Motive, Hindernisse – eine Untersuchung zu Vorarlberg“. Ein weiteres Ergebnis war das evidente Problem der frauenspezifischen Teilzeitarbeit, die sich zwischen 1999 und 2009 fast verdoppelt hatte. Hämmerle wies auf die Folgen hin, nämlich auf die geringen Alterspensionen dieser Frauen. Mit einem mittleren Jahreseinkommen von 11.000,- Euro lebten in Vorarlberg schon jetzt die ärmsten Pensionistinnen Österreichs! *„Auch beim Blick auf die Schulbildung eröffnen sich erschreckende Zahlen: 20,3 Prozent aller Erwerbstätigen in Vorarlberg verfügen maximal über einen Pflichtschulabschluss. Von den vorgemerkten Wiedereinsteigerinnen in den Jahren 2009/2010 sind davon 47,4 Prozent betroffen.“* Die Studienautorin Eva Häfele dazu: *„Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht flexible Arbeitszeiten. Solche intelligente Modelle müssen nicht neu erfunden werden – das zeigen Vorarlberger Betriebe, die die Wiedereinsteigerinnen als wertvolle Mitarbeiterinnen schätzen und gleichzeitig deren Betreuungspflichten berücksichtigen.“*²⁸

Eine Maßnahme, die aus den Ergebnissen der Studie resultierte, war „Bungee“ (Sprung). Mit einem speziellen

Coaching sollte der Wiedereinstieg ins Berufsleben unterstützt werden.²⁹ In dieselbe Richtung zielte das neue AK-Service „KarenzAktiv“, das auch aus einem Wunsch des Landeshauptmanns Markus Wallner resultierte. Es ging darum, Mütter, Väter, aber auch Unternehmen zu unterstützen, berufliche Auszeiten und den Wiedereinstieg optimal zu gestalten. Dazu dienten unter anderem arbeits- und sozialrechtliche Beratung, Informationen über Möglichkeiten finanzieller Unterstützung und sozialpädagogische Betreuung.³⁰ Dieses Projekt, das in Kooperation mit abz*austria konzipiert und durchgeführt wurde, wurde vom Land Vorarlberg und dem AMS finanziell mitgetragen. Obwohl die bereits existierenden Angebote im Land viele Erfordernisse abdeckten, schloss „KarenzAktiv“ eine wichtige Lücke: *„Was aber fehlt, ist ein Brückenbau von der Rechtsberatung bis hin zur beruflichen Qualifizierung und eine stärkere Vernetzung der Beratungs- und Betreuungsangebote des AMS mit jenen der AK.“*³¹

Der von der AK in Auftrag gegebene „Arbeitsklima-Index“ brachte ernüchternde Ergebnisse: Seit 2008 war die Zufriedenheit der Frauen mit dem Arbeitsplatz ständig gesunken und lag 2011 unter jenem der Männer. Es waren dabei vor allem die Sozialleistungen, die niedrigen Gehälter und physischen Belastungen, die dazu beitrugen. Hämmerles Appell: *„[...] müssen die Betriebe endlich die Themen Generationenmanagement und betriebliche Gesundheitsförderung weiter vorantreiben.“* Die AK versprach frauenspezifische Berufsausbildungsprogramme.³²

Die Projektpartner von
KarenzAKtiv: Landeshauptmann
Wallner, abz*austria-Geschäfts-
führerin Vollmann, AK-Präsident
Hämmerle und AMS-Geschäfts-
führer Strini



Damit war es nicht getan. Zur Problemlösung benötigte es öffentliches Bewusstsein und vor allem die konzentrierte Zusammenarbeit aller mit Frauenfragen beschäftigten Institutionen. Zu diesem Zweck gestaltete die AK im Mai 2011 in Feldkirch zusammen mit zwölf Ausstellern erstmals die „Familien-Info-Messe“. Schwerpunkt bildete die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.³³ Auch weitere Veranstaltungen folgten.

Im Jahr 2008 meldete sich die Lehrlingsabteilung zum Thema sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu Wort. In Vorarlberg steige die Tendenz zu sexuellen Übergriffen gegenüber Lehrlingen. „Vorarlberg ist keine Insel der Seligen“, wie die Berichte geschädigter Mädchen in der Zeitung AKtion bewiesen. Dass diese dazu den Mut aufbrachten zu berichten, erklärte sich der Leiter der Lehrlingsausbildung damit, dass das Thema „enttabuisiert“ wurde: „Die Mädchen beginnen vermehrt darüber zu sprechen, was eine erhöhte Aufmerksamkeit zur Folge hat. Das macht es vielen leichter, die Wahrheit nicht mehr zu verdrängen und ein Gespräch zu suchen.“ Der Rat der AK: Es sollte das „kollegiale Umfeld“ bei den Konfliktlösungen miteinbezogen werden. Auch seien die Formen der Belästigung und der „individuelle Zugang jedes einzelnen dazu sehr unterschiedlich“.³⁴ Dass Sexualität nicht selten mit männlicher Gewalt verknüpft war, auch darauf wies die AK hin: Zusammen mit dem Institut für Sozialdienste startete sie im Jahr 2007 eine landesweite Aktion mit dem Aufruf „Starke Männer brauchen keine Gewalt“. Bekannte Vorarlberger

Persönlichkeiten hatten sich in den Dienst der Sache gestellt, und Fotograf Nikolaus Walter zeigte dazu „beeindruckende“ Bilder.³⁵ Ein Jahr später folgte ein Seminar zum Thema „gewaltfreie Kommunikation in Beruf und Alltag“.³⁶

Während der Präsidentschaften von Fink und Hämmerle gab es vier Frauen, die politische bzw. berufliche Karriere bis in höchste AK-Funktionen machten: Josefine Winkler, Irma Rudigier, Manuela Auer und Jutta Gunz.

Josefine Winkler wurde im Jahr 1947 in der Steiermark geboren. 1962 begann sie ihre Laufbahn in der Krankenpflege und engagierte sich bereits dort als Betriebsratsvorsitzende. Im Jahr 1979 tritt sie als Kammerrätin in der Vollversammlung in Erscheinung. Sie hatte sich bereits als Betriebsrätin und Zentralbetriebsratsvorsitzende der Landeskrankenhäuser einen Namen gemacht. Sie war Mitglied der Fraktion Christlicher Gewerkschafter und besaß dort Führungsfunktionen. Im Juli 1989 wurde sie zur AK-Vizepräsidentin gewählt und widmete sich von nun an sowohl im Gewerkschaftsbund als auch in der AK der Frauenthematik. Im Jahr 2006 nahm sie Abschied von der Kammer. Zu ihrem Nachfolger wurde ein Mann, Egide Bischofberger, gewählt. Die sozialdemokratischen Kammerräte protestierten dagegen mit gelben T-Shirts mit der Aufschrift: „Neu zu besetzende Positionen sind von Frauen zu übernehmen.“³⁷ Zusammenfassend war in einer Medieninformation der AK zu lesen: „[...] machte sich

Gewalt an Frauen – ein verbreitetes
gesellschaftliches Problem



FRAUEN & FILME

Di 21.2.89
**"Die Macht
der Männer
ist die
Gedulder
Frauen"**
Gewalt gegen Frauen -
Frauenhäuser -
Diskussion mit
Dipl. Soz. Arb.
Angelika Würbel

Di 21.3.89
**"Schrei aus
der Stille"**
Vergewaltigung,
Unterdrückung der Frau.
Diskussion mit Major Bliem
und Kriminalbeamtin
Angelika Eberle-Loser

Di 25.4.89
**"Keine
Love Story"**
Pornographie -
Rolle der Frau.
Diskussion mit
Dr. Christian Aigner

Di 23.5.89
**"Küchen-
gespräche mit
Rebellinnen"**
o Antifaschismus -
Frauen im Widerstand.
Diskussion mit
Prof. Harald Walser
(Malingesellschaft)

Di 20.6.89
**"Lieber
Herr Doktor"**
Thema: Abtreibung
Podiumsdiskussion

In der AK-Bibliothek
im Palais Liechtenstein,
Feldkirch,
jeweils um 20 Uhr

AK
FRAUENREFERAT

© WERRAUM

als harte, aber immer faire Verhandlungspartnerin einen Namen quer durch alle Fraktionen. Mit Augenmaß und einem tief verwurzelten Gerechtigkeitssinn kämpfte sie unermüdlich an den verschiedensten Fronten für die Rechte aller ArbeitnehmerInnen.“³⁸

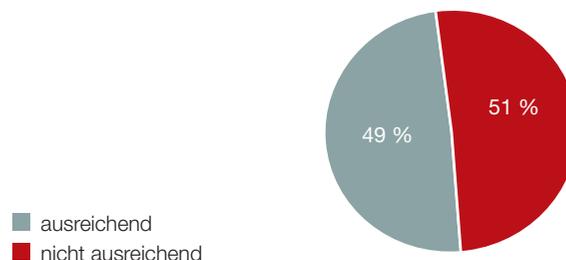
Zu einer neuen Generation zählt die im Jahr 2004 zur Vizepräsidentin ernannte Sozialdemokratin Manuela Auer, 1965 in Bludenz geboren. Politisch engagiert, führte sie zwischen 1994 und 2000 das Karl-Renner-Institut, ab 2000 war sie Landesgeschäftsführerin des ÖGB. In der AK wirkt sie seit 1999 als Vorstandsmitglied, von 1999 bis 2004 im Sozialpolitischen Ausschuss und im Ausschuss für Bildung und neue Technologien mit. Mit den Anliegen und Schwierigkeiten berufstätiger Frauen ist sie bestens vertraut. Sie hatte das Gymnasium für Berufstätige absolviert und war auch Betreuerin in einem Ganztagskindergarten.

Nachdem AK-Vorstandsmitglied Edgar Mayer in den Bundesrat gewechselt war, wurde 2015 seine Nachfolgerin, die 1966 in Bludenz geborene Jutta Gunz, Vizepräsidentin. Nach der Matura besuchte sie eine Lehranstalt für Sozialberufe und arbeitete ein Jahr in Afrika bei Sozialprojekten mit. Hauptberuflich ist sie in der Stiftung Jupident tätig und gründete dort einen Betriebsrat. An der Sozialpädagogischen Schule am Jagdberg war sie bereits Betriebsrätin. Sie engagiert sich als Kammerrätin und ab 2014 im Sozialpolitischen Ausschuss und im Frauenausschuss. *„Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und alternsgerechtes Arbeiten zählen zu ihren politischen Anliegen.*“³⁹

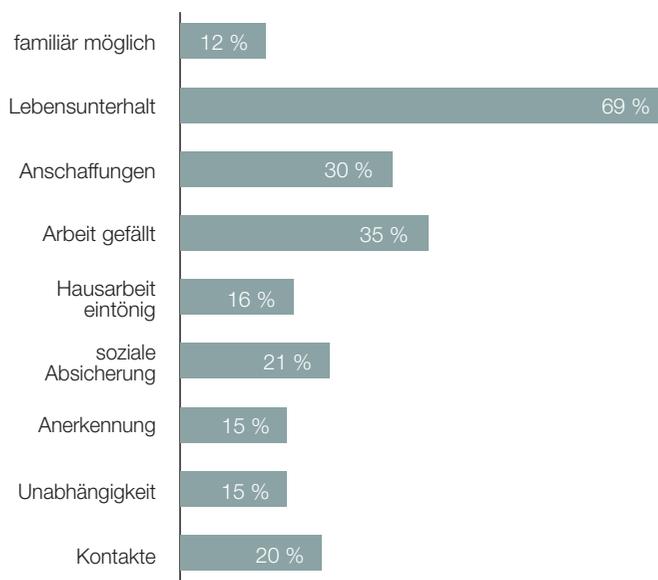
Erstmals in der Geschichte der AK Vorarlberg wurde im Jahr 2000 eine Frau zur stellvertretenden Direktorin gewählt. Es war Irma Rudigier, Leiterin der Konsumentenberatung und „deklarierte Sozialdemokratin“. Sie folgte Günther Keckeis nach, der sich wegen seiner Funktion als SPÖ-Klubobmann kanzeln ließ. Sie war österreichweit die einzige Frau in einer solchen Position. Die 1950 geborene, gelernte Kauffrau aus dem Montafon trat nach der Absolvierung der Sozialakademie der AK Wien 1985 in die Dienste der AK Vorarlberg. Auf sie und ihre Fachkompetenz gingen die zahllosen Konsumgütertests und Konsumentenberatungen zurück, die ganz wesentlich zum hohen Ansehen der AK beigetragen hatten. Im Jahr 2007 trat sie in den Ruhestand.

Frau, Beruf, Kinder 2000

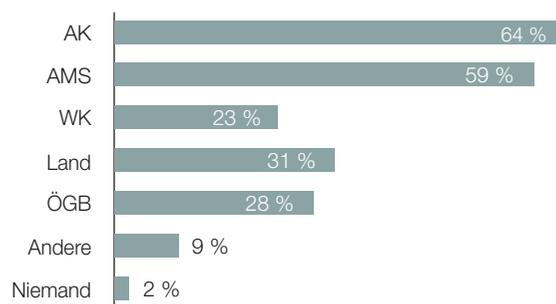
Sind die im Land vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen Ihrer Meinung nach ...?



Die wichtigsten Gründe für die Berufstätigkeit der Frauen

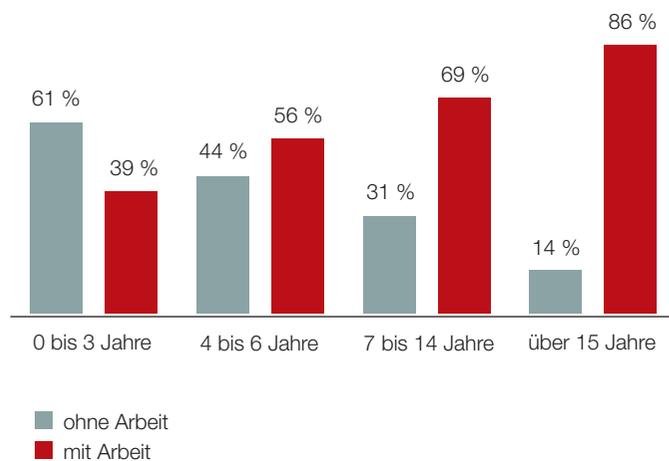


Welche der im folgenden genannten Institutionen setzen sich Ihrer Meinung nach besonders für die Probleme und Anliegen der Frauen in Vorarlberg ein?



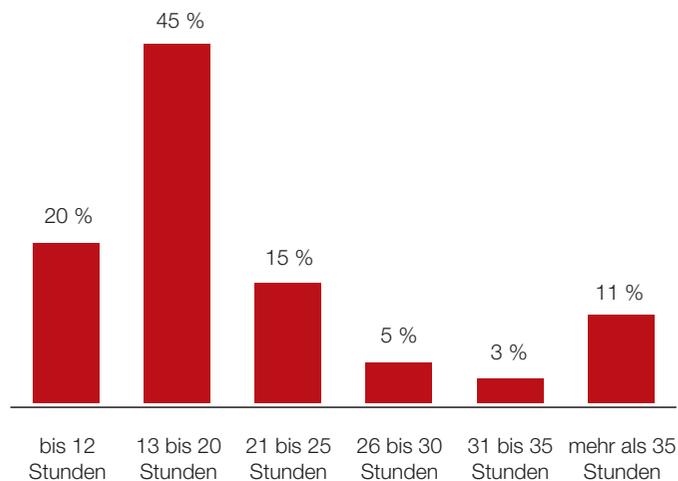
Quelle: Dr. Edwin Berndt

Jobeintrittsquoten nach Alter des jüngsten zu betreuenden Kindes 2011
n = 421



Quelle: Wiedereinstieg in den Beruf – Gründe, Motive, Hindernisse – eine Untersuchung zu Vorarlberg, 2011

Derzeitige Wochenarbeitszeit der Wiedereinsteigerinnen in % 2011
n = 237



Quelle: Wiedereinstieg in den Beruf – Gründe, Motive, Hindernisse – eine Untersuchung zu Vorarlberg, 2011

ARBEIT UND BETRIEBSRAT

Die Vorarbeit zur Wiedererrichtung der Vorarlberger Arbeiterkammer im Jahr 1946 leistete in erster Linie die Landesexekutive des ÖGB. Hinter der Gewerkschaft standen die Betriebsräte, welche bereits im Dezember 1945 ihre erste Landeskonferenz abgehalten hatten. Die Verbindung Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Betriebsräte war somit gegeben. Letztere waren jedoch an keinerlei Weisungen seitens der AK gebunden und politisch allein den Betriebs- und Gruppenversammlungen verantwortlich. Dennoch gab es in der AK ein Referat für Betriebsräte, welches sich umfangreichen und vielfältigen Aufgaben widmete, nicht zuletzt der „Aufklärung“ über die wichtigen, gesetzlichen Funktionen der Betriebsräte, denen man von Unternehmerseite mit Skepsis bis Ablehnung begegnete.

Das Betriebsreferat entfaltete mit den Jahren seine Aktivitäten in den verschiedensten Bereichen und arbeitete daher themenübergreifend mit den einzelnen AK-Fachreferaten zusammen. Diese betrafen unter anderem das Generationenmanagement, den Arbeitnehmerschutz, die Gesundheitspolitik, das Bildungsangebot für Betriebsräte und Betriebsratswahlen. Dazu kamen Betriebsbesuche durch den AK-Präsidenten, die sogenannten „Arbeitnehmerstage“, ferner sportliche Aktivitäten und verschiedene Sozialaktionen. Im Jahr 2009 wurden der Abteilung die Agenden des Verkehrsreferates und des Referates für interkulturelle Angelegenheiten übertragen; damit widmete sich das Referat auch dem Fremdenrecht und der Betreuung ausländischer Kultur- und Sportvereine – insgesamt unterstützte die AK im Jahr 2009 57 Vereine.¹

Bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft setzte sich der ehemalige Betriebsrat Josef Fink vehement für die Betriebsräte ein, zumal im Jahr 1988 nur 10 % der Vorarlberger Unternehmen mit mehr als fünf Beschäftigten überhaupt gewählte Betriebsräte besaßen. Fink ging auf die Ursachen dieses Mangels ein: Unternehmer bezeichneten nämlich die Einrichtung eines Betriebsrates als

„Vertrauensbruch“, es sei in den Betrieben „eh alles in Ordnung“, und dazu komme die mangelnde Aufklärung der Arbeitnehmer. Fink beruhigte die Skeptiker und verbreitete Optimismus: „Die Erfahrungen zeigen, daß in Betrieben mit funktionierenden Betriebsräten das Betriebsklima und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern bestens funktioniert.“²

Sieben Jahre später meldete sich Fink in der Zeitung AKtion wieder zu Wort. Sein Optimismus war nur wenig erfolgreich gewesen, da der Prozentsatz der Betriebsräte bei Unternehmen über fünf Mitarbeitern lediglich um 2 % gestiegen war. Im Jahr 1995 gab es in Vorarlberg 322 Betriebsratskörperschaften in 274 Betrieben mit etwa 38 000 Arbeitnehmern. Diesmal äußerte sich der enttäuschte Präsident deutlich: „Gerade in Vorarlberg wird der Betriebsrat fälschlicherweise noch immer von einigen Unternehmern als unnötige und vor allem ungebührliche Einnischung in die unternehmerische Entscheidungshoheit verstanden. Da wird auch nicht die feine Klinge gezogen, wenn es darum geht, die Installierung eines Betriebsrates zu verhindern.“³ Zehn Jahre später gab es nur mehr 255 Betriebsratskörperschaften, in welchen 116 Mandatäre dem Gemeinsamen Betriebsrat, 33 dem Arbeiter- und 118 dem Angestellten-Betriebsrat zugeordnet werden konnten.⁴

Um diesen betrüblichen Zustand zu verbessern, startete die AK im Herbst 1995 eine Imagekampagne, verbunden mit einer Plakataktion: „Vorarlberg braucht mehr Betriebsräte!“ Aktueller Anlass war die Forderung nach einer „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit. Die Arbeiterkammer warnte: „Wer keinen Betriebsrat hat, wird weiterhin die starren gesetzlichen Grenzen einzuhalten haben.“ Die Werbung für mehr Betriebsräte gestaltete sich nicht einfach: Nach wie vor dominierten ihnen gegenüber Vorurteile und „veraltete Einstellungen“. Diese wurden mit einst klassenkämpferischen Forderungen verknüpft, obwohl die Betriebsräte nach 1945 völlig neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem Modell der Sozialpartnerschaft erhalten hatten: Betriebsräte waren zu ersten Anlaufstellen und Ansprechpartnern der Arbeitnehmer geworden, speziell wenn es um Kollektivverträge, Personalabbau, Arbeitszeitmodelle, Betriebsvereinbarungen, Sozialpläne bei Kündigungen, Rechtsfragen und Schulungen ging. Und nicht zuletzt – hinter ihnen standen beratend die „Experten“ der AK und des ÖGB.⁵ Fink war überzeugt, „der Betriebsrat wird in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen, weil immer mehr Bereiche des Arbeitslebens auf betrieblicher Ebene geregelt werden“.⁶



Betriebsräte: die Arbeitnehmervertreter

Anfang der Neunzigerjahre intensivierte die AK mit ihrem Betriebsreferat die Schulungen für Betriebsräte. Es ging um Fragen der Arbeits- und Betriebsmedizin, um Berufskrankheiten und betriebliche Sicherheitsmaßnahmen. In Kooperation mit der Abteilung Projekte und Schulungen wurden auch Moderationstrainings, Seminare zur Gruppendynamik und Rhetorikschulungen angeboten. Präsident Fink: „Das seit letztem Jahr stark ausgebaute Bildungsangebot der Arbeiterkammer für Betriebsräte erfreut sich großer Nachfrage. Bei diesem Spezialangebot steht die Vermittlung kommunikativer Kompetenzen im Vordergrund.“⁷

1998 startete die AK zusammen mit den Fachgewerkschaften eine Bildungsoffensive mit speziellen Schulungsangeboten. Die Ansprüche an die fachliche und soziale Kompetenz der Betriebsräte waren gestiegen. Die AK bot daher Fremdsprachenunterricht und persönlichkeitsbildende Kurse zur „kommunikativen Kompetenz“ an



AK-Vizepräsidentin und Betriebsratsvorsitzende Josefine Winkler im Gespräch mit Mitarbeiterinnen des Landeskrankenhauses Feldkirch



Der 200. Firmenbesuch von AK-Präsident Hubert Hämmerle 2013 bei der Firma Häusle

und vermittelte Kenntnisse zur Nutzung neuer Informationstechniken. Der Landessekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner, Werner Hämmerle, sprach auch die neuen internationalen Wirtschaftstrends an, die es zu verstehen gelte: *„Heutzutage spricht man überall von Globalisierung, Nachhaltigkeit und Liberalisierung [...] und finde, daß diese für die Arbeitswelt nicht positive, sondern sehr negative Auswirkungen haben.“* Auch das neue Arbeits- und

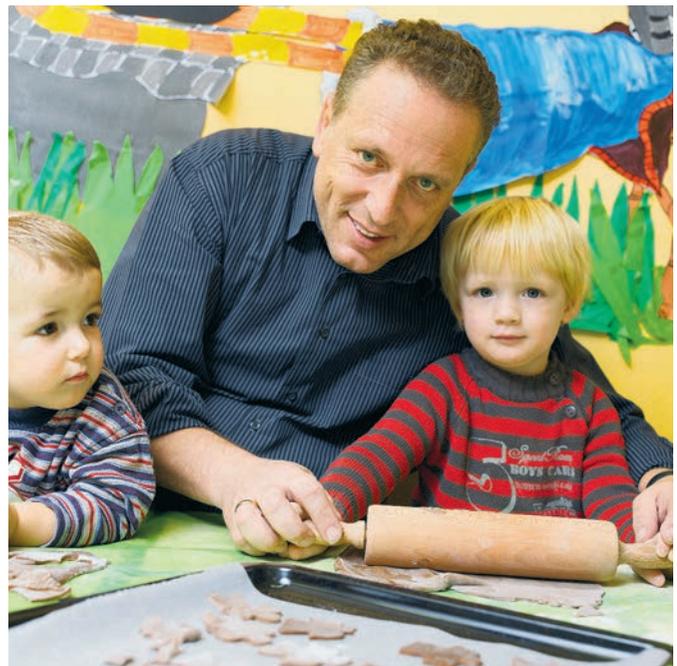
Sozialrecht war eine Herausforderung. Man konnte darüber nicht genug Informationen erhalten: *„Denn die Strategie der Unternehmer ist klar: Den einzelnen mit so viel Arbeit zudecken, daß er nebenher gar nicht mehr zum Nachdenken kommt“*; beurteilte Kammerrat Hans Jochum die Wichtigkeit der Kompetenzerweiterung der Betriebsräte angesichts der steigenden Herausforderungen.⁸

Auch in den folgenden Jahren stand die AK mit ihrem Betriebsreferat den Betriebsräten „mit Rat und Tat“ zur Verfügung und machte im Zusammenhang mit einer Kampagne der Betriebsräte im Jahr 2002 kräftig Werbung. Diese waren mit einer Website und einer eigenen Zeitung an die Öffentlichkeit getreten. Ihr Image hatte sich sehr gewandelt, worauf Präsident Fink hinwies: „Heute ist er (der Betriebsrat) *vielmehr ein Vermittler und Kommunikator und somit ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden betrieblichen Sozialpartnerschaft.*“⁹

Ab dem Jahr 2007 stand das sogenannte „Generationen-Management“ im Mittelpunkt des Betriebsreferates. Seminare und Konferenzen wurden veranstaltet und kompetente Fachreferenten als Vortragende eingeladen. Starredner waren die Jahre hindurch Heinrich Geißler, Experte für Generationen-Management, und sein finnischer Kollege Juhani Ilmarinen. In seinem Vortrag im Jahr 2013 berechnete er für Vorarlberg in den nächsten 15 Jahren die krankheitsbedingten Mehrkosten für ältere Arbeitnehmer auf 350 Millionen Euro. Das Betriebsreferat legte den Unternehmern nahe, die Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität älterer Arbeitskräfte zu erhalten und in Gesundheit, Qualifikation und Motivation zu investieren. All dies war auch im Zusammenhang mit der Anhebung und damit Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu sehen. Aus der Sicht der AK sollte das Thema Generationenmanagement bereits im Bildungssystem thematisiert werden. „Die heranwachsenden Generationen benötigen eine positive Metapher zum Alter und zum Altern. Und das gehört im Sinne lebensbegleitenden Lernens bereits in den frühen Schulunterricht.“¹⁰

Es ging aber nicht nur um die „älteren Arbeitskräfte“, wie der Vorarlberger Arbeitsklimaindex des Jahres 2012 bewies: Die größte Unzufriedenheit am Arbeitsplatz meldeten Niedrigqualifizierte und Hilfsarbeiter, der Ländle-Wert lag deutlich unter jenem des Jahres 2007. Ältere Arbeitnehmer stuften ihre Arbeitsmarktchancen als „sehr schlecht“ ein und fürchteten um ihre Gesundheit.¹¹ Dazu kam die psychische Belastung am Arbeitsplatz, die in den vergangenen Jahren ständig angewachsen war – innerhalb von 15 Jahren bis 2014 von 5,41 % auf 12,43 % aller Krankenstandstage. Die Situation war sehr ernst, wodurch auch die Betriebsräte begannen, sich mit Lösungen zu beschäftigen und Arbeitszeitverkürzungen vorzuschlagen. Im Rahmen eines Betriebsrätedialogs waren sich alle 40 Betriebsräte einig: „Es muss sich etwas ändern.“¹²

Die Veranstaltungen des Unternehmensnetzwerkes „Betriebliche Gesundheitsförderung“ hatten zum Ziel,



Zugunsten des Vereins Sonnenblume verkauft die AK Keksausstecher und unterstützt damit chronisch kranke Kinder.



„Schiff ahoi!": Die Gäste der 33. AK-Bodenseerundfahrt für Menschen mit Handicap stechen 2012 bei schönstem Wetter mit der MS Vorarlberg in See.

das Interesse und die Motivation für eine nachhaltige Gesundheitsförderung zu steigern. Dieses, von der Arbeiterkammer Vorarlberg und der Wirtschaftskammer Vorarlberg ins Leben gerufene Netzwerk, diente dem Wissens- und Erfahrungstransfer. *„Es besteht nicht nur Handlungsbedarf in der Schaffung eines gesunden Arbeitsumfeldes, sondern es muss beispielsweise auch auf die zukünftige Altersstruktur in den Unternehmen aufmerksam gemacht werden“*, betonte AK-Präsident Hubert Hämmerle.¹³ Die AK unterstützte auch die Unternehmen direkt, indem sie fachliche Beratung rund um die Themen betriebliche Gesundheitsförderung und Generationenmanagement anbot.

Im Jahr 2013 wurde in Zusammenarbeit mit dem Land Vorarlberg, der Wirtschaftskammer und der Gebietskrankenkasse das Vorarlberger Gütesiegel „salvus“ geschaffen. Es wurden Betriebe ausgezeichnet, die sich, unabhängig von der Zahl ihrer Beschäftigten, aktiv um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter verdient gemacht hatten.

Das Gütesiegel sollte für zwei Jahre gelten. Bereits im ersten Jahr wurde es an 34 Betriebe überreicht, zwei Jahre später an 41. Viele Manager hatten erkannt, dass mit der Motivation der Beschäftigten auch die Produktivität der Firma wuchs – *„von einem gesunden Arbeitsfeld profitieren alle“*.¹⁴ Um für Gesundheitsförderung die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen zu können, haben das Land Vorarlberg und die Vorarlberger Gebietskrankenkasse den „fonds gesunde betriebe vorarlberg“ gegründet und im Jahr 2015 mit Mitteln in Höhe von 170.000,- Euro ausgestattet.¹⁵

Die Aktivitäten der AK zur Verhinderung und Bekämpfung von Missständen und Problemen in den Betrieben wurden ganz wesentlich durch Informationen der Betriebsräte beeinflusst. Dies war AK-Präsident Hubert Hämmerle jedoch nicht genug: Er führte nämlich regelmäßige Firmenbesuche durch: *„Für uns ist die Kommunikation mit Betriebsräten und Jugendvertrauensräten immens wichtig. Damit bekommen wir ständig wichtige Rückmeldungen direkt von der Basis.“* Die Informationen durch die Betriebsräte seien *„praktisch das Barometer für die Lage in der Arbeitnehmerschaft und wichtige Multiplikatoren für die interessenspolitische Arbeit“*.¹⁶ Und der Präsident kannte dabei keine „Schranken“: Sein 100. Betriebsbesuch fand während einer Nachtschicht in einer Bäckerei statt und bei seinem 200. Firmenbesuch schwang sich Hämmerle 2013 auf ein Müllauto und leerte Container.¹⁷

Die rasante technologische Entwicklung und die vielseitigen und unerwarteten Folgen der Weltwirtschaftskrise veranlassten das Betriebsreferat ab dem Jahr 2009 neben den vorhandenen Bereichen des Arbeitnehmerschutzes und der Gesundheitspolitik zu neuen Schwerpunkten und Angeboten. Eine im Jahr 2009 unter 160 Betriebsräten durchgeführte Befragung über die betrieblichen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und eine darauf resultierende umfangreiche empirische Studie kam zu einem alarmierenden Ergebnis: *„Die Betriebe haben in erster Linie auf konservative, klassische*

*Maßnahmen wie Personalabbau, Lohnverzicht, Urlaubsabbau oder Arbeitszeit-Reduktion zurückgegriffen. Innovative, moderne Ansätze wie verstärkte Weiterbildung, Bildungskarenz oder Kurzarbeit wurden hingegen kaum genutzt.*¹⁸

Die AK versuchte, dem entgegenzusteuern: Ein neues Angebot und regelmäßige Fortbildung der Betriebsräte durch die AK fanden seit dem Jahr 2008 statt, als man mit Maßnahmen zu „Coaching und Teamentwicklung“ begann. Auf einer eigenen Pressekonferenz erläuterte die AK den etwas geheimnisvoll wirkenden Begriff, den man bisher meist nur aus dem Alpenschibereich kannte. AK-Präsident Hubert Hämmerle betonte, dass dieses neue Angebot *„das strategische und kommunikative Wesen der Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie die Teamentwicklungsprozesse“* fördert.¹⁹ Eine Kursabsolventin drückte es im Bewerbungsfolder so aus: *„Mit Hilfe eines Coaches habe ich den Fokus auf meine eigenen Probleme richtiggehend geschärft und so eine Lösung gefunden.“* Von individueller „Orientierung“ gingen die Kurse über zu Strategicoaching und Teamcoaching. Man übte die Erarbeitung von gemeinsamen Visionen, Zielen und Strategien, die Zusammenarbeit untereinander und wie Betriebsräte in Konfliktsituationen sachlich argumentierend und zielgerichtet vorgehen sollten.

Ein Jahr später kam die Veranstaltungsreihe „AK-Znüne“ dazu. Ziel war es, im Rahmen eines Frühstücks Betriebsratsvorsitzende über aktuelle gesetzliche Entwicklungen in der Arbeitswelt, schwierige Fragen der täglichen Betriebsarbeit und anderen Themenschwerpunkten wie etwa der Dauerbrenner „Burnout“ zu informieren und einen Gedankenaustausch zu ermöglichen. Der Erfolg von „AK-Znüne“ war erfreulich – bereits beim ersten Mal nahmen 50 Betriebsratsvorsitzende teil.²⁰

Zwei Jahre später wurden diese Dienstleistungen mit denen man gute Erfahrungen gemacht hatte, ausgeweitet: An verschiedenen Orten des Landes wurden Betriebsräte-Workshops unter dem Titel „Der Betriebsrat des 21. Jahrhunderts“ durchgeführt. Sie dienten dem Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen, die sich durch die ständig wachsenden Herausforderungen ergaben. Die Teilnehmer wurden schließlich im Jahr 2012 zum „Betriebsrätedialog“ eingeladen: *„Neue Ideen, Impulse, Ansichten und Gedanken für die Betriebsratsarbeit sind das Ziel dieses Austauschs.“*²¹ Wer sich zu einer Spezialausbildung entschloss, dem bot dazu ab 2014 das kostenlose, bundesländerübergreifende Betriebsräte-Kolleg „BiWest“ eine dreimonatige Möglichkeit. Schwerpunkte des großen Fachangebotes waren unter anderem Arbeits-

und Sozialrecht, Kommunikations- und Rhetoriktrainings, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre und vieles mehr. Auf Verhandlungsführung mit Unternehmern wurde großes Gewicht gelegt. AK-Präsident Hämmerle wies darauf hin: *„Gerade Manager erfahren in diesen Bereichen ausgedehnte Weiterbildungen und Betriebsräte sollen mit ihnen auf Augenhöhe diskutieren können.“*²²

Die AK wusste die Bedeutung von langjährigen Mitarbeitern sehr zu schätzen: Jährlich wurden „Arbeitsjubilare“ mit mehr als 25 Jahren ununterbrochener Betriebszugehörigkeit geehrt. Seit Einführung der Jubilarehrungen im Jahre 1949 wurden von der AK Vorarlberg 40 665 Ehrengeschenke für langjährige Betriebstreue und verdienstvolle berufliche Leistungen übergeben.²³ Im Jahr 2015 organisierte sie gemeinsam mit dem ÖGB das erste Vorarlberger „Betriebsrätefest“. Geehrt wurden unter den insgesamt 1 200 Betriebsräten jene, die sich seit mehr als 20 Jahren, meist ehrenamtlich, für ihre Kollegen eingesetzt hatten. Ihre Arbeit war nicht einfach gewesen: Denn sie *„müssen die Position der Arbeitnehmer klar vertreten und lösungsorientiert handeln. Sie müssen selbstständig arbeiten und engagiert, geduldig und taktisch klug sein. Und die Mitarbeiter wirklich betreuen“*. Die AK Vorarlberg hat den Beschluss gefasst, in Zukunft dieses Betriebsrätefest jährlich zu veranstalten. Stattdessen verzichtete sie auf ihren traditionellen Neujahrsempfang.²⁴

Das Betriebsreferat war auch für verschiedene Sozialaktionen verantwortlich: Für berufstätige Frauen und Männer wurden Kuraufenthalte im Gesundheitshotel Rosshaus in Krumbach, im Kurhaus Adler in Koblach und in der Pension Leni in Gurtis organisiert. Diese Erholungsaktionen gab es seit 1949. Bis 2006 nahmen 13 835 Arbeitnehmer in 930 Turnussen dieses Angebot in Anspruch.²⁵ Dazu kam ein vielfältiges Angebot an „Betriebs-sportarten“. Im Jahr 1989 waren dies Eisstockschießen, Kegeln, Stockschießen auf Asphalt, Volleyball und Tischtennis.²⁶ 1990 gab es erstmals gar Betriebs-Schach-Meisterschaften, zu denen zwölf Mannschaften antraten. Das abschließende „Blitzturnier“ im Festsaal der AK gewann die Mannschaft der Firma Blum vor der Ersten Allgemeinen Versicherung.²⁷ Auch noch im Jahr 2015 erfreuten sich Kegel- und Schachmeisterschaften für Betriebsmannschaften großer Beliebtheit.²⁸

Ein jährlicher Fixpunkt war während der Amtszeit von Präsident Fink die Vorderwaldrundfahrt. Diese Aktion erfüllte auch karitative Zwecke: Aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2005 wurde die AK-Vorderwaldrundfahrt abgesagt und die budgetierten Mittel kamen den von

der Hochwasserkatastrophe betroffenen Arbeitnehmern zugute.²⁹ Tradition besaßen die jährlichen Bodensee-Schiffsausflüge für Menschen mit Behinderung, den Einladungen folgten meist an die 800 Gäste!³⁰

Seit 2008 organisiert die AK zusammen mit den Vorarlberger Nachrichten das beliebte „AK-Charity Race“ zugunsten „Ma hilft“ auf der längsten Indoor-Kartbahn Österreichs in Feldkirch. Im Jahr 2015 nahmen daran 70 Vorarlberger Firmen teil und „erwirtschafteten“ damit 9.000,- Euro, seit Beginn zirka 80.000,- Euro.³¹

Mit dem Verkauf von Keksausstechern unterstützt die AK seit 2008 den Verein „Sonnenblume“, der sich für chronisch kranke Kinder und deren Familien einsetzt. Bis 2015 konnte Präsident Hämmerle den Reinerlös von knapp 30.000,- Euro an den Verein übergeben.³²

Das für Betriebe zuständige AK-Referat versuchte als Servicestelle permanent auch in „unangenehmen“ Angelegenheiten in den Betrieben zu intervenieren und sich für gute Arbeitsverhältnisse einzusetzen. Bei der Neugründung von Betriebsräten fungiert die Servicestelle der AK auch unterstützend. Zu seinen Aufgaben gehören die Beratung der Betriebsräte bei Betriebsratswahlen und die Prüfung der Betriebsratsfonds, wozu die AK auch gesetzlich verpflichtet ist.

Mit ihrem Betriebsreferat verfügt die Arbeiterkammer über eine wichtige Serviceeinrichtung für die Betriebsräte der Vorarlberger Unternehmen und stiftet so einen großen Nutzen für die Arbeitnehmer.

ARBEIT UND RELIGION

Die Mehrheit des AK-Vorstandes und der Mitglieder der Vollversammlung gehörte dem ÖVP-nahen ÖAAB und der Fraktion Christlicher Gewerkschafter an. Es war daher naheliegend, dass sich diese Arbeitnehmervertreter der katholischen Soziallehre verpflichtet fühlten. Dennoch gab es keinen direkten Einfluss der Kirche auf die Tätigkeit der AK, wodurch die Zusammenarbeit mit den anderen ideologisch orientierten Fraktionen kein Problem darstellte. Katholische Geistliche unterstützten jedoch in Vorträgen und Zeitungskommentaren die sozialen Bestrebungen der AK und scheuten sich nicht vor gesellschaftlicher Kritik.

Der ÖAAB als Teilorganisation der ÖVP und die ihr nahestehende FCG sicherten der Vorarlberger Arbeiterkammer seit 1974, mit Ausnahme der Jahre zwischen 2004 und 2009, die absolute Mehrheit. Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter fühlte sich den Prinzipien der Ethik der „Katholischen Soziallehre“ verpflichtet. Im Kern geht es dabei um das Gerechtigkeitspostulat im Rahmen einer „vernünftigen Ordnung“ des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es stellt sich die Frage, wie weit es der FCG gelang, ihre Prinzipien umzusetzen und den Konsens mit den sozialistischen Gewerkschaften zu finden und zu erhalten. Die Soziallehre drehte sich um drei Hauptprinzipien: Die „Personalität“ trat für die unantastbare Menschenwürde ein, die „Solidarität“ für mitmenschlichen Zusammenhalt und die „Subsidiarität“ für Verantwortlichkeit und Selbsthilfe der kleineren gesellschaftlichen Einheiten jenseits vom „Staat“ – und dazu gehörte zweifellos die Arbeiterkammer.

Da im Grunde sämtliche Fraktionen mit diesen Vorstellungen übereinstimmten, durfte man sich einen „gewissen“ Einfluss der schon räumlich nahen katholischen Kirche (Diözesanhaus) erwarten – oder gar einen Konsens? Und dieser war durchaus vorhanden und manifestierte sich mehr als zehn Jahre lang in der Person des Geistlichen und Pastoralamtsleiters Eugen Giselbrecht. Er hatte an den Vorbereitungen zum Sozialhirtenbrief der Österreichischen Bischofskonferenz mitgewirkt und war in der



AK-Direktor Heinz Peter und Pastoralamtsleiter Eugen Giselbrecht: Fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertretern und Kirche

katholischen Arbeiterbewegung führend beteiligt. Seit seinem Amtsantritt in Feldkirch im Jahr 1982 war es zu einer „fruchtbaren“ Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertretern und der katholischen Kirche gekommen. Giselbrecht hatte sich stets dagegen ausgesprochen, dass sich die katholische Kirche ausschließlich „nach innen“ wandte und erklärte in einem AK-Interview: *„Während rundum die Verteilungskämpfe härter werden, die arbeitenden Menschen unter Druck geraten und die Familienstrukturen zunehmend abbröckeln, ist die Kirche mit sich selbst beschäftigt.“*¹

AK-Direktor Heinz Peter, der selbst aus der katholischen Arbeiterbewegung kam, bedauerte dann auch den Abgang von Giselbrecht im Jahr 1994, *„weil er in der Vergangenheit der erste Ansprechpartner war, wenn es um wichtige Fragen wie Sonntagsarbeit oder Flexibilisierung der Arbeitszeit ging [...] die Verbindung hergestellt hat, und er auch auf Seiten der Arbeitnehmervertretung als Instanz akzeptiert wurde“*. Giselbrechts Feststellung zum Abschied: *„Man kann die Bibel nicht verstehen, wenn man die Kirche abseits der realen Welt sieht.“*²

Als die AK im November 1995 den bekannten Publizisten und Pastoraltheologen Paul Zulehner zu dem Vortrag „Stirbt die Liebe an der Freiheit?“ in den Festsaal der AK einlud, konstatierte auch er ein *„beträchtliches Tief in der Kirche. Das Vertrauen in die Kirche ist gesunken“*. Reformen kämen, wenn überhaupt, nur schleppend voran, Bischofsernennungen seien im Kirchenvolk

unpopulär. Der Vortrag entsprach auch durchaus den Zielsetzungen der AK, ging es darum, dass nur *„Arbeit und soziale Beziehung“* dem Menschen Sinn gäben. Daher, und ganz auf der Linie der AK, lehnte er Sonntagsarbeit und familienfeindliche Strukturen ab. Dagegen begrüßte er die gerade von der AK in Gang gesetzten Neuerungen im Bereich der Telekommunikation: *„[...] daß ohne gute neue Technologien die Probleme unserer Zeit wie Hunger und Umwelt nicht gelöst werden können.“*³

Dass Zulehner aber nicht mit der Meinung vieler Vorarlberger bezüglich Sonntagsarbeit übereinstimmte, brachte eine repräsentative AK-Umfrage im Jahr 1997 zutage: Die Mehrheit der Vorarlberger Arbeitnehmer konnte sich nämlich durchaus vorstellen, am Sonntag zu arbeiten! Noch dazu waren überwiegend Frauen die Befürworter. Die Vorstellungen der Neoliberalen zeigten bereits Erfolge. Bei alledem ging es nicht etwa um die „Sonntagsheiligung“, sondern um finanzielle Überlegungen. Caritas-Seelsorger Elmar Simma gestand gegenüber der AK ein: *„Es spiegelt eine Realität wider: Für den größeren Teil der Bevölkerung hat die Religion nicht mehr den Stellenwert wie früher.“* Religiöse Gründe gegen Sonntagsarbeit waren nur für 13 % maßgebend.⁴ Dass die katholische Kirche zunehmend an Mitgliedern und daher auch an Einfluss verlor, bewiesen die statistischen Zahlen: Im Jahr 2001 gehörten ihr noch 78 %, 2015 nur mehr 64 % der Vorarlberger Bevölkerung an.

Ganz der sozialen Linie der AK entsprach im Jahr 1998 ein ganzseitiges Interview in der Zeitung AKtion mit dem Theologen und Kaplan Emil Bonetti, der übrigens aus der deutschen NS-Armee desertiert war. Er wurde mit seinem „Haus der jungen Arbeiter“ 1957 in Dornbirn bekannt. Hier fanden vorerst hauptsächlich zugewanderte Kärntner und Steirer Unterkunft, mit den Jahren wurde es immer mehr zu einem Zufluchtsort für Arbeitslose und Randgruppen. Er berichtete darüber, dass man diese früher als „Sandler“ bezeichnet hat. Jedoch handelte es sich großteils um „arme“ Menschen, die Hilfe brauchen. Und dann ein Seitenhieb auf den österreichischen SPÖ-Finanzminister Rudolf Edlinger: *„Der Finanzminister hat ja überhaupt keinen Zugang mehr zu den Großkapitalisten. Früher wußte man wer reich ist, heute weiß man doch kaum mehr, wer hinter den Großkonzernen steht. Von sozialer Gerechtigkeit kann so nicht mehr geredet werden.“*⁵



Laut einer repräsentativen AK-Umfrage 1997 konnte sich die Mehrheit der Vorarlberger Arbeitnehmer durchaus vorstellen, am Sonntag zu arbeiten.

Mit dem Islam beschäftigte sich die AK kaum, obwohl es in Vorarlberg im Jahr 2001 circa 30 000 Muslime gab – 17 000 davon waren türkische, rund 8 000 österreichische Staatsbürger türkischer Herkunft. Wie sehr diese ethnischen Gruppen auch für die AK eine politische Rolle zu spielen begannen, bewies im Jahr 1998 die Gründung der „Neuen Bewegung für die Zukunft“, geführt von türkischen Einwanderern, und 2004 ihr Wahlerfolg als drittstärkste Fraktion in der AK. Die meisten ethnischen Türken gehörten der „gemäßigten“ sunnitisch-hanafitischen Rechtsschule an und 20 % den „liberalen“ Aleviten. Dies war wohl ein Hauptgrund dafür, dass es zu keinen religiös-politischen Konflikten innerhalb der AK kam. Das Kopftuch der vielen Arbeiterinnen wurde in den Unternehmen Vorarlbergs akzeptiert, zumal es als Ausdruck der gesetzlich verankerten Religionsfreiheit interpretiert wurde.

Jahrzehntelang scheint es wenig Kontakte der AK mit der katholischen Kirche gegeben zu haben. Das Jahr 2015 brachte eine Wende: Überrascht stellte man fest, dass in der Zeitung AKtion „Gastkommentare“ aufschienen, die aus der Feder von zwei hochrangigen katholischen Kirchenvertretern stammten – im Juli von Diözesanbischof Benno Elbs und im Dezember von Dompfarrer und Generalvikar Rudolf Bischof. Beide schrieben über Arbeit als *„Quelle“* menschlicher Würde. Der Generalvikar dazu: *„Wenn Gott Mensch wurde, dann ist er auch Arbeit geworden.“* Bischof Elbs ging zur Sache: *„Die Wirtschaft muss dem Allgemeinwohl und nicht dem Kapital dienen, so der Papst. Nicht die Logik des Profits gibt das Maß vor, sondern die Solidarität und Gerechtigkeit. Wer Arbeitsplätze streicht, um mehr Geld zu verdienen, nimmt den Menschen auch die Würde.“*⁶ Und weit wagte sich der Hörbranner Pfarrer Roland Trentinaglia vor, als er sich bei einem Vortrag im „Lesehof“ Frauenpriestertum und verheiratete Seelsorger *„vorstellen“* konnte.⁷

Mit einem Gastkommentar von Direktor Peter Klinger über Asylwerber und Migranten kam auch die Caritas zu Wort und für die fünf „Caritas-Lerncafés“, welche die AK finanziell unterstützte, wurde kräftig Werbung gemacht: In ihnen wurden im Jahr 2015 180 Kinder im Alter von acht bis 14 Jahren kostenlos von 60 freiwilligen Lehrkräften unterrichtet.⁸

Im Mai 2015 hielten Österreicher an erster Stelle Papst Franziskus, an dritter Stelle jedoch schon die Arbeiterkammer nach Polizei und Rotem Kreuz für *„glaubwürdig“*.⁹